

Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung

Herausgegeben von Christian Wentzlaff-Eggebert und Martin Trainé



Nr. III-26

Andreya Viegas Romano

Der Einfluss der Zivilgesellschaft auf Ressourcenkonflikte in Entwicklungsländern Das Beispiel der Yasuní-Initiative in Ecuador

Universität zu Köln
Philosophische Fakultät
Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika
ISSN 1616-9085



Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung

Herausgegeben von Christian Wentzlaff-Eggebert und Martin Traine

ISSN 1616-9085

III-26 Politikwissenschaft

Redaktion: Martin Middelanis

Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika, 2017

Universität zu Köln

Philosophische Fakultät

Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika

Albertus-Magnus-Platz

D-50923 Köln

Download und weitere Informationen unter <http://www.lateinamerika.uni-koeln.de/publikationen.html>

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	II
1. Einleitung.....	1
2. Theoretische und methodische Grundlagen.....	4
2.1 Multiple Streams Approach.....	4
2.1.1 Ströme des Multiple Streams Approach	5
2.1.2 Möglichkeitsfenster und Verknüpfung der Ströme	10
2.1.3 Kritik am Multiple Streams Approach	11
2.2 Methodische Vorgehensweise	12
2.2.1 Fallstudie und Prozessanalyse	12
2.2.2 Form der Datenerhebung	14
3. Empirische Analyse des Einflusses der Zivilgesellschaft auf die Yasuní-ITT-Initiative	15
3.1 Erdölförderung in Ecuador	15
3.1.1 Historischer Überblick	16
3.1.2 Sozioökologische Auswirkungen	19
3.2 Problemstrom	24
3.2.1 Umgang mit sozioökologischen Auswirkungen	25
3.2.2 Problemwahrnehmung auf zivilgesellschaftlicher und politischer Ebene	27
3.2.3 Zwischenfazit: Beitrag der Zivilgesellschaft	34
3.3 Optionsstrom	37
3.3.1 Ursprung und Entwicklung der Yasuní-ITT-Initiative	38
3.3.2 Zwischenfazit: Beitrag der Zivilgesellschaft	42
3.4 Politicsstrom.....	43
3.5 Möglichkeitsfenster und Verknüpfung der Ströme	47
3.5.1 Präsidenten- und Regierungswechsel in Ecuador	47
3.5.2 Zwischenfazit: Beitrag der Zivilgesellschaft	52
4. Schlussbetrachtung	53
4.1 Beantwortung der Forschungsfragen.....	53
4.2 Limitationen und Forschungsausblick.....	58
4.3 Fazit	60
Literaturverzeichnis	III

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Erdölblöcke in Ecuador.....	18
Abbildung 2: Problemstrom Erdölausbeutung im Yasuní Nationalpark	34
Abbildung 3: Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Entwicklung der Yasuní-ITT- Initiative.....	60

Abkürzungsverzeichnis

AP	Alianza PAÍS
CDES	Centro de Derechos Económicos y Sociales
CEPE	Corporación Estatal Petrolera de Ecuador
CORDAVI	Corporación de Defensa de la Vida
FCUNAE	Federación de Comunas Unión de Nativos de la Amazonía Ecuatoriana
FDA	Frente de Defensa de la Amazonía
ITT	Ishipongo Tambococha Tiputini
MoU	Memorandum of Understanding
MSA	Multiple Streams Approach
NGO	Non-Governmental Organization
OAS	Organization of American States
TGC	Tribunal de Garantías Constitucionales
UN	United Nations
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
USD	US-Dollar

1. Einleitung

Natürliche Ressourcen gehören unumstritten zu den bedeutendsten Faktoren, um die Lebensgrundlage der Menschheit zu sichern. Ihre Verfügbarkeit und ihr Nutzungsrecht sind aus diesem Grunde häufig Auslöser oder Verstärker von Konflikten (Steinmetz 2003: 8). Ressourcen- und Umweltkonflikte befinden sich im Spannungsfeld zwischen ökonomischem Wachstum und ökologischer Begrenztheit (Sachs 2006: 139). Die ökologische Begrenztheit veranlasst die Suche nach Lösungsansätzen zum Schutz der Ökosysteme (Sachs 2006: 140). Dass die Bekämpfung der Umweltzerstörung und die notwendige Senkung des Ressourcenverbrauchs staatenübergreifend angegangen werden sollten, offenbaren zahlreiche internationale Konferenzen zu dieser Thematik¹. Auch der Club of Rome appelliert mit seinem im Mai 2012 veröffentlichten Bericht „2052“ an die gesamte Weltgemeinschaft, indem er in Zukunftsszenarien auf verheerende Folgen eines fortlaufenden Wirtschaftswachstums hinweist. In seinen Ausführungen stellt er die Begrenztheit der Ressourcen in den Vordergrund und ruft dazu auf, dass Klimaschutz endlich profitabel werden müsse (Süddeutsche Zeitung 2012). Jedoch tragen nicht nur Politik und Wirtschaft bei dieser globalen Herausforderung eine entscheidende Rolle: Sowohl die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992, als auch deren Nachfolgekonzferenz im vergangenen Juli in Rio de Janeiro, betonen die Bedeutung der Zivilgesellschaft, um ein Umweltbewusstsein bei den Anspruchsgruppen und Entscheidungsträgern zu schaffen (General Assembly 2012; Vereinte Nationen 1992).

Ein aktuell vielbeachteter Ressourcenkonflikt, dessen Entstehung und Verlauf bedeutend von der Zivilgesellschaft beeinflusst wurde, stellt die *Yasuní-ITT-Initiative* in Ecuador dar (Acosta 2012; Arsel 2012; Honty 2011; Martin 2010; Andrade Mendoza 2007; Fontaine 2007a, 2007b; Martinez-Alier 2007). Diese Initiative wurde vom ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa bei der United Nations (UN)-Versammlung 2007 vorgestellt und sorgte international für Furore: Er schlug vor, auf die Förderung von Erdöl in den Blöcken Ishpingo Tambococha Tiputini (ITT) im Yasuní Nationalpark zu verzichten, wenn die internationale Staatengemeinschaft die Hälfte der dadurch ent-

1

Einen Überblick über UN-Klimakonferenzen der vergangenen Jahre ist auf der Homepage des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu finden (<http://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/un-klimakonferenzen/>).

gehenden Erdöleinnahmen an Ecuador „spendet“. Die aus der Idee eines Erdölmoratoriums entstandene Yasuní-ITT-Initiative entwickelt sich zu einem Vorschlag hoher Popularität: So wird sie laut Honty zu „una de las más novedosas y prometedoras propuestas para contribuir a la mitigación del cambio climático, la conservación de los bosques tropicales amazónicos y la protección de los pueblos originarios que los habitan“ (Honty 2010: 85).

In den vergangenen Jahren hat die Yasuní-ITT-Initiative eine Vielzahl von Publikationen hervorgerufen. Die große Mehrheit der Wissenschaftler geht zunächst auf die Einzigartigkeit des Yasuní Nationalparks im Hinblick auf kulturelle und biologische Vielfalt ein, stellt die hinter der Initiative steckende Idee vor und begründet, weshalb es sich dabei um ein zu unterstützendes Projekt handelt (Rival 2010: 359). Die Entstehung der Initiative mit der dahinter stehenden Erdölproblematik ist jedoch bislang unzureichend wissenschaftlich durchdrungen. Obwohl unter den Autoren große Einigkeit bezüglich der Bedeutung der Zivilgesellschaft für den Entstehungsprozess herrscht, zeigt ein Blick in die Literatur, dass es an empirischen Erkenntnissen mangelt. Vor dem Hintergrund dieser Forschungsdefizite ist das übergeordnete *Ziel der vorliegenden Arbeit*, eine empirische Untersuchung des Einflusses der Zivilgesellschaft auf die Entstehung der Yasuní-ITT-Initiative vorzunehmen.

Um das übergeordnete Ziel der Arbeit zu erreichen, stehen folgende spezifische Forschungsfragen im Mittelpunkt der Betrachtung:

- (1) Wann und warum wurde die Ausbeutung des Erdöls im Yasuní Nationalpark als Problem wahrgenommen und inwiefern beeinflussten zivilgesellschaftliche Akteure den Problemwahrnehmungsprozess?
- (2) Welchen Beitrag leistete die Zivilgesellschaft für den Ursprung und die Entwicklung der Yasuní-ITT-Initiative?
- (3) Welche Faktoren wirkten sich unterstützend auf die Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der Regierungsagenda aus?
- (4) Was gab den entscheidenden Anstoß zur Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der politischen Agenda, inwiefern ging der Etablierungsprozess von statten und welchen Beitrag leisteten zivilgesellschaftliche Akteure zu diesem Prozess?

Das dieser Arbeit zugrunde liegende Verständnis von Zivilgesellschaft begreift diese als Sphäre zwischen Staat, Wirtschaft und privatem Bereich (Cohen/Arato 1999). Die vor-

liegende Arbeit verfolgt hierbei nicht die Absicht, die unterschiedlichen Sektoren der Zivilgesellschaft, deren Heterogenität und die daraus resultierenden Konfliktlinien² herauszuarbeiten. Vielmehr liegt das zentrale Interesse in der Betrachtung der Einflussnahme der Zivilgesellschaft als einheitlicher Akteur auf die Yasuní-ITT-Initiative³. Dennoch wird im Verlauf der Arbeit auf einzelne zivilgesellschaftliche Akteure in besonderem Maße eingegangen, insofern es die Untersuchung erfordert.

Um das vorgestellte Forschungsziel und die daraus abgeleiteten Fragestellungen verfolgen zu können, erweist sich der *Multiple Streams Approach* (MSA) nach John W. Kingdon (1984) als geeigneter analytischer Bezugsrahmen. In der vorliegenden Arbeit wird diese Theorie herangezogen, um dem formulierten Forschungsinteresse zweckmäßig nachgehen zu können (George/Bennett 2005: 75). Der MSA eignet sich insbesondere, um unterschiedliche Einflussfaktoren des Entstehungsprozesses politischer Vorschläge zu analysieren. Mithilfe des MSA werden diese Einflussfaktoren drei Strömen zugeteilt, die bei einer Verknüpfung zu einem erfolgreichen Agenda-Setting führen.

Zur Untersuchung der Forschungsfragen ist die vorliegende Arbeit wie folgt strukturiert: Zunächst erfolgt in Kapitel 2 eine Einführung in den MSA und eine Erläuterung der drei Ströme (Abschnitt 2.1) sowie eine Darstellung der angewandten Methodik (Abschnitt 2.2). Im anschließenden Kapitel 3 wird eine Untersuchung der Yasuní-ITT-Initiative anhand des MSA vorgenommen. Dazu wird zunächst in die Erdölproblematik in Ecuador eingeführt (Abschnitt 3.1). Im Anschluss erfolgt die Untersuchung des Agenda-Setting Prozesses der Yasuní-ITT-Initiative anhand des Problemstroms (Abschnitt 3.2), des Optionsstroms (Abschnitt 3.3) und des Politicsstroms (Abschnitt 3.4). Abschließend steht die Analyse der Verknüpfung der drei Ströme im Mittelpunkt der Betrachtung (Abschnitt 3.5). In Kapitel 4 werden die zentralen Forschungsfragen beantwortet (Abschnitt 4.1), Limitationen der Untersuchung und zukünftiger Forschungsbedarf dargestellt (Abschnitt 4.2) und zentrale Ergebnisse in einem abschließenden Fazit zusammengefasst (Abschnitt 4.3).

² Es herrschen bei der Erdölproblematik im Oriente vor allem drei Konfliktlinien vor. Erstens zeigt die Erdölausbeutung regional Differenzen. Zweitens bewohnen die Gebiete sowohl Indigene als auch migrierte Bauern. Drittens bestehen zudem soziokulturelle Unterschiede innerhalb der ursprünglichen Amazonasbewohner (Fontaine 2007b: 238- 242).

³ Vor allem drei zivilgesellschaftliche Sektoren setzen sich für ihre heterogenen Interessen um die Erdölausbeutung ein. Dazu zählen indigene Organisationen, Umweltorganisationen und Bauernvereinigungen (Fontaine 2007b: 234).

2. Theoretische und methodische Grundlagen

Im folgenden Kapitel werden die theoretischen und methodischen Grundlagen für den empirischen Teil der Arbeit geschaffen. Als theoretischer Bezugspunkt der vorliegenden Arbeit dient der Multiple Streams Approach (MSA) von John W. Kingdon, der in seinem Werk *Agendas, Alternatives and Public Policies* aus dem Jahr 1984 erläutert wird. Im Anschluss an die Vorstellung dieses analytischen Ansatzes der Politikfeldanalyse unter Abschnitt 2.1 wird im zweiten Teil unter Abschnitt 2.2 die methodische Vorgehensweise dieser Arbeit vorgestellt.

2.1 Multiple Streams Approach

Den MSA entwickelt Kingdon als analytischen Rahmen, um sich einem Forschungsinteresse anzunähern. Der MSA geht der Frage nach, weshalb Politiker bestimmten Sachverhalten Aufmerksamkeit schenken und sie infolgedessen auf der politischen Agenda etablieren, während sie andere vernachlässigen (Kingdon 1984: 2). Kingdon lässt sich bei der Theorienbildung von dem sogenannten *Garbage Can Model of Organizational Choice*⁴ von den Organisationswissenschaftlern Cohen, March und Olsen inspirieren (Kingdon 1984: 89). In diesem Modell wird erklärt, wie Entscheidungsprozesse innerhalb von Organisationen ablaufen (Cohen/March/Olsen 1972). Der MSA stellt hingegen Entscheidungsprozeduren innerhalb der *politischen Regierungsebene* in den Mittelpunkt des Interesses. Der Ansatz ermöglicht ein tieferes Verständnis der Prozesse in der Phase des Agenda-Settings⁵ innerhalb des Politikzyklus (Kingdon 1984: 3). Er basiert auf dem Gedanken, dass ein Zusammentreffen dreier voneinander nahezu unabhängiger Ströme (dem Problemstrom (*problem stream*), dem Optionsstrom (*policy-stream*) und dem Politicsstrom (*political stream*)) ein erfolgreiches Agenda-Setting hervorrufen kann. Dabei geht er von der Prämisse aus, dass sich in zweien dieser Ströme, namentlich im Problemstrom und im Politicsstrom, ein so genanntes Möglichkeitsfenster (*window of opportunity*) öffnen kann. Dieses sich öffnende Möglichkeitsfenster wird bestenfalls von dem

⁴ zu Deutsch: Mülleimer-Modell.

⁵ Unter Agenda-Setting wird der Prozess verstanden, in welchem bestimmte politische Probleme identifiziert, anerkannt und definiert werden und spezifische Lösungen oder Alternativen generiert, betrachtet und diesen Problemen zugeteilt werden. Aus zeittechnischen Gründen und begrenzten Kapazitäten für die Informationsgewinnung ist diese Liste an Problemen und Lösung gewöhnlich sehr kurz (Kingdon 1984: 4).

politischen Unternehmer⁶ (*political entrepreneur*) genutzt, indem er die drei Ströme koppelt und dadurch den Weg auf die politische Agenda bahnt (Kingdon 1984: 20). Durch die Metapher der Ströme lässt sich der Gedanke Kingdons plausibel visualisieren: Entscheidungsprozesse lassen sich nicht als sequenziell ablaufende, voneinander getrennte Phasen konzipieren, sondern vielmehr als parallel verlaufende „Flüsse“ über einen längeren Zeitraum hinweg. Zusätzlich wird dadurch der dauerhafte Andrang unterschiedlicher Probleme und Lösungsoptionen, sowie die ständig wechselnde Zusammensetzung auf Regierungsebene verdeutlicht (Rüb 2008: 98).

Der MSA hat bereits in unterschiedlichen Politikfeldern, wie bspw. in der Bildungs- (Lieberman 2002) Gesundheits- (Odom-Forren/Hahn 2006) und Umweltpolitik (Clark 2004, Solecki/Shelley 1996, Simon/Alm 1995), auf europäischer Ebene als auch im Bereich der internationalen Zusammenarbeit (Travis/Zahariadis 2002) Anwendung gefunden.

Im Folgenden werden die Bestandteile des MSA genauer beleuchtet. Dazu erfolgt eine Darstellung der drei Ströme sowie des Verknüpfungsprozesses. Zudem werden zentrale Kritikpunkte am MSA aufbereitet und diskutiert. Dafür werden neben dem Werk von Kingdon (1984) vor allem Anmerkungen und Beispiele des deutschen Wissenschaftlers Friedbert Rüb (2009, 2008, 2006) und des britischen Professors für internationale Politik Nikolaos Zahariadis (2007) herangezogen.

2.1.1 Ströme des Multiple Streams Approach

Problemstrom

Der erste Strom, der Problemstrom, beinhaltet die „Bewusstmachung“ über Bedingungen und Sachverhalte, die einer Veränderung bedürfen. Erst das Resultat dieses Prozesses der Bewusstwerdung macht den Sachverhalt zu einem Problem. Es handelt sich daher nicht um objektive Probleme, vielmehr geht der MSA davon aus, dass Sachverhalte mehrdeutig sind und infolgedessen unterschiedlich bewertet werden können (Kingdon 1984: 115). Ein Sachverhalt (*condition*) wird demnach erst dann zu einem Problem, wenn er mit den gegenwärtigen Werten oder Interessen bewertender Akteure kollidiert (Kingdon 1984: 115-116). Wenn die Akteure also bei der Bewertung einer Gegebenheit

⁶ Kingdon zufolge handelt es sich bei dem politischen Unternehmer um eine oder mehrere Personen, die besonderes Interesse an der Umsetzung des Lösungsansatzes haben. Dafür sind sie bereit Zeit, Energie, Geld und ihre Reputation zu investieren (Kingdon 1984: 188).

zu dem Resultat gelangen, ihren Zustand verändern zu wollen, wird diese als Problem wahrgenommen (Kingdon 1984: 115). Vielfach geschieht dies, wenn man einen Zustand mit der Vergangenheit oder den Gegebenheiten in anderen Ländern vergleicht (Kingdon 1984: 117). Weitere Faktoren, die auf eine Problemwahrnehmung und Problemformulierung Einfluss nehmen, beziehen sich im Kern auf das „Ringens um Aufmerksamkeit“ (Rüb 2009: 354). Der MSA identifiziert dabei drei Einflussfaktoren:

Erstens kann ein *objektiver Indikator* dafür sorgen, dass ein Sachverhalt als Problem wahrgenommen wird (Kingdon 1984: 95-96). Unter Indikator sind sowohl Statistiken als auch Studien zu verstehen, wobei jedoch erst die Interpretation dieser Indikatoren zur Problemwahrnehmung und -definierung beiträgt. Besondere Beachtung finden diejenigen Indikatoren, die sich innerhalb eines Zeitabschnitts verändert haben (Kingdon 1984: 96). Ihre Veränderung bewerten insbesondere politische Entscheidungsträger als problematisch, da sie dadurch Rückschlüsse auf den veränderten Zustand des Staates ziehen (Kingdon 1984: 97).

Zweitens haben dem MSA zufolge *Schlüsselereignisse (focusing events)*, wie beispielsweise Krisen oder Katastrophen, ebenfalls einen verstärkenden Effekt auf die Problemwahrnehmung. Sie stellen allerdings nur selten den Beginn des Problemwahrnehmungsprozesses dar. Meist herrscht bereits Unzufriedenheit mit der entsprechenden Thematik und durch ein entsprechendes Schlüsselereignis tritt diese dann in den Vordergrund. Oder aber die Krise oder Katastrophe dient als Vorbote eines sich herauskristallisierenden Problems (Kingdon 1984: 103).

Drittens spielt das *Feedback* vorangegangener Entscheidungen eine wichtige Rolle dabei, ob ein Sachverhalt als Problem wahrgenommen wird. Gab es in der Vergangenheit ähnliche Probleme, welche erfolgreich gelöst wurden, neigen politische Entscheidungsträger dazu, verwandte Probleme zügiger anzugehen (Kingdon 1984: 106).

Kingdon beschäftigt sich im Problemstrom zudem mit der Frage, weshalb ausgemachte Probleme mit der Zeit an Aufmerksamkeit verlieren. In seinen Studien zum US-amerikanischen Gesundheits- und Transportsektor kommt er zu dem Ergebnis, dass „addressing or not addressing the problem, the subject fades: people figure either they solved it, or they did the best they could and the issue must lie fallow for a time until they make another try“ (Kingdon 1984: 110).

Neben dem zeitlichen Aspekt können zusätzlich finanzielle Gesichtspunkte eine Problemwahrnehmung verhindern. Sie können politische Entscheidungsträger davon abhalten, sich ernsthaft mit Vorschlägen und Optionen zur Problemlösung zu beschäfti-

gen (Kingdon 1984: 112). Wenn hingegen die Wirtschaft wächst, stehen Ressourcen für weniger prominente Vorhaben zur Verfügung. All dessen ungeachtet kommt Kingdon (1984: 114) zu dem Ergebnis, dass jederzeit Raum für Budget vorhanden ist, zieht man es in Erwägung, an anderen Stellen zu kürzen.

Optionsstrom

Im zweiten Strom, dem Optionsstrom, sammeln sich eine Vielzahl unterschiedlicher Ideen, Handlungsmöglichkeiten und Lösungen. In diesem im MSA als „Ursuppe“ (*primal soup*) bezeichneten Strom, speisen verschiedene individuelle oder kollektive Akteure ihre Konzepte ein (Kingdon 1984: 128). Akteure können dabei Bürokraten, Interessenvertreter, Wissenschaftler, Think Tanks, Stiftungen, politiknahe Institutionen, Ideologen oder missionarische Personen sein (Rüb 2009: 355; Kingdon 1984: 122). “There is a long process of ‘softening up’: ideas are floated, bills introduced, speeches made; proposals are drafted, then amended in response to reaction and floated again“ (Kingdon 1984: 123). Einige der eingespeisten Ideen werden genauso übernommen, andere werden verändert oder verschwinden völlig. In dieser Ursuppe befinden sich demzufolge alle existenten, potentiellen Optionen, welche der stetigen Veränderung ausgesetzt sind und ständig reformuliert oder neu geordnet werden (Kingdon 1984: 130-131). Dieser Prozess der Ausarbeitung von Lösungsansätzen findet hauptsächlich in den so genannten politischen Gemeinschaften (*policy communities*) statt. Sie bestehen aus unterschiedlichen Spezialisten aus verschiedenen Sektoren, die sich mit dem entsprechenden Themenfeld beschäftigen (Kingdon 1984: 123-124). Eine Zersplitterung der politischen Gemeinschaften führt laut Kingdon (1984: 125) zu einer Fragmentierung der Lösungsansätze und damit zu sich ständig ändernden Lösungsoptionen.

Welcher dieser Optionen es gelingt, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, hängt von der *Durchführbarkeit*, der *Akzeptanz* durch Spezialisten und von dem *Engagement* bzw. der *Widerstände* der Akteure ab (Kingdon 1984: 138-142). Unter Durchführbarkeit ist sowohl die technische Machbarkeit (z.B. ob bereits notwendige institutionelle und organisatorische Strukturen vorhanden sind), sowie die Finanzierbarkeit zu verstehen (Kingdon 1984: 144-145). Das Kriterium der Akzeptanz durch die Spezialisten bezieht sich auf die Akzeptanz der Lösungsoption innerhalb der politischen Gemeinschaft. Nicht zuletzt spielt das Engagement derjenigen Akteure eine bedeutende Rolle, die ein besonderes Interesse an der Realisierung der Lösungsoption haben (Kingdon 1984: 138-

139). Erfüllt eine Lösungsoption diese Kriterien, wird sie überleben. Weist sie hingegen Defizite in einem der Kriterien auf, kommt es zu einer Überarbeitung oder einer Umstrukturierung der Option. Bei völliger Untauglichkeit verschwindet sie hingegen ganz von der Bildfläche (Kingdon 1984: 138).

Befinden sich unterschiedliche Lösungsoptionen in der Ursuppe hängt es oftmals von dem Engagement des politischen Unternehmers ab, welche dieser Optionen favorisiert wird (Kingdon 1984: 130-131). Im Prozess des „softening-up“ wirbt der politische Unternehmer sowohl in der politischen Gemeinschaft als auch in der Öffentlichkeit für die Akzeptanz seines Lösungsansatzes (Kingdon 1984: 134). Kingdon (1984: 189) untersucht 23 Fallstudien, wobei in 15 Fällen dem politischen Unternehmer eine wichtige oder sehr wichtige Funktion in der Phase des Agenda-Settings zuteil wird. Im MSA bleibt die Person, die sich hinter dem politischen Unternehmer verbirgt, relativ unscharf. Sie kann sich sowohl innerhalb der Regierungsadministration befinden, als auch von außen als „externer Akteur“ den Versuch unternehmen, Politikwandel zu veranlassen (Kingdon 1984: 188).

Politicsstrom

Der Politicsstrom bezieht sich auf Einflüsse sowohl innerhalb, als auch außerhalb des politischen Systems, die eine Etablierung eines Problems auf der politischen Agenda ermöglichen und damit die Voraussetzung für einen Politikwandel schaffen (Kingdon 1984: 152-173). In den Worten Zahariadis (2007: 69) ausgedrückt, handelt es sich beim Politicsstrom um die „broader political discourses“ in deren Gefüge die Probleme und Lösungsalternativen bewertet werden. Der MSA hebt dabei insbesondere drei politische Einflussfaktoren hervor, die einen Politikwandel ermöglichen (Kingdon 1984: 152).

Erstens lässt sich zunächst die *allgemeine Stimmung* im Land (*national mood*) diesem Strom zuordnen, die sich je nach Ereignis abrupt ändern kann. Die gegenwärtige nationale Stimmungslage hat starke Auswirkungen auf Inhalte der politischen Agenda und auf das politische Output (Kingdon 1984: 153). Soziale Bewegungen sind ebenfalls der nationalen Stimmungslage zuzuordnen und können, wenn sie organisiert sind und eine Führung besitzen, Einfluss auf die Politik nehmen (Kingdon 1984: 155-156).

Zweitens betont der MSA das Gewicht der politischen Kräfte außerhalb der Regierungsadministration, der *organisierten Interessengruppen* (Kingdon 1984: 157). Entsprechen sich die Konzeptionen der führenden Interessengruppen, handeln die politi-

schen Entscheidungsträger bestenfalls in deren Sinne. Sind die Lösungsansätze hingegen diskrepanz, nehmen politische Entscheidungsträger eine vermittelnde Funktion zwischen den Interessengruppierungen ein (Kingdon 1984: 157). Möchten Entscheidungsträger eine Politik umsetzen, die keinen ausgewogenen Rückhalt bei Interessensgruppierungen genießt, so ist dies mit einem hohen Preis verbunden (Kingdon 1984: 157). Entsteht innerhalb der Regierung eine Klientel, die gegen eine Veränderung des Status quo ankämpft und Änderungsvorschläge seitens der organisierten Interessengruppen ignoriert, sieht Kingdon hierin den Hauptgrund für den Stillstand einer Regierung (Kingdon 1984: 159).

Drittens nimmt die *Zusammensetzung der Regierung* und die *Machtverteilung* innerhalb der obersten politischen Entscheidungsebene Einfluss auf die Etablierung einer Politik auf der Regierungsagenda (Kingdon 1984: 160-167). Bei der Zusammensetzung der Regierung führt Kingdon (1984: 162) die Auswechslung zentraler Akteure auf und bezieht sich dabei im Speziellen auf Personenwechsel innerhalb der Regierungsadministration. Eine personelle Veränderung auf einer hohen Entscheidungsebene produziert nicht nur neue thematische Schwerpunkte, sondern befördert gleichzeitig andere Sachverhalte in den Hintergrund (Kingdon 1984: 161). Unter den Einflussfaktor der Machtverteilung fallen laut MSA zum einen sogenannte „battles over turf“ (Kingdon 1984: 162). Darunter versteht Kingdon (1984: 162) Grabenkämpfe beispielweise zwischen Ministerien, welche zur Favorisierung oder Ablehnung einer Politik führen. Zum anderen wirken sich institutionelle Veränderungen auf einen Politikwandel aus. Wird eine Institution neu geschaffen oder umstrukturiert, zieht das Effekte auf die Etablierung einer Thematik auf der politischen Agenda nach sich (Kingdon 1984: 162).

Während Kingdon (1984: 161) den Wechsel innerhalb der Regierungsadministration als bedeutendsten Einflussfaktor eines Politikwandels bewertet, hat Zahariadis (2007: 73) zufolge der personelle Wechsel innerhalb der Regierung in Kombination mit der nationalen Stimmungslage den stärksten Effekt auf das Agenda-Setting. Einigkeit besteht darüber, dass es hauptsächlich im ersten Jahr einer personellen Neubesetzung zu den größten Veränderungen innerhalb der Regierungsagenda kommt (Zahariadis 2007: 73; Kingdon 1984: 161).

2.1.2 Möglichkeitsfenster und Verknüpfung der Ströme

Der MSA basiert auf dem Gedanken, dass es der Öffnung eines Möglichkeitsfensters bedarf, um die Ströme miteinander verkoppeln zu können und dadurch in letzter Instanz eine Problematik auf der Regierungsagenda zu etablieren. Dieses Zeitfenster lässt sich jedoch nur innerhalb eines zeitlich begrenzten Rahmens nutzen, bevor die Ströme wieder auseinanderfließen und sich gegebenenfalls neu zusammensetzen (Kingdon 1984: 178). Von dieser Annahme ausgehend ist der genaue Zeitpunkt für den Politikwandel von höchster Relevanz. Diesen Zeitpunkt als Möglichkeit zu erkennen und davon Gebrauch zu machen, zeichnen erfolgreiche politische Akteure aus (Kingdon 1984: 174). Im Gegensatz zu allen zielorientierten Rationalitätsansätzen fußt der MSA auf zeitorientierten, nicht vollständig rationalen Entscheidungsprozessen. Logik und Rationalität sind in diesem Ansatz bei der Politikauswahl zu vernachlässigen, vielmehr bedarf es nach Rüb „dem politischen Management von Zeit“ (Rüb 2006: 24).

Daran schließt sich die Frage an, auf welche Art und Weise sich ein Zeitfenster öffnet. Zunächst ist festzustellen, dass es sich lediglich im Problem- und Politicsstrom öffnen lässt (Kingdon 1984: 182). Während sogenannte Schlüsselereignisse im Problemstrom für eine Öffnung sorgen können, bilden im Politicsstrom sowohl künstlich herbeigeführte Ereignisse, als auch institutionalisierte Prozeduren eine Öffnungsmöglichkeit (Kingdon 1984: 99). Unter künstlich herbeigeführten Ereignissen versteht Rüb (2006: 24) Misstrauensvoten und die Schaffung oder Neubesetzung von Ministerien oder entsprechenden Institutionen. Zu den institutionalisierten Prozeduren zählt er beispielsweise regelmäßig ablaufende Wahlen oder Fristen bestimmter Verfahren (Rüb 2006: 24). Kingdon bewertet den Wechsel in der Regierungsadministration und dabei im Speziellen den Wechsel des Präsidenten als offensichtliches Möglichkeitsfenster im politischen System (1984: 176).

Die Verkoppelung der Ströme findet nach der Öffnung des Möglichkeitsfensters statt. Da ein Möglichkeitsfenster zeitlich meist nur sehr begrenzt geöffnet ist, bedarf es eines bereits vorhandenen Lösungsvorschlags (Kingdon 1984: 180). Der Verknüpfungsprozess geht dabei wie folgt von statten: Wird das Fenster geöffnet, verknüpft der politische Akteur eine vorhandene Lösungsoption mit einem existenten Problem. Diese Verknüpfung nimmt er vor, um sein Engagement für diese Lösungsoption öffentlich zu rechtfertigen. Bei einer erfolgreichen Etablierung der Lösungsoption auf der politischen Agenda ist der Verknüpfungsprozess abgeschlossen (Kingdon 1984: 178).

2.1.3 Kritik am Multiple Streams Approach

Einerseits erfreut sich der MSA zunehmender Beliebtheit in der Wissenschaft, andererseits häufen sich zeitgleich kritische Bewertungen Kingdons Überlegungen (Rüb 2009: 367). Sabatier (2007) stellt die Aussagekraft des Ansatzes im Allgemeinen in Frage. Ihm zufolge wird der Ansatz wegen seiner begrenzten bis hin zu nicht-existenten Erklärungskraft an empirischen Beispielen kaum angewendet. Präzisere Kritik unterschiedlicher Wissenschaftler lässt sich in fünf Hauptpunkte zusammenfassen.

Der Ansatz unterschätzt den Einfluss *politischer Institutionen*. Sowohl für die Phase des Agenda-Settings, als auch während konkreter Entscheidungsformulierung und -findung sind institutionelle Faktoren nicht zu vernachlässigen, da sie Zuständigkeiten, Kompetenzen und zeitliche Prozessabläufe determinieren (Rüb 2009: 360; 367; Muccarioni 1992: 466). Muccarioni (1992: 472-481) stellt die Angemessenheit der Konzeptualisierung dreier *unabhängiger Ströme* in Frage. Ihm zufolge existiert eine Interdependenz zwischen den Strömen, woraus eine geringere Zufälligkeit des politischen Prozess erfolgt und somit eine höhere strategische Planungssicherheit besteht. Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die im Ansatz *nicht berücksichtigte Pfadabhängigkeit* (Muccarioni 1992: 470-472). Muccarioni (1992: 470-472) zufolge besitzt der historische Kontext für die Umsetzung einer Politik jedoch hohe Relevanz. Des Weiteren bezieht der MSA, so die Kritik unterschiedlicher Wissenschaftler, den *Einfluss der Medien* in der Phase des Agenda-Settings nur unzureichend mit ein. Im Gegensatz zu Kingdon messen sie den Medien in ihrer Funktion als Manipulator der Politik und Bevölkerung eine beachtliche Rolle im politischen Prozess bei (Rüb 2009: 368). Der MSA scheitert zudem am Versuch, diesen als *Anleitung* für erfolgreichen Politikwandel nutzbar zu machen (Robinson 2010: 202-203). Demnach besitzt der MSA lediglich Aussagekraft in Bezug auf die Analyse eines in der Vergangenheit liegenden Ereignisses.

Dennoch eignet sich der MSA, um den Forschungsfragen der vorliegenden Arbeit nachgehen zu können. Da es sich bei der vorliegenden Fallstudie um die Analyse eines in der Vergangenheit liegenden Prozesses handelt, ergeben sich aus der fehlenden Anleitungskraft des MSA keine negativen Folgen. Die Nichtbeachtung der Pfadabhängigkeit des MSA kann ohne weiteres umgangen werden: In der vorliegenden Arbeit wird dafür der Analyse der einzelnen Ströme ein Abschnitt zur historischen Einordnung vorangestellt. Andere Kritikpunkte beziehen sich auf die unzureichende Betrachtung politischer Institutionen und der Medien im Agenda-Setting Prozess. Wenngleich ein ge-

wisser Einfluss dieser beiden Faktoren bei der Umsetzung jeder Politik besteht, ist für die Beantwortung der Forschungsfragen der vorliegenden Arbeit die Betrachtung der Rolle der politischen Institutionen und der Medien nicht essentiell. Zudem misst Martínez den Medien im konkreten Fall der Yasuní-ITT-Initiative keine herausragende Rolle bei (Martínez 2009: 94-95). Eine Vernachlässigung dieser Gesichtspunkte zieht daher keinerlei negative Folgen für die Ergebnisse der Arbeit nach sich.

Wie der Kritiker Mucciaroni (1992: 482) anerkennt sind die Stärken des theoretischen Ansatzes, dass er die Einflussnahme von Menschen in den Mittelpunkt seiner Betrachtung stellt. Da sich die vorliegende Arbeit mit dem Einfluss von Menschen, genauer - der Zivilgesellschaft - beschäftigt, ist die Anwendung dieses theoretischen Ansatzes äußerst zweckmäßig.

2.2 Methodische Vorgehensweise

In diesem Unterkapitel wird die methodische Vorgehensweise der Untersuchung dargestellt. Dabei wird zunächst auf die Untersuchungsform der Fallstudie und Prozessanalyse Bezug genommen und in einem zweiten Teil auf die Formen der Datengewinnung eingegangen.

2.2.1 Fallstudie und Prozessanalyse

Das übergeordnete Ziel der vorliegenden Arbeit, eine empirische Untersuchung des Einflusses der Zivilgesellschaft auf die Entstehung der Yasuni-ITT-Initiative vorzunehmen, determiniert die qualitative Einzelfallstudie in Kombination mit einer tiefgreifenden Prozessanalyse als geeigneten methodischen Rahmen.

Die Einzelfallstudie eignet sich zur Beantwortung der Forschungsfragen besonders gut, da sie ermöglicht die Funktionsweise von kausalen Mechanismen in einem bestimmten Fall detailliert herauszufiltern (George/Bennett 2005: 22). Bei der vorliegenden Fallstudie handelt es sich nach der traditionellen Einteilung von Arend Lijphart (1971: 691) um eine *interpretative case study*. Der vorliegende Fall - die Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der Regierungsagenda - wurde aus Erkenntnisinteresse am konkreten Fall ausgewählt und nicht um eine Theorie zu testen, zu bestätigen oder zu erweitern. Nach dem Verständnis Lijpharts (1971: 691) verwendet die interpretative Fallstudie einen theoretischen Rahmen. Der bereits vorgestellte Multiple Streams Approach

soll in der vorliegenden Arbeit folglich als „Leitplanke“ (Blatter/Janning/Wagemann 2007: 141) fungieren, um eine zielgerichtete Suche nach Informationen zu ermöglichen und komplexe Prozesse klar zu strukturieren (Blatter/Janning/Wagemann 2007: 141). Selektionskriterium bei der Auswahl eines bestimmten Untersuchungsfalls ist die Existenz eines singulären, auf eine Zeitperiode beschränkten Ereignisses oder Prozesses, der durch seine Seltenheit besticht. Die vorliegende Fallstudie beschreibt, rekonstruiert und analysiert alle relevanten Ereignisse, Prozesse und Dynamiken der Entstehung der Umweltinitiative Yasuní-ITT in Ecuador aus einer ex-post Perspektive. Die Initiative stellt neben dem Merkmal der Singularität zusätzlich ein Pilotprojekt dar, da die dahinter stehende Idee - Kompensationszahlungen im Austausch von Schutz und Erhalt des Regenwaldes - im Jahr 2007 erstmalig auf UN-Ebene eingebracht wurde.

Das Ziel und die Fragestellungen der vorliegenden Fallstudie offenbaren eine analytische Herangehensweise und die Untersuchung von kausalen Zusammenhängen. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht dabei die Erklärung der Ursachen (*causes of effects*) der erfolgreichen Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der Regierungsgenda. Aus diesem Grund handelt es sich bei dieser Studie um eine theoriegeleitete Kausalanalyse. Die dafür verwendete Methodik orientiert sich an der Prozess-Analyse (*process tracing*) nach George und Bennett (2005). Diese Methode verfolgt das Ziel, kausale Zusammenhänge zwischen einer abhängigen und einer oder mehrerer unabhängigen Variablen zu eruieren (George/Bennett 2005: 206). George und Bennett (2005: 223) weisen auf die Nützlichkeit dieser Methode im Rahmen von Einzelfallstudien hin. Die Prozessanalyse eignet sich bei den Forschungsfragen der vorliegenden Arbeit, da sie ermöglicht, verschiedene Variablen (unabhängige Variablen) herauszuarbeiten und zu erläutern und deren Interaktion zu analysieren, um das produzierte Ergebnis (abhängige Variable) - die Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der politischen Agenda - erklären zu können. Die Leistung des Wissenschaftlers ist dieser Methode zufolge, die Vielzahl von Beobachtungen in eine kausale Kette zu gliedern, um die Unbestimmtheit eines vorliegenden sozialen Phänomens eingrenzen zu können (George/Bennett 2005: 207).

2.2.2 Form der Datenerhebung

Um die Nachzeichnung des kompletten Prozesses der Entstehung und Entwicklung der Yasuní-ITT-Initiative gewährleisten zu können, wird auf unterschiedliche Datenquellen,

sowohl Sekundär- als auch Primärliteratur, zurückgegriffen. Zu der hierbei verwendeten Sekundärliteratur gehören vor allem Artikel aus wissenschaftlichen Zeitschriften aus den Bereichen Politikwissenschaft, Ökologie, Geschichtswissenschaften und Ökonomie. Neben wissenschaftlichen Zeitschriften werden Monographien und Sammelwerke von zumeist ecuadorianischen Autoren herangezogen. Insbesondere wird auf Ausführungen von Alberto Acosta, Esperanza Martínez, Guillaume Fontaine, Karen Andrade Mendoza und Pamela Martin zurückgegriffen, da sich diese Autoren in ihrer wissenschaftlichen Forschung hauptsächlich mit der Yasuní-ITT-Initiative beschäftigen. Neben Sekundärquellen wird des Weiteren Primärmaterial herangezogen. Die vorliegende Arbeit verwendet dafür Gesetzestexte, Positionspapiere, Konferenzdaten, Regierungserklärungen, Parteiprogramme und Pressemitteilungen unterschiedlicher Akteure. Darüber hinaus werden Internetdokumente und Internetauftritte beteiligter Akteure ausgewertet.

Aufbauend auf den erarbeiteten theoretischen und methodischen Grundlagen der Untersuchung, erfolgt in Kapitel 3 die empirische Analyse der Yasuní-ITT-Initiative anhand des MSA.

3. Empirische Analyse des Einflusses der Zivilgesellschaft auf die Yasuní-ITT-Initiative

Im folgenden Kapitel findet der Multiple Streams Approach von John Kingdon (1984) Anwendung in der Umweltinitiative Yasuní-ITT-Initiative im ecuadorianischen Amazonasstiefland. Zunächst wird die Grundlage für die komplexe Thematik, die hinter der Yasuní Initiative steht, geschaffen. Dazu wird in einem ersten Unterkapitel zunächst auf die Problematik der Erdölförderung in Ecuador eingegangen, vor deren Hintergrund die Lösungsoption Yasuní-ITT geschaffen wurde. Daran anschließend erfolgt eine Analyse der Yasuní-ITT-Initiative anhand des Problem-, Option- und Politicsstroms. Dazu werden die ersten beiden Ströme zunächst allgemein dargestellt und jeweils im Anschluss in einem Zwischenfazit der konkrete Beitrag der Zivilgesellschaft herausgestellt. Nach der Analyse des dritten Stroms folgt in einem letzten Kapitel eine Erläuterung der Öffnung des Möglichkeitsfensters und der daran anschließenden Verknüpfung der drei Ströme im Falle der Yasuní-ITT-Initiative.

3.1 Erdölförderung in Ecuador

Seit vierzig Jahren bestimmt die Erdölförderung in Ecuador die Entwicklung des Landes. Im vergangenen Jahrzehnt zählte diese natürliche Ressource mit durchschnittlich über 50 Prozent vom Gesamtexport noch immer zum wichtigsten Exportgut Ecuadors (Banco Central de Ecuador 2012, 2007a). Zudem bilden die Einnahmen aus dem Erdölsektor in den Jahren 2000 bis 2007 ein Viertel, aktuell sogar 38 Prozent, der Gesamteinnahmen des Staates (Banco Central de Ecuador 2012, 2007b).

Der genaue Verlauf der Erdölgeschichte in Ecuador wird im Folgenden in einem kurzen historischen Überblick dargestellt. Im Anschluss daran werden die Erdölförderpraktiken skizziert und die daraus resultierenden sozioökologischen Auswirkungen betrachtet.

3.1.1 Historischer Überblick

Die Entdeckung des Texaco-Gulf Konsortiums im Jahre 1967 läutet in Ecuador das Erdölzeitalter ein. Damals wurden riesige Erdölvorkommen in der Sucumbíos-Region entdeckt (Drekonja 1980: 85). Dieser Landesteil befindet sich in der noch heute wichtigsten Erdölregion Ecuadors - dem Oriente (San Sebastián/Hurtig 2004: 205; Almeida Albuja 2000: 49; Rival 1997: 1). El Oriente, so die Bezeichnung für die Amazonasregion im Osten des Landes, setzt sich zusammen aus den Provinzen Sucumbíos, Orellana, Napo, Pastaza, Morona Santiago und Zamora-Chinchipe (San Sebastián/Hurtig 2004: 205). Dieser Landesteil Ecuadors ist gekennzeichnet durch eine der höchsten Artenreichtümer der Erde auf einem Regenwaldgebiet von circa 100.000 km² (Bass et al. 2010: 1). Die Erdölproduktion im Oriente, die 1972 ihren Anfang nahm, löste, nach dem Export von Kakao und Bananen, den dritten ökonomischen Boom im Land aus (Gerlach 2003: 33). Der Einzug einer Vielzahl von Erdölfirmen in das Amazonastief-land zog tiefgreifende infrastrukturelle Veränderungen nach sich. Ein ausgeweitetes Netzwerk von Straßen, Ölpipelines und eine Fülle von Anlagen und Einrichtungen zur Weiterverarbeitung von Erdöl wurden fertiggestellt (Ryder/Brown 2000: 511). Diese starke Bebauung der Amazonasregion verursachte mit circa 40.000 Hektar im Jahr eine der höchsten Abholzungsraten in Lateinamerika (Sierra 2000: 5). Mit dem Ausbau der Infrastruktur des Oriente ging eine durch den Staat geförderte und durch das Militär unterstützte Einwanderung von größtenteils Indigenen aus dem Andenhochland einher (Finer et al. 2008: 2; Oilwatch 2005a: 45; Almeida Albuja 2000: 50).

Neben der Veränderung des Landschaftsbildes sorgte der Einzug der Erdölindustrie auch unter ökonomischen Aspekten für Veränderungen. Das Pro-Kopf Einkommen in den zehn Jahren nach der ersten Erdölforderung fiel doppelt so hoch aus als im vorherigen Jahrzehnt (Torre 1991: 1). Jedoch zeigt eine vergleichende Studie der Weltbank, dass nahezu keines der Erdöl exportierenden Länder die hohen Erdölpreise der 70er Jahre effektiv für ihre eigene Entwicklung nutzbar gemacht hat (Larrea/Warnars 2009: 220). Sachs/Warnars (1997) der Harvard University finden Bestätigung für diese Beobachtung: In einer vergleichenden Studie der Periode 1971 bis 1989 stellen sie eine negative Korrelation zwischen dem Export von natürlichen Ressourcen, wie Erdöl, Mineralstoffen und landwirtschaftlichen Primärprodukten, und nationalem Wirtschaftswachstum fest. Dieses auch als „*Dutch Disease*“ bekannt gewordene Wirtschaftsprä-phenomen besagt, dass in der Regel diejenigen Entwicklungsländer langsamer wachsen, die

sich auf den Export von wenigen Primärprodukten fokussiert haben, als andere vergleichbare, aber diversifiziertere Volkswirtschaften (Schuldt/Acosta 2006: 63).

Ein Blick zurück auf die Geschichte der Erdölentwicklung in Ecuador offenbart, dass dieser, durch hohe Einnahmen gekennzeichnete Wirtschaftszweig auch in Ecuador zu keiner Verbesserung der ökonomischen Lage des Staatshaushaltes führte (Jochnick/Normand/Zaida 1991: 85). Diese Aussage von Jochnick, Normand und Zaida wird durch offizielle Zahlen zu den Auslandsschulden Ecuadors bestätigt: Mit Beginn der Erdölausbeutung im Jahre 1972 sind die Auslandsschulden innerhalb eines Zeitraumes von zwanzig Jahren von 10 Mio. US- Dollar (USD) auf über 490 Mio. USD gestiegen (Indexmundi 2012). Im Jahr 1999 erreichten sie mit über einer Mrd. USD nochmal über das Doppelte an Schulden im Vergleich zu zehn Jahren zuvor (Indexmundi 2012). Ab Mitte der achtziger Jahre milderte sich die Euphorie des ersten Jahrzehnts nach dem Erdölboom. Der Ölpreis sank, zunächst nur leicht und ab 1986 rapide⁷. In den 80er Jahren verringerte sich nicht nur der wirtschaftliche Erfolg, sondern auch ökologische Auswirkungen wurden sichtbarer (Larrea/Warnars 2008: 220).

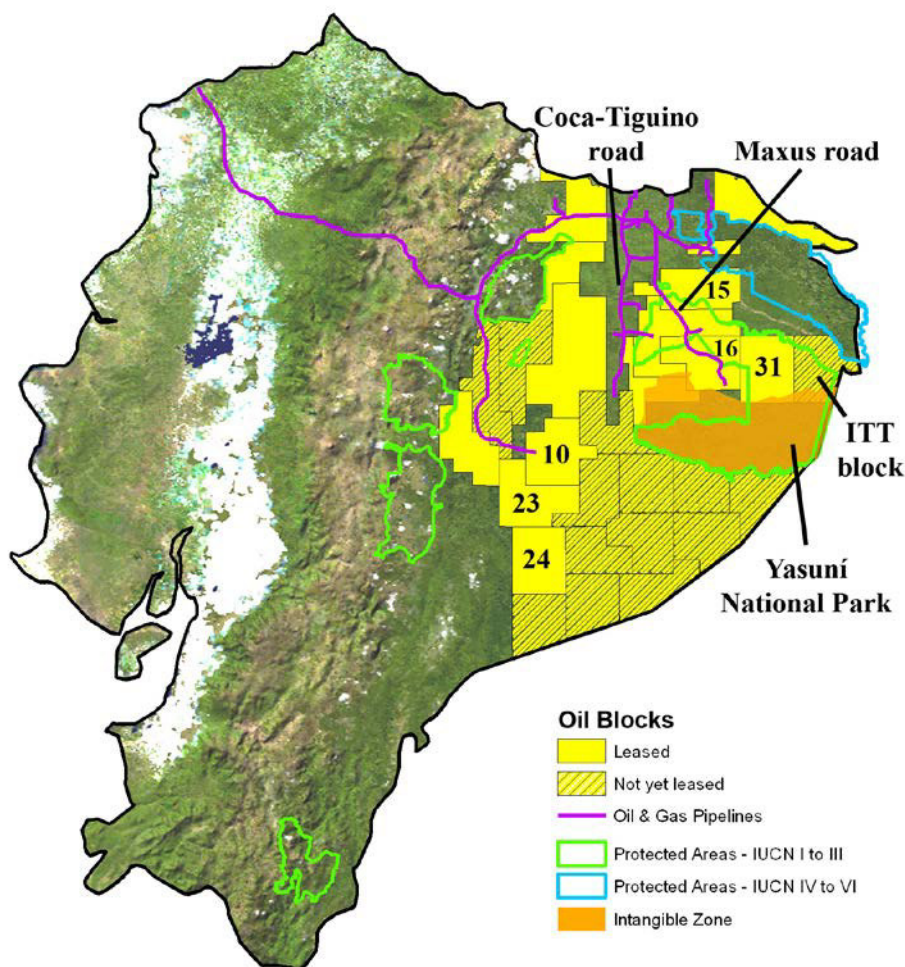
Der Yasuní Nationalpark kam Mitte der 80er Jahre in den Mittelpunkt des Interesses der Erdölindustrie. Der Park wurde im Jahr 1979 gegründet und verfügt über eine Gesamtfläche von circa 9.820 km² (Bass et al. 2010: 2). Er überschneidet sich zum Teil mit dem Stammesgebiet der indigenen Huaorani Gemeinschaft und wird zusätzlich von mindestens zwei weiteren Clans bevölkert - den in freiwilliger Isolation lebenden Tagaeri und Taromenane (Finer et al. 2009: 2; Kreft 2004: 1464). Im Laufe der Jahrzehnte wurde das Gebiet durch unterschiedliche Dekrete modifiziert und erweitert (Crespo Plaza 2007: 222). Yasuní und das heutige Huaorani-Reservat wurden 1989 zum UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) Biosphärenreservat ernannt (UNESCO 2011). Im Jahr 1970 rief die UNESCO das *Man and the Biosphere Programme* ins Leben. Damit wurde das Biosphärenreservat dem Konzept der gängigen Naturschutzgebiete entgegenstellt. Während Naturschutzgebiete, wie beispielsweise Nationalparks, ausschließlich dem Schutz der Natur dienen und der Mensch nur in Randbereichen Zugang hat, stellen Biosphärenreservate die Beziehung zwischen Mensch und

⁷ Während der Jahresdurchschnitt 1981 bei 35.75 USD pro Barrel lag, war das Barrel 1985 nur noch 26.92 USD wert. Ein Jahr später sank es auf den vorläufigen Tiefstwert von 14.44 USD. Im folgenden Jahrzehnt schwankte der Erdölpreis von 15 bis 22 USD pro Barrel, bis er 1998 ein Rekordtief von 11.91 USD erreichte. In der darauffolgenden Periode stieg der Erdölpreis kontinuierlich (Inflationdata 2012).

Umwelt unter Schutz und fördern den nachhaltigen Umgang des Menschen mit der Natur. Ressourcen können also weiterhin von den ansiedelnden Gruppen genutzt werden, nur eben nachhaltig.

Wissenschaftler betonen aus mehreren Gründen, die Notwendigkeit des Schutzes des Yasuní Nationalparks. Zum einen gehen sie davon aus, dass dieser Teil des Amazonas auch in Zeiten der globalen Erwärmung relativ stabile klimatische Verhältnisse vorweisen wird (Finer et al. 2008: 1). Zum anderen zählt der Park im Bereich der Amphibien und Reptilien zu den zwei artenreichsten Gebieten der Welt (Bass et al. 2010: 7). Außerdem beherbergt der Yasuní Nationalpark eine Vielzahl derjenigen gefährdeten Säugetieren, deren Populationsdichte in den vergangenen drei Generationen um 30 Prozent abgenommen hat (Bass et al. 2010: 11). Neben dem Schutz von Flora und Fauna steht die Sicherung des natürlichen Umfeldes der indigenen Ureinwohner im Vordergrund (Bass et al. 2010: 11).

Abbildung 1: Erdölblöcke in Ecuador



Quelle: Jenkins (2008)

Vor allem im nördlichen Teil des Parks hat die Erdölindustrie Einzug erhalten (vgl. Abbildung 1: Erdölblöcke 15, 16, 31). Im Jahr 1985 vergab die Corporación Estatal Petrolera de Ecuador (CEPE)⁸ erste Lizenzen für die Ausbeutung der Erdölfelder auf diesem fast 10.000 km² großen Gebiet (Bass et al. 2010: 2). CEPE ist als staatliche Erdölgesellschaft damit beauftragt, in so genannten Bierrunden die Lizenzen an internationale Erdölunternehmen zu vergeben. Innerhalb der darauf folgenden zehn Jahre fanden insgesamt acht dieser Bierrunden zu Erdölblöcken im Yasuní Nationalpark statt (Almeida Albuja 2000: 54). Bisher wurden, beziehungsweise werden, die Felder 14, 15, 16 und 31 ausgebeutet (Acción Ecológica 2006). Dadurch ist es bereits zum Bau von vier Straßen gekommen (Bass et al. 2010: 2). Diese Verkehrsadern ermöglichen laut Bass et al. (2010: 2) die Besiedlung der Gebiete, Abholzung und exzessives Jagen. Die Erdölfelder Ishpingo Tambococha Tiputini (ITT), die im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen, beherbergen nach aktuellem Stand rund ein Viertel des derzeit noch vorhandenen Erdölvorkommens des Landes (Finer et al. 2008: 4).

3.1.2 Sozioökologische Auswirkungen

Die Extraktion des fossilen Energierohstoffs erfordert unterschiedliche Prozesse, die verschmutzende Resultate und negative Folgen nach sich ziehen (San Sebastián/Hurtig 2004: 206). Zum einen ergeben sich aus der Erdölförderpraxis direkte und langfristige negative Folgen für Flora und Fauna. Zum anderen zeigen sich direkt spürbare oder langfristige Auswirkungen auf den Menschen. Im Folgenden wird sowohl auf ökologische als auch auf soziologische Folgen der angewendeten Förderpraxis der Erdölindustrie im Oriente eingegangen.

Ökologische Folgen der Erdölförderung

Negative Auswirkungen auf die Umwelt im Zuge der Erdölförderung ergeben sich durch zweierlei Faktoren.

Erstens ergeben sich aus der konkreten *Erdölförderpraxis* unterschiedliche negative Folgen für die Umwelt, abhängig von der angewandten Umweltpraxis und der verwendeten Technologie des Erdölunternehmens (San Sebastián/Hurtig 2004: 206). Das

⁸ Im Jahr 1989 benannte sich CEPE nach dem Ankauf der letzten Anteile des Texaco-Gulfs Konsortiums in seinen heute noch gültigen Namen Petroecuador um (Gerlach 2003: 36). Entsprechend wird der Name im Folgenden verwendet.

unter der Erdoberfläche liegende Erdöl ist ein komplexes Gemisch aus organischen Substanzen (Mitchell et al. 1970: 812). Wird die Erdölquelle ausgebeutet, wird durch die Förderaktivitäten neben Erdöl auch Erdgas und das sogenannte Formationswasser an die Oberfläche befördert. Dieses Formationswasser enthält giftige Salze und Schwermetalle wie Blei, Cadmium, Arsen und Quecksilber und ist zum Teil radioaktiv verseucht (San Sebastián/Hurtig 2004: 206). Es beläuft sich pro Barrel Öl ebenfalls auf ein Barrel und wird nach gängiger Praxis direkt ins Meer bzw. in die Oberflächengewässer geleitet (Chicaiza 1998: 121). Eine umweltschonendere Variante wäre die Rückführung in die Bohrlöcher. Diese Praxis wird jedoch aus Kostengründen meist vernachlässigt (O'Rourke/Connolly 2003: 594). Neben dem Formationswasser sorgen Bohrabfälle für eine zusätzliche Verseuchung des Bodens. Im Oriente von Ecuador geht man davon aus, dass jeder Bohrprozess einer Erdölquelle durchschnittlich 4.000 m³ an Bohrabfällen zutage fördert. Bei diesen Bohrabfällen handelt es sich neben dem Förder Schlamm um eine variierende Zusammensetzung chemischer Elemente mit teilweise toxischen Verbindungen aus Aluminium, Antimon, Benzol, Nickel, sowie Natrium- und Chlorsalzen (Jochnick/Normand/Zaida 1991: 84). Diese Bohrabfälle werden ohne Weiterverarbeitung in offene, nicht abgegrenzte Gruben geleitet. Bei dieser Praxis werden sie entweder direkt an die Umgebung abgegeben oder gelangen durch das Überlaufen der Gruben in die Umwelt. Auf diese Art und Weise wird, je nach Fall, Boden, offenes Gewässer oder Grundwasser mit toxischen Substanzen verseucht (San Sebastián/Hurtig 2004: 209). Wenngleich einige Unternehmen diese Praxis in den letzten 15 Jahren modifiziert haben, gehen San Sebastián und Hurtig (2004: 207) von 200 dieser offenen Gruben im Amazonastiefland aus. Zusätzlich produzieren die Erdölgruben weitere leicht entflammare Kohlenwasserstoffe, die eine Brandgefahr darstellen und bei deren Verbrennung klimaschädliche Gase entstehen (Almeida Albuja 2000: 51). In Ecuador werden täglich 1,5 Mio. m³ an Gasen ohne Temperatur oder Emissionskontrolle verbrannt (San Sebastián/Hurtig 2004: 207). Während des Transports von den Ölbohrlöchern über die zentralen Anlagen, in denen das Erdöl von den Abfallprodukten getrennt wird, bis hin zu den Ö raffinerien an der Küstenzone, kommt es wöchentlich zu einem Austreten von circa 40.000 Liter Öl infolge von Lecks (San Sebastián/Hurtig 2004: 207). Neben diesem regelmäßigen, aber begrenzten Austreten von Erdöl sind teilweise besonders hohe Verluste zu verzeichnen. Wie zum Beispiel 1992, als infolge eines großen Lecks circa eine Mio. Liter Erdöl den Napo Fluss eine Woche lang schwarz gefärbt haben (Almeida Albuja 2000: 58).

Zweitens wirkt sich der *Bau der notwendigen Infrastruktur* für die Erdölförderung und die daran anschließende *Besiedlung* negativ auf die Umwelt aus (O'Rourke/Connolly 2003: 594). Um Erdölförderung ermöglichen zu können, muss die erforderliche Infrastruktur bereitgestellt werden, wofür es jedoch der Abholzung großer Flächen bedarf. Im Oriente wird die Praxis angewandt, Regenwaldgebiete schachbrettartig zu zerstören. Diese schachbrettartige Zerstörung unterschiedlich großer Waldflächen zieht eine Zerstörung des kompletten Ökosystems nach sich und wirkt sich somit auf Flora und Fauna ganzer Regenwaldflächen aus (O'Rourke/Connolly 2003: 594; Kimerling 1989: 18).

In einer Studie von Cardillo et al. (2005) werden die Ursachen des Artensterbens von Säugetieren erforscht. Dabei zeigt sich zum einen eine positive Korrelation zwischen der Größe der Säugetiere und der Rate der aussterbenden Arten. Ferner spielen Populationsgröße und arteigene Charakteristika eine Rolle. Zum anderen wirken sich geographische Faktoren und Dichte der menschlichen Bevölkerung auf das Ausmaß der aussterbenden Arten aus (Cardillo et al. 2005: 1239-1240). Geographische Faktoren spielen dabei insofern eine Rolle, als dass für das Überleben großer Säugetierarten, wie beispielweise des gefährdeten Jaguars, ein großes zusammenhängendes Gebiet essentiell ist. Eine schachbrettartige Zerstörung des Regenwaldes wirkt sich somit direkt auf das Artensterben gefährdeter Tierarten aus (Bass et al. 2010: 15). Eine Dezimierung der Tierwelt wird zusätzlich auf die Erhöhung der Bevölkerungsdichte und den direkten Einfluss des Menschen zurückgeführt (Cardillo et al. 2005: 1239). Eine statistische Auswertung des Bevölkerungswachstums in Ecuador pro Region verdeutlicht, dass im Oriente der höchste prozentuale Zuwachs seit 1974 verzeichnet wird. Während im Jahr 1962 null Prozent Bevölkerungswachstum in der Amazonasregion Ecuadors ausgewiesen werden, offenbaren die Zahlen zum Jahr 1974 - zwei Jahre nach Beginn der Erdölausbeutung - ein Rekordwachstum von 10 Prozent. Auch in den folgenden Jahrzehnten bis 2001 zeigt die Statistik den größten demographischen Zuwachs in der Amazonasregion (Portal de Migración y Desarrollo Regional 2007). Eine erhöhte Bevölkerungsdichte und infrastrukturelle Gegebenheiten im Yasuní Nationalpark haben ein vermehrtes, nicht nachhaltiges Jagen auf zum Teil bedrohte Tierarten zur Folge (Bass et al. 2010: 15). So geht man im Nationalpark von 40 Prozent geringerem Säugetiervorkommen in bevölkerten Gebieten aus (Bass et al. 2010: 16).

Auch für die Klima- und Feuchtigkeitsverhältnisse innerhalb des Waldes ist der Erhalt der ursprünglichen Charakteristika über große Flächen hinweg notwendig: Indem

der Regenwald das verdunstete Wasser an die Atmosphäre abgibt, erzeugt er bis zu zwei Drittel des Niederschlags selbst. Eine partielle Rodung des Waldes kann hingegen zur Folge haben, dass die verbleibenden Regenwaldgebiete nicht ausreichend Niederschlag produzieren und so über eine längere Zeitperiode hinweg selbst in sich funktionierende Gebiete austrocknen (Prance/Lovejoy 1985: 147-148). Auf die Entwaldung können zudem Erdbeben und gravierende Erdbewegungen zurückgeführt werden (Kimerling 1989: 7). Neben der Bereitstellung infrastruktureller Voraussetzungen ergeben sich aus der konkreten Erdölausbeutung weitere physische Veränderungen der Umgebung. Um die Ausbeutung einer Erdölquelle zu ermöglichen, bedarf es oftmals einer Detonation. Diese führt zu einer Erosion des Bodens, wodurch unter anderem mit einer Abwanderung der Tierwelt zu rechnen ist (Jochnick/Normand/Zaida 1991: 84).

Soziologische Folgen der Erdölförderung

Wenngleich die Ansiedlung eines Industriezweigs die Schaffung von Arbeitsplätzen und zumeist einen ökonomischen Aufschwung für die entsprechende Region mit sich bringt, bedeutet sie im Oriente lediglich Wohlstand auf ein flächenmäßig sehr begrenztes Gebiet. So beobachtet Kimerling (1989: 45): „Ölcamps sind Inseln des Wohlstands und der Entwicklung in einer See von Armut und Unterentwicklung“. Die Aufnahme von Erdölförderaktivitäten im Amazonastiefland tangiert den Menschen auf zweierlei Art (Bebbington 1998: 42).

Erstens tragen die Veränderung der Umgebung und die Schaffung eines neuen Umfeldes *sozioökonomische* Folgen mit sich. Dies geschieht durch eine unumgängliche Abhängigkeit der indigenen Bevölkerung von der Erdölindustrie (Doughty/Lu/Sorensen 2010: 30). Der Einzug der Erdölindustrie zerstört den traditionellen Lebens- und Arbeitsraum und sorgt auf diese Weise für eine veränderte sozioökonomische Ausgangslage. Deshalb sehen sich die Ureinwohner gezwungen, neue Wege der Einkommenssicherung zu gehen, indem sie sich in den Dienst der Erdölunternehmen stellen (Kimerling 1989: 41). Laut einer Studie von Doughty, Lu und Sorensen (2010: 26) über die an einer „Erdölstraße“ angesiedelte Huaorani Gemeinschaft in Gareno, arbeiten 78 Prozent der erwerbstätigen Männer in der Erdölindustrie. Der damit einhergehende Einzug der Geldwirtschaft in die Regenwaldgebiete zeigt gravierende Auswirkungen auf die lokalen Sozialstrukturen. Als Resultat wird das über Jahrhunderte geprägte freiwillige Engagement im kommunalen Bereich zugunsten einer lohneinbringenden Arbeit vernach-

lässt (Kimerling 1989: 42). Mit dem Einzug der Erdölindustrie geht die Veränderung des seit Jahrhunderten besiedelten Territoriums einher (Napolitano/Ryan 2007: 6). Die territoriale Integrität und die Kontrolle darüber sind jedoch notwendiger Bestandteil für die Reproduktion der eigenen Kultur und damit für das Überleben indigener Bevölkerungsgruppen (O'Rourke/Connolly 2003: 596; Jochnick/Normand/Zaida 1991: 86). Somit zieht die Veränderung der Umgebung den Verlust der kulturellen Identität der indigenen Bevölkerung nach sich. Im Falle des Oriente führten eine veränderte Umwelt und die Immigration, überwiegend aus dem Andenhochland, zwangsläufig zu einer verstärkten Assimilation der Oriente-Bewohner an die Kultur der eingewanderten Arbeiter (Andrade Mendoza 2007: 244; Kimerling 1989: 40). Laut einer Studie von Torre (1999) unterliegt die Anpassung der Indigenen jedoch grundsätzlich einer Einschränkung: Der Zugang zur Kultur der Mittel- und Oberschicht der weißen und mestizischen Bevölkerung bleibt den Indigenen verwehrt. Der Wissenschaftler erklärt das mit einem noch immer bestehenden Rassismus gegenüber der indigenen Bevölkerung. Wenngleich der institutionelle Rassismus, wie beispielsweise das Wahlrecht, gegenüber Indigenen abgebaut wurde, besteht der alltägliche Rassismus der weißen und mestizischen Mittel- und Oberschicht gegenüber Indigenen weiterhin. Folglich erfolgt die kulturelle Anpassung der ursprünglichen Amazonasbevölkerung ausschließlich an die Kultur der immigrierten weißen/mestizischen Arbeiter aus der Unterschicht (Torre 1999: 109-111). Aus der Entfremdung von der eigenen Kultur ergeben sich weitläufige Konsequenzen. Von einer Marginalisierung, Verschlechterung der Ernährung und Gesundheit, als auch Armut kann im Allgemeinen ausgegangen werden (Kimerling 1989: 40). Napolitano und Ryan (2007: 6) sehen den Einzug der Erdölindustrie zudem als Auslöser von Alkohol- und Drogenkonsum, häuslicher Gewalt und erhöhten Suizidraten. Whitten und Whitten (2011: 93) sprechen in diesem Zusammenhang von „*Ethnocide*“, dem Prozess der Zerstörung einer Lebensweise⁹.

Zweitens hat die Erdölförderung unterschiedliche *gesundheitliche* Schäden zur Folge. Es zeigen sich negative Auswirkungen auf den Gesundheitszustand sowohl von Erdölarbeitern, als auch der Bevölkerungsteile, in deren nächster Nähe sich Erdölförderanlagen befinden. Die Erdölexploration und -bohrung zählt zum gefährlichsten Sektor der Erdölindustrie. Neben dem Risiko, durch Explosionen oder andere Unfallarten Verletzungen oder den Tod davon zu tragen, besteht eine erhöhte Gefahr zu erkranken

⁹ Sie gehen in ihren Ausführungen so weit, dass sie dies als bewusste Strategie der ecuadorianischen Politik identifizieren, um eine homogene Kultur zu fördern und den Oriente zu erobern (Whitten 1976).

(O'Rourke/Connolly 2003: 596). Eine hohe Anzahl an Studien (Sebastián/Hurtig 2004; Jobin 2003; Epstein 2002; Sathiakumar et al. 1995; Wong 1987) bestätigt die Aussage O'Rourkes und Connollys (2003: 596), nach welcher Erdölförderaktivitäten zur Erhöhung unterschiedlicher Krankheiten führen, die zum Teil lebensbedrohliche Ausmaße annehmen. Diese Risiken entstehen sowohl infolge von Bestrahlung durch radioaktives Material als auch durch Bioakkumulation von Öl, Quecksilber und anderen giftigen Stoffen, die über die Nahrung aufgenommen werden (O'Rourke/Connolly 2003: 595). Gemäß einer Studie von Jobin (2003) hat die Ausbeutung des Rohstoffes zudem eine Erhöhung der Malaria- und HIV-Infektionen zur Folge (Jobin 2003: 424). Andere Studien bezeugen, dass es zu einem Anstieg an Lungen- und Hauterkrankungen kommt (Wong 1987: 382), zu einer erhöhten Quote an Fehlgeburten, zu einem Zuwachs der Krebserkrankungen und Leukämie (Sathiakumar et al. 1995: 1269), bis hin zu einer Veränderung der DNA- Struktur (César Paz-y-Miño et al. 2008: 121). Eine besonders kontroverse Diskussion wird um die Thematik der Erdölförderung in denjenigen Gebieten geführt, welche von in Isolation lebenden Indigenen bewohnt werden (Finer et al. 2008: 2). Diese Volksgruppen bevölkern abgelegene Gebiete des westlichen Amazonas-tieflandes und sind in Folge ihrer unzureichenden Widerstandsfähigkeit in höchstem Maße verwundbar. Gegen Krankheiten der modernen Zivilisation verfügen sie nicht über die notwendigen Abwehrkräfte, weshalb sie diesen zum Teil erliegen (Finer et al. 2008: 2; Napolitano/Ryan 2007: 2-3).

Aufbauend auf den erläuterten Grundlagen der Erdölgeschichte in Ecuador, der Erdölförderpraxis im Oriente sowie deren sozioökologische Auswirkungen, wird in den folgenden Abschnitten eine Aufbereitung der Yasuní-ITT-Initiative anhand des MSA vorgenommen.

3.2 Problemstrom

Der MSA geht davon aus, dass bestimmte Schlüsselereignisse, Indikatoren und das Feedback auf vorangegangene Beschlüsse einen besonderen Einfluss darauf haben, ob ein zunächst wertfreier Sachverhalt als Problem wahrgenommen wird. Im Folgenden wird analysiert, wie der Problemwahrnehmungsprozess in Bezug auf die Erdölförderung im Yasuní Nationalpark vonstattenging und inwiefern die Zivilgesellschaft Einfluss auf diesen Prozess nahm. Zum tieferen Verständnis wird zunächst aufgezeigt, wie Amazonasbewohner mit den sozioökologischen Auswirkungen der Erdölförderung um-

gehen (Abschnitt 3.2.1). Im Anschluss folgt eine Darstellung des Problemwahrnehmungsprozesses der Erdölproblematik im Yasuní Nationalpark (Abschnitt 3.2.2). Das Unterkapitel schließt mit der Erläuterung des Einflusses der Zivilgesellschaft auf den Problemwahrnehmungsprozess (Abschnitt 3.2.3).

3.2.1 Umgang mit sozioökologischen Auswirkungen

Seit Beginn der Erdölausbeutung in Ecuador Anfang der 70er Jahre traten die negativen Auswirkungen der Ölförderung in das Bewusstsein der Bevölkerung. Eine große Spannweite unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteure war entweder direkt von der Erdölausbeutung betroffen, oder setzte sich für die Belange der betroffenen Bevölkerung und das Recht der Natur ein (Fontaine 2007b: 238). Die Literatur zeigt, dass zwei Arten der Herangehensweise an die Erdölproblematik im Amazonastiefland vorherrschen.

Ein Teil der indigenen Bevölkerungsgruppierungen, der direkt von der Erdölausbeutung im Oriente betroffen ist, betrachtete den Zustand entweder lediglich als wertfreien *Sachverhalt* oder aber als ein *Problem*, das jedoch nicht als solches in den Zuständigkeitsbereich der Regierung fällt (Kingdon 1984: 116). Dieser Teil wählte den Weg der direkten Verhandlung mit Erdölunternehmen über etwaige Kompensationszahlungen (Fontaine 2007b: 243). Ob als Sachverhalt oder als Problem wahrgenommen, sah dieser Teil der Bevölkerung die Verantwortung der Problemlösung nicht bei der Regierung. Vielmehr versuchte er aus den negativen sozialen und ökologischen Folgen einen höchstmöglichen finanziellen Nutzen zu schlagen (Andrade Mendoza 2007: 251). Diese Form der Problemreduzierung fand vornehmlich dann statt, wenn die Erdölindustrie in der entsprechenden Region die Abwesenheit des Staates zu ersetzen versuchte (Oilwatch 2005a: 56). Diese Ausgangssituation herrschte bspw. in Block 15 im Yasuní Nationalpark. Dort übernahmen die entsprechenden Erdölfirmen die Basisversorgung in den Bereichen Trinkwasser, Strom, Kommunikationswege, Gesundheitsversorgung und Bildung (Andrade Mendoza 2007: 253).

Der andere Teil der indigenen Bevölkerung nahm den Sachverhalt definitiv als Problem wahr. Dieser war davon überzeugt, dass der Zustand - die Erdölförderung im Oriente - verändert werden muss. Das Verständnis dafür, dass die negativen Auswirkungen der Erdölindustrie im Oriente nicht nur einen Sachverhalt, sondern vielmehr ein Problem darstellen, wurde in einem schleichenden Prozess, der mehreren Etappen

durchlief, erreicht. Dieser Teil der Bevölkerung ging den Weg des Protestes, mit dem Ziel, auf diese Weise Einfluss auf die Öffentliche Meinung zu nehmen. Dadurch versuchte er Druck auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben und eine Änderung der Situation zu erzwingen. Gemäß Andrade Mendoza (2007: 257) waren die negativen Auswirkungen der Erdölausbeutung nicht konstant im Blickfeld zivilgesellschaftlicher Akteure in Ecuador. Vielmehr kam es in Etappen, von Zeit zu Zeit, zu einer erhöhten Problemwahrnehmung, abhängig von einschneidenden Ereignissen oder sensationellen Neuigkeiten. Laut Kingdon, „a corollary of addressing a problem is that growth inevitably levels off“ (Kingdon 1984: 109). Das lässt sich sowohl auf die Ebene der Entscheidungsträger als auch auf die Ebene der zivilgesellschaftlichen Akteure und der Öffentlichen Meinung übertragen. Die Feststellung Andrades, dass es sich im konkreten Fall der Erdölproblematik im Yasuní Nationalpark um einen Problemwahrnehmungsprozess handelte, der von Höhen und Tiefen gekennzeichnet war, deckt sich mit Kingdons Sichtweise. Bereits in den Hintergrund gerückte Probleme benötigen einen erneuten Anstoß, um erneut Aufmerksamkeit auf die entsprechende Thematik zu ziehen. Kam es bei der Problematik der Erdölförderung im Yasuní Nationalpark zu solch einem Ereignis, schöpften zivilgesellschaftliche Akteure (vor allem Umweltorganisationen und indigene Zusammenschlüsse) ihre Einflussmöglichkeiten auf die Öffentliche Meinung voll aus (Andrade Mendoza 2007: 257). Wie in Abschnitt 2.1.1 dargestellt sind Schlüsselereignisse, Indikatoren und Feedback laut Kingdon diejenigen Faktoren, die zu einer gesteigerten Problemwahrnehmung führen.

Im Falle der Yasuní-ITT-Initiative nahmen seit Beginn der Erdölförderung unterschiedliche Faktoren Einfluss auf die Problemwahrnehmung der Bevölkerung in Bezug auf die Erdölausbeutung. In ihrer Gesamtheit führte dies zu dem Verständnis, dass etwas gegen die Förderung in den Blöcken ITT des Yasuní Nationalparks unternommen werden muss. Ein Großteil der Bevölkerung bewertete demnach die Erdölförderung im Yasuní Nationalpark nicht nur als *Sachverhalt*, sondern als *Problem*, das es zu lösen galt.

3.2.2 Problemwahrnehmung auf zivilgesellschaftlicher und politischer Ebene

Der Weg zu diesem Problembewusstsein wird im Folgenden durch eine chronologische Vorstellung aller relevanter Faktoren, die die Yasuní-ITT-Initiative beeinflusst haben,

skizziert. Als relevante Faktoren werden hierbei diejenigen identifiziert, die eine sichtbare Konsequenz auf den Problemwahrnehmungsprozess der Bevölkerung und der politischen Entscheidungsträger hatten. Das Feedback, der dritte relevante Einflussfaktor im Problemstrom (vgl. Abschnitt 2.1.1), kann im Fall der Yasuní-ITT-Initiative nicht angewendet werden. Dieser Faktor bezieht sich auf vorherige erfolgreiche politische Lösungsoptionen, die Überschneidungen mit der entsprechend neuen Option aufweisen. Bei der Yasuní-ITT-Initiative handelt es sich jedoch um ein Pilotprojekt der ecuadorianischen Politik, welches keinerlei Überschneidungspunkte mit vorherigen Lösungsoptionen aufweist.

Im Folgenden werden deshalb ausschließlich zentrale Schlüsselereignisse und Indikatoren, sowie die daraus resultierenden Konsequenzen vorgestellt. Dabei erfolgt eine Einteilung der Faktoren in drei thematische Etappen.

Erste Phase: Problemwahrnehmung auf zivilgesellschaftlicher Ebene

Schlüsselereignis: Anklage gegen die Corporación Estatal Petrolera de Ecuador (CEPE) wegen Verfassungswidrigkeit

Im September 1989 fungierte eine Anklage wegen Verfassungswidrigkeit als Schlüsselereignis. Diese Anklage wurde von der Corporación de Defensa de la Vida¹⁰ (CORDAVI) vor dem Tribunal de Garantías Constitucionales (TGC) eingereicht und bewertete die durch CEPE unterzeichneten Verträge mit ausländischen Erdölunternehmen als verfassungswidrig (Fontaine 2007a: 107; Real 1997: 306).

Neben der eigenverantwortlichen Exploration und Weiterverarbeitung von Erdöl übernahm CEPE in seiner Funktion als staatliches Erdölunternehmen die Aufgabe, Verhandlungen über Verträge mit privaten Erdölunternehmen zu führen und die Einhaltung entsprechender Verträge zu überprüfen (Feldt 2005: 30-31). Die besagten Verträge wurden seit 1986 sukzessive abgeschlossen. Die auszubeutenden Blöcke 14, 16 und 17 befinden sich im Gebiet des Yasuní Nationalparks zwischen dem Río Napo und Curaray (Andrade Mendoza 2009: 75; Fontaine 2007a: 88; Real 1997: 301). Die Tatsache, dass sich die Erdölfelder auf dem Gebiet eines Nationalparks befinden, führte zu einer umfassenden Kritik. Zum einen wurde mit dem Eingreifen in ein Territorium auch in die

¹⁰ CORDAVI ist die erste Organisation Ecuadors, die sich auf das ecuadorianische Umweltrecht spezialisierte. Bekannt wurde sie durch die Einreichung der Klage im Fall der Lizenzierung der Erdölblöcke im Yasuní Nationalpark. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, rechtlichen Druck im Namen der Verteidigung des Yasuní Nationalparks auszuüben (Real 1997: 316).

Lebensweise der auf diesem Gebiet angesiedelten Bevölkerung eingegriffen. Dadurch befanden sich nicht nur die Umwelt, sondern auch indigene Bevölkerungsgruppen und deren kulturelle Identität in Gefahr. Jedoch bedarf es nach dem Verständnis der UNESCO in einem Biosphärengebiet sowohl dem Schutz der Natur als auch dem Schutz der dort lebenden Menschen (UNESCO 2012). Zum anderen wurde öffentlich gegen ein Verfassungsprinzip verstoßen, da es sich um ein Schutzgebiet handelt (Real 1997: 317). Die Verfassungsklage CORDAVIs gegen CEPE „actuó como catalizador de un proceso en el que se involucrarían más tarde varias organizaciones ecologistas ecuatorianas y extranjeras“ (Real 1997: 306). Auch Andrade Mendoza (2007: 245) erachtet die Lizenzierung der Erdölblöcke im Yasuní Nationalpark und das damit einhergehende Auftauchen ausländischer Erdölunternehmen als auslösenden Faktor eines daran anschließenden zivilgesellschaftlichen Engagements. Aus diesem Umstand heraus lässt sich die Lizenzierung durch CEPE und die daraus resultierende Verfassungsklage von CORDAVI als Schlüsselereignis einordnen.

Indikator: Veröffentlichung des Berichts „Amazon crude“

Neben einem Schlüsselereignis fiel in dieselbe Zeitperiode die Veröffentlichung eines Berichts (bzw. eines Indikators). Im Jahr 1990 veröffentlichte Judith Kimerling, Rechts- und Politikprofessorin an der City University of New York und juristische Beraterin der Federación de Comunas Unión de Nativos de la Amazonía Ecuatoriana (FCUNAE), den ersten umfassenden Bericht, der sich mit den sozioökologischen Folgen der Erdölindustrie im ecuadorianischen Oriente auseinandersetzt: „Amazon crude“ (Kimerling 2006: 412, 439). In Zusammenarbeit mit unterschiedlichen indigenen Organisationen¹¹ führte sie Feldstudien und Interviews mit betroffenen Bevölkerungsteilen durch. Das Werk wurde ins Spanische und Deutsche übersetzt und wegen hoher Nachfrage im Jahr 1991 neu aufgelegt (Kimerling 2006: 439). Zahlreiche Wissenschaftler (Bradbury 2004: 173; Fontaine 2003: 129; Gerlach 2003: 57) sehen in der Veröffentlichung des Werks einen wichtigen Schritt in der Bildung eines Problembewusstseins der ecuadorianischen Bevölkerung. Laut Fontaine war es Kimerling “[que] tuvo el mérito de provocar una toma de conciencia en la población ecuatoriana” (Fontaine 2003: 130).

¹¹ Unter anderem FCUNAE und CONFENIAE.

Konsequenz: „Campaña Amazonía por la Vida“

Als unmittelbare Konsequenz, resultierend sowohl aus der Lizenzierung ausländischer Erdölunternehmen, der Anklage gegen CEPE, als auch aus der Veröffentlichung des Berichts durch Kimerling, wurde ein Jahr später die Protestinitiative *Campaña Amazonía por la Vida* angestoßen (Fontaine 2007a: 107; Real 1997: 306). An dieser Kampagne beteiligten sich zehn NGOs¹² (Non-Governmental Organization), wobei Acción Ecológica¹³ eine führende Rolle einnahm (Fontaine 2007a: 107; Real 1997: 316). Diese Kampagne übte durch Aktionen direkten Druck auf die Erdölunternehmen aus. Beispielsweise besetzte sie Büros oder Geschäftszimmer öffentlicher Einrichtungen oder betroffener Unternehmen, errichtete Straßenblockaden, reichte offene Protestbriefe auf nationaler und internationaler Ebene ein, veröffentlichte Pressemitteilungen und vergab Informationsbroschüren (Andrade Mendoza 2007: 245; Real 1997: 317). Diese Aktionen wurden einerseits durchgeführt, um die Umweltproblematik im Amazonastiefland zu verbreiten, und andererseits, um Strategien auszuarbeiten, wie sozioökologische Auswirkungen eingedämmt werden können. Dies sollte unter anderem über die Intensivierung der Beteiligung der Gemeinschaft auf der Suche nach Lösungsansätzen erreicht werden. Dahinter stand das oberste Ziel, Druck auf die Regierung auszuüben. Dabei ging es einerseits um die Umweltproblematik und andererseits um die rechtliche Anerkennung des Territoriums der indigenen Bevölkerungsgruppe Huaorani, das sich zum Teil auf dem Gebiet des Nationalparks befand (Andrade Mendoza 2007: 261).

Die Umweltgruppierungen vervielfachten sich Anfang der 90er Jahre, sodass 1993 zumindest 60 Umweltorganisationen gemeldet waren, die sich dem Schutz der Umwelt verpflichtet hatten. Innerhalb dieser Organisationen trugen Beobachtern zufolge im Speziellen Frauen einen beachtlichen Anteil am Kampf gegen Umweltverschmutzung und für Menschenrechte (Gerlach 2003: 59). Fontaine (2007a: 106) konstatiert insbesondere seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 in Rio eine Professionalisierung der ökologischen Organisationen. Allianzen wurden gebildet und unterschiedliche Formen der Aktivierung entwickelt, wie bei-

¹²Tierra Viva, Acción Ecológica, El Cedime, la ESPOL, Semilla de la Vida, Bios, Hippocamous, FEMM, Janan, Urin, Amigos de Mazan, Arcoiris (Andrade Mendoza 2007: 261).

¹³Es handelt sich dabei um eine im Jahre 1986 gegründete NGO. Sie setzte sich seit ihrer Gründung für die Verteidigung des Lebens ohne jegliche Mittel von Gewalt ein. Dabei sieht sie sich insbesondere in der Pflicht sich für die Verteidigung der Erde und den Schutz der Umwelt einzusetzen (Acción Ecológica 2012).

spielsweise kollektive Mobilisierung, Verhandlungen mit Eliten und zielorientiertes Taktieren (Fontaine 2007a: 106; Fontaine 2007b: 234).

Die erste Phase im Problemwahrnehmungsprozess lässt sich als erste überregionale Auseinandersetzung mit den sozioökologischen Auswirkungen der Erdölindustrie charakterisieren. Diese Auseinandersetzung führte mit der *Campaña Amazonía por la Vida* zum ersten großen, landesweiten Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Akteure und offenbart damit die konkrete Problemwahrnehmung der Erdölausbeutung in unterschiedlichen Sektoren der Zivilgesellschaft.

Zweite Phase: Erste Anzeichen der Problemwahrnehmung auf politischer Ebene

Indikator: Veröffentlichung eines Berichts des Centro de Derechos Económicos y Sociales (CDES) im Fall Texaco

Kurze Zeit nach der Publizierung des Reports *Amazon crude* sorgte eine zweite Veröffentlichung des Centro de Derechos Económicos y Sociales (CDES) für ein erneutes Aufflammen der Erdölproblematik im Amazonas Tiefland. Das CDES, eine seit 1992 in New York ansässige NGO, fokussierte sich bei ihrer Arbeit auf die Verletzung von Menschenrechten (Fontaine 2003: 130). In dem besagten Report vom Jahre 1992, der sich auf eine Befragung von knapp 1500 Personen stützt, werden insbesondere die gesundheitlichen Auswirkungen der Erdölaktivitäten aufgezeigt (Fontaine 2003: 130). Das Team um Jochnick bezieht sich im Speziellen auf hinterlassene Verseuchung und Verschmutzung des seit über 20 Jahren tätigen Unternehmens Texaco (Fontaine 2003: 130). Texaco verließ Ecuador nach Ablauf der Lizenz und hinterließ irreversible, sozioökologische Schäden (Varea 1995: 314). Als Folge der Veröffentlichung kam es zum einen zu einer erhöhten Problemwahrnehmung der Bevölkerung in Bezug auf verursachte Schäden der Erdölindustrie, womit der Thematik nach einem kurzzeitigen Abflauen erneut Aufmerksamkeit geschenkt wurde (vgl. Abschnitt 2.1.1). Zum anderen übten zivilgesellschaftliche Umweltgruppierungen als weitere Konsequenz Druck auf die Regierung aus. So erzielte das Engagement der Zivilgesellschaft im April erste Erfolge: Die Regierung beauftragte eine kanadische Firma, HBT-Agra, die entstandenen Schäden zu überprüfen und zu bewerten (Varea 1995: 315). Damit wurde Texaco zum ersten Erdölunternehmen Ecuadors, dessen Umweltpraktiken überprüft wurden (Varea 1995: 296). Nach der Fertigstellung des Umweltberichts durch HBT-Agra zeigte sich, dass die Regierung eine Veröffentlichung des Reports zu verhindern versuchte. Währenddessen

empörten sich zivilgesellschaftliche Gruppierungen über Unvollständigkeit und Inkonsistenz des unveröffentlichten Berichts und forderten dessen Publizierung. Insbesondere Acción Ecológica kämpfte aktiv für die am Ende erfolgreiche Veröffentlichung des Umweltreports (Varea 1995: 298). Aufgrund seiner Wirkung und Folgen ist die Veröffentlichung des Berichts des CDES als Indikator zu bewerten.

Konsequenz: Bildung eines Komitees zur Überwachung und Kontrolle

Die unzureichende Dokumentierung der Umweltpraktiken und die Bemühungen der Regierung, den Umweltreport von HBT-Agra aufgrund des zu erwartenden Echos vor der Öffentlichkeit zu verbergen, führte zur Gründung eines Komitees zur Überwachung und Kontrolle der Erdölaktivitäten (Fontaine 2003: 131). Nach einer eingehenden Prüfung durch Vertreter von Petroecuador, dem Ministerium für Energie und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen verkündete der Minister für Energie, dass die durch Texaco angewandten Praktiken einer Überprüfung nicht standhielten und Texaco für die entstandenen Schäden aufkommen müsse (Varea 1995: 298). Inzwischen organisierten Bevölkerungsteile die sogenannte Frente de Defensa de la Amazonía (FDA). In diesem Zusammenschluss befanden sich vor allem Personen, die von den verursachten Schäden betroffen waren (Fontaine 2007b: 242). Im Namen von 30.000 Personen klagten sie auf diese Art vor dem obersten Gericht in New York gegen Texaco. Diese Anklage ging als „Caso Texaco“ in die Geschichte ein (Frente de Defensa de la Amazonía 2012). Die Gründung der FDA hatte zum einen die Konvergenz der Interessen und Ziele von Indigenen, Umweltaktivisten und Bauern zur Folge. Zum anderen sorgte sie für eine veränderte Haltung der Bevölkerung gegenüber der Erdölindustrie: Die Bürger befreiten sich aus der Abhängigkeit, nahmen den Widerstand gegen negative Auswirkungen auf und kämpften für ihre Rechte (Fontaine 2003: 134) Im Caso Texaco misst Varea (1995: 304) der zivilgesellschaftlichen Dachorganisation Acción Ecológica die Rolle des Hauptakteurs bei. Laut Varea (1995: 334). ist es zudem deren Verdienst, dass die Thematiken um die sozioökologischen Auswirkungen der Erdölindustrie öffentlich diskutiert und analysiert wurden. Folge davon waren sowohl zahlreiche Artikel in den Medien, als auch kontrovers geführte Diskussionen auf unterschiedlichen Ebenen und Foren innerhalb Ecuadors.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich in der zweiten Phase der Problembewusstmachung erste Züge der Beeinflussung einzelner Personen der politischen Ebene herauskristallisierten. Die erfolgreiche Anklage gegen Texaco und die

Gründung eines Überwachungskomitees bekräftigte zivilgesellschaftliche Akteure in ihrem Bestreben um die Wahrnehmung der sozioökologischen Auswirkungen der Erdölausbeutung.

Dritte Phase: Problemwahrnehmung auf politischer Ebene

Schlüsselergebnis: Vergabe der Umweltlizenz an Petrobras und Anklage

Ein erneutes Aufflammen der Problemwahrnehmung um die Erdölausbeutung und in diesem Fall konkret im Yasuní Nationalpark veranlasste die Förderkonzession und die Vergabe der Umweltlizenz des Erdölblocks 31 an den brasilianischen Erdölkonzern Petrobras (Finer et al. 2010: 50; Andrade Mendoza 2008: 1). Nach ecuadorianischem Recht benötigte es der Vergabe einer Umweltlizenz, um Erdöl ausbeuten zu dürfen. Diese Lizenz wurde bei einer erfolgreich durchgeführten Studie zu Umweltverträglichkeit durch die Dirección Nacional de Protección Ambiental, einer an das Umweltministerium angegliederten Institution, genehmigt (Congreso Nacional 1999: 6). Dort setzten unterschiedliche zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse¹⁴ an: Sie reichten eine Klage gegen CEPE, das Ministerium für Landwirtschaft und das Ministerium für Energie und Bergbau beim Verfassungsgericht ein. Sie verfolgten dabei das Ziel, die Umweltverträglichkeitsstudie für Block 31 im Yasuní Nationalpark für ungültig erklären zu lassen (Andrade Mendoza 2008: 8). Diese Studie wurde von dem Beratungsunternehmen Walsh im Auftrag von Petrobras durchgeführt (Acción Ecológica/Oilwatch 2004: 39). Acción Ecológica und Oilwatch (2004: 39-41) kritisierten in ihrem Kommentar zur Umweltverträglichkeitsstudie einen unzureichenden Umweltmanagementplan, der den Erhalt der ursprünglichen Charakteristika des Gebiets nicht gewährleisten könne und einen Einschnitt in die kollektiven Rechte der auf dem Gebiet lebenden indigenen Völker bedeute. Weitere Kritik bezog sich auf die Anwendung der geplanten operativen Techniken, die zum einen internationalen Standards nicht gerecht würden und zum anderen durch toxische Bestandteile zu einer Verseuchung der Umwelt führten (Acción Ecológica/Oilwatch 2004: 39). Petrobras sah außerdem den Bau neuer Zufahrtsstraßen vor. Experten befürchteten eine damit einhergehende Kolonisierung und die Gefahr der Beschädigung des Parks (Finer et al. 2010: 50; Andrade Mendoza 2007: 263-264). Wie in Abschnitt 3.1 dargestellt, zählt der Bau von Straßen zu den Hauptfaktoren der Abhol-

¹⁴Die Anklage wurde von der Organisation Acción Ecológica veranlasst und sowohl von CONAIE als auch der *Universidad Católica de Quito* unterstützt (Andrade Mendoza 2008: 8).

zung im Regenwald und den daraus resultierenden negativen ökologischen Folgen (Finer et al. 2008: 6). Die Verfassungsklage zeigte keinen Erfolg. Das Verfassungsgericht erachtete die Umweltstudie von Block 31 für angemessen, womit die Anklage fallengelassen wurde (Andrade Mendoza 2007: 263-264). Andere zivilgesellschaftliche Organisationen starteten einen zweiten Versuch und klagten ebenfalls gegen die Lizenzierung, jedoch ebenfalls ohne Erfolg (Andrade Mendoza 2008: 9).

Nachdem ein juristisches Vorgehen gescheitert war, übermittelten im November 2004 59 Wissenschaftler einen offenen Brief an Petrobras und an die Regierungen von Ecuador und Brasilien und wiesen auf mögliche Auswirkungen des geplanten Baus einer Straße im Yasuní Nationalpark hin. Diese Straße erachtete Petrobras als notwendig, um den Aufbau der erforderlichen Infrastruktur für die Ausbeutung von Block 31 zu ermöglichen (Científicos Preocupados por el Parque Nacional Yasuní 2004).

Konsequenz: Tätig werden des Umweltministeriums

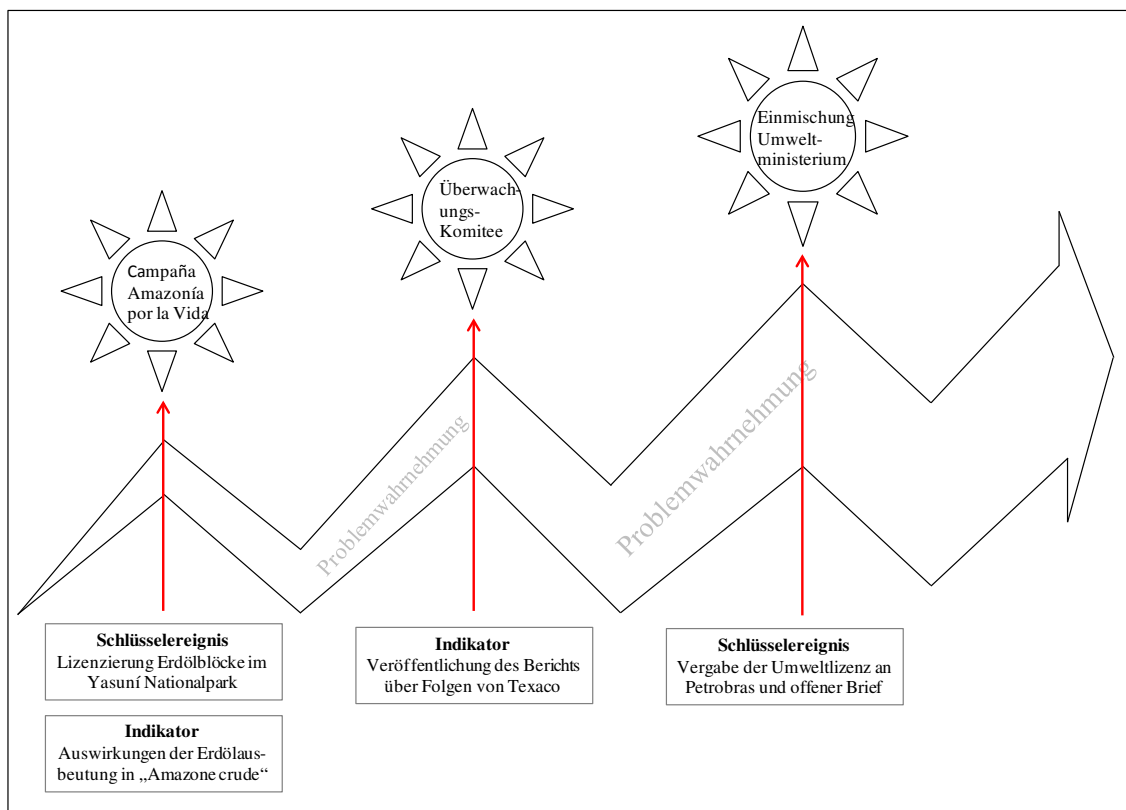
Der breite zivilgesellschaftliche Protest und die Erhebung der Stimme der Wissenschaft veranlasste das Umweltministerium zum Tätigwerden. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes griff eine politische Kraft in die Auseinandersetzungen zwischen Zivilgesellschaft und Erdölindustrie zu Gunsten der Zivilgesellschaft ein. Anita Alban, damalige Umweltministerin, verweigerte im Sommer 2005 Petrobras den Eintritt in den Park und den vorgesehenen Bau der geplanten Straße (Finer et al. 2010: 519). Als Begründung wurden aufgetretene Irregularitäten und ein fehlendes Engagement, um negative Umweltauswirkungen möglichst gering zu halten, angegeben. Petrobras sah sich zum Handeln gezwungen und lieferte ein halbes Jahr später einen modifizierten Vorschlag zur Umweltführung ab. Der modifizierte Vorschlag wurde abgenommen und war insofern ein erster Erfolg, als dass darin die Straßenbaupläne, der schwerwiegendste Kritikpunkt, aufgehoben wurden (Andrade Mendoza 2008: 9, 2007: 263-264; Malerba/Rodriguez 2005: 22).

Zusammenfassend zeigten sich mit dem Eingriff des Umweltministeriums in der dritten Phase erste konkrete Anzeichen dafür, dass der Problematik der Erdölausbeutung auf politischer Ebene Rechnung getragen wurde. Zivilgesellschaftliche Akteure blieben jedoch auch in dieser Phase die Motoren bei der Problematisierung der Erdölaktivitäten. Weshalb die Erdölausbeutung erst nach einer langen Zeitperiode als Problem wahrgenommen wurde, lässt sich mitunter durch die Berücksichtigung finanzieller Aspekte erklären. Wie unter Abschnitt 2.1.1 beleuchtet, zieht Kingdon in Erwägung, dass teilweise

ein Sachverhalt aus ökonomischen Gründen nicht als Problem wahrgenommen wird. Eine Begegnung der negativen sozioökologischen Auswirkungen der Erdölförderung im Oriente hat, wie durch den Caso Texaco deutlich wurde, hohe finanzielle Folgen. Ebenso würde ein vollständiger Verzicht auf die Erdölausbeutung einen hohen Einnahmeverlust des Staates nach sich ziehen¹⁵ (Banco Central de Ecuador 2007b). Daher ist es naheliegend, dass die politische Ebene auch aus ökonomischen Gesichtspunkten die Augen so lange wie möglich vor der Erdölproblematik verschlossen hielt.

Die folgende Abbildung fasst die Entwicklung des Problemwahrnehmungsprozesses zusammen.

Abbildung 2: Problemstrom Erdölausbeutung im Yasuní Nationalpark



Quelle: eigene Darstellung

Die Darstellung zeigt zentrale Einflussfaktoren (Schlüsselereignisse/Indikatoren) und die daraus resultierenden Konsequenzen. Die roten Pfeile verweisen auf die direkten Konsequenzen der Schlüsselereignisse und Indikatoren. Der schwarze Pfeil steht für die

¹⁵Im Jahr 1997 kamen 34 Prozent der Staatseinnahmen aus dem Erdölsektor (1173 Millionen USD von insgesamt 3393 Millionen USD) im Jahr 2005 25 Prozent (1555 Millionen USD von insgesamt 4761 Millionen USD) (Banco Central de Ecuador 2007b).

Problemwahrnehmung der Bevölkerung im Zeitablauf. Zum einen zeigt sich, dass dieser Prozess durch Höhen und Tiefen gekennzeichnet ist. Zum anderen wird deutlich, dass die Problemwahrnehmung immer mehr zugenommen hat (Höhe des Pfeils) und ein immer größer werdender Personenkreis sich der Problematik angenommen hat (Breite des Pfeils).

3.2.3 Zwischenfazit: Beitrag der Zivilgesellschaft

Wie in der obigen Analyse herausgestellt wurde, führten zahlreiche Schlüsselereignisse zu einer Wahrnehmung der sozioökologischen Auswirkungen der Erdölaktivitäten. Die Ausführungen zeigen, dass die Vergabe von Lizenzen, was die notwendige Bedingung für Erdölförderaktivität darstellt, in besonderem Maße zu einer erhöhten Problemwahrnehmung zivilgesellschaftlicher Kräfte führte. So lässt sich die im Jahr 1989 eingereichte Verfassungsklage gegen CEPE auf den *zivilgesellschaftlichen* Akteur CORDAVI zurückführen. Die Klage fungierte als Katalysator und führte zur Aktivierung der Zivilgesellschaft, was sich in der Gründung der Campaña Amazonía por la Vida manifestierte. Im Namen dieser Kampagne setzten sich unterschiedliche zivilgesellschaftliche Organisationen für den Schutz der betroffenen Regenwaldgebiete ein und machten auf sozioökologische Missstände aufmerksam.

Zu Beginn der 90er Jahre wurden zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen mit der Absicht gegründet, gemeinsam gegen die Praktiken der Erdölindustrie vorzugehen. In diese Periode fielen zudem die Veröffentlichung von Berichten bzw. Indikatoren, die eine erhöhte Aufmerksamkeit in der Bevölkerung bewirkten. Abermals sorgte eine *zivilgesellschaftliche* Organisation, CDES, mit ihrer Publikation über die hinterlassenen Schäden durch Texaco für eine erhöhte Aufmerksamkeit der Bevölkerung. Diese zweite Etappe in der Problemwahrnehmung hatte zweierlei weitreichende Folgen. Mit der Gründung eines Komitees zur Überwachung und Kontrolle der Erdölaktivitäten zeigte der Bericht zum einen Auswirkungen auf politischer Ebene. Zum anderen führte er zu einem erneuten Engagement der Zivilgesellschaft. Die Gründung der zivilgesellschaftlichen Organisation FDA und die daran anschließende erfolgreiche Anklage gegen Texaco hatten ein neues Selbstbewusstsein der Bevölkerung zur Folge: Sie zeigte danach eine erhöhte Bereitschaft auf Rechte von Mensch und Natur aufmerksam zu machen und für sie einzutreten.

In der dritten Etappe führte die Abnahme der Umweltverträglichkeitsstudie für Erdölblock 31 und die Vergabe der Umweltlizenz an Petrobras zur Anklage der Zivilgesellschaft gegen CEPE und die beiden dafür zuständigen Ministerien. Das Zusammenspiel zwischen juristischem Vorgehen der Zivilgesellschaft und dem Aufruf der Wissenschaft erreichte zum ersten Mal die politische Führungsebene des Landes. Petrobras wurde durch das Umweltministerium aufgrund von Unregelmäßigkeiten der Parkeintritt verweigert. Die Zivilgesellschaft hatte durch kontinuierliche Sensibilisierung und Mobilisierung erreicht, dass die Erdölaktivitäten selbst auf oberster politischer Ebene als Problem wahrgenommen wurden.

Die Ergebnisse der vorliegenden Analyse verdeutlichen, dass sich im ecuadorianischen Amazonastiefland zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse zu Agenten des Wechsels entwickelten, die mit der Zeit Einfluss auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess gewannen. Die Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger zeichnete sich durch die Gründung eines Überwachungskomitees bereits in der zweiten Phase ab und wurde durch die Verhinderung des Parkeintritts in der dritten Phase offensichtlich.

Diese Schlussfolgerung bestätigen zahlreiche Wissenschaftler. Sie messen zivilgesellschaftlichen Akteuren eine bedeutende Funktion im Prozess um die Problematisierung der negativen Auswirkungen der Erdölindustrie bei (Acosta 2012: 99; Andrade Mendoza 2007: 247; Fontaine 2007b: 250; Varea 1995: 298). Laut Acosta waren es vor allem diejenigen Sektoren der Zivilgesellschaft, die sich dem Kampf für die Umwelt verschrieben haben oder direkt von den Förderaktivitäten betroffen waren (Acosta 2012: 99). Jedoch kommt gemäß Fontaine (2007a: 89) nach traditionellem Verständnis dem Staat die Aufgabe zu, auf negative Auswirkungen der Erdölausbeutung hinzuweisen. Er begründet die überwiegende Inaktivität in diesem Fall mit den vorhandenen Interessen und Machtkonstellationen zwischen Staat und Erdölindustrie in Ecuador (Fontaine 2007a: 89). In solch einem Zusammenhang weist Kingdon auf die Bildung von Klientelismus hin. Wie in Abschnitt 2.1.1 erläutert, kämpfen ihm zufolge Klientele gegen eine Veränderung des Status quo an, um dadurch ihre wirtschaftliche und politische Macht zu sichern. Diese allgemeine Annahme bestätigt sich im Fall der Erdölproblematik im Oriente. Zum Teil wurde die Unfähigkeit staatlicher Organe jedoch von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen kompensiert, die in regelmäßigen Abständen auf die Erdölproblematik hinwiesen (Fontaine 2007a: 89). Andrade Mendoza sieht den Einfluss der Zivilgesellschaft eher kritisch. Sie verweist darauf, dass ein Großteil der realisierten Ak-

tionen der Zivilgesellschaft keine große Auswirkung auf politischer Ebene hervorgerufen hat (Andrade Mendoza 2007: 269-270). Eine Erklärung dafür ist die Existenz von Konfliktlinien, die sich nicht nur zwischen Zivilgesellschaft, dem Staat und der Erdölindustrie abzeichneten, sondern auch innerhalb der Zivilgesellschaft selbst. Ein breites Spektrum an Akteuren, welche auf unterschiedliche Art und Weise von der Ausbeutung betroffen waren, unterschiedliche Ansichten vertraten und spezielle Interessen verfolgten, führte zu Kontroversen in Bezug auf die Erdölproblematik im Oriente (Andrade Mendoza 2007: 250; Fontaine 2007a: 106, 2007b: 238). Des Weiteren beschränkte die Abwesenheit von finanziellen Mitteln den Aktionsumfang vieler Sektoren der Zivilgesellschaft (Andrade Mendoza 2007: 258). Nichtsdestotrotz bewertet Andrade Mendoza in ihren Ausführungen von 2008 den Beitrag der Zivilgesellschaft sehr positiv. Es war ihr Verdienst, dass die Erdölunternehmen zum einen in die Pflicht genommen wurden, neue, umweltschonendere Praktiken anzuwenden und zum anderen eine Überprüfung der Aktivitäten vorgenommen wurde. Außerdem war es der Zivilgesellschaft gelungen, den Blick der ecuadorianischen Bevölkerung auf betroffene Bürger zu richten und auf diese Weise zu einer erhöhten Problemwahrnehmung der Bevölkerung beizutragen (Andrade Mendoza 2008: 10).

In diesem Kapitel wurde anhand des Problemstroms der Problemwahrnehmungsprozess um die Erdölproblematik dargestellt und aufgezeigt, inwiefern die Zivilgesellschaft Einfluss auf diesen Prozess nahm. Im nachfolgenden Kapitel wird auf die Entstehung und Entwicklung der Lösungsoption Yasuní-ITT-Initiative eingegangen. Dabei wird analog zu diesem Kapitel ein Zwischenfazit zum konkreten Beitrag der Zivilgesellschaft zu dieser Initiative gezogen.

3.3 Optionsstrom

Nach dem MSA befinden sich konkrete Lösungsansätze in der so genannten Ursuppe und werden in einem langen Prozess des „softening-up“ ständig verändert und neu formuliert (vgl. Abschnitt 2.1.1). Um der Erdölproblematik im Oriente und dabei ganz speziell im Yasuní Nationalpark zu begegnen, befanden sich ebenfalls unterschiedliche Konzepte und Ideen in der Ursuppe. Wie in Abschnitt 3.2.1 beschrieben, wurde von einem Teil der indigenen Gemeinschaft der Lösungsansatz der direkten Verhandlung gewählt. Neben dieser Lösungsalternative bildete sich ein Ansatz heraus, der im Mittelpunkt dieser Arbeit steht: Die unter dem Namen Yasuní-ITT-Initiative bekannt gewor-

dene Lösungsoption sieht unter bestimmten Voraussetzungen den kompletten Verzicht auf die Erdölausbeutung in den Erdölblöcken ITT vor. Inwiefern sich im speziellen Fall die Yasuní-ITT-Initiative entwickelt hat, wird im nachfolgenden Abschnitt anhand einer chronologischen Darstellung der Ereignisse aufbereitet. Bei der Recherche stellte sich die Periode vom Jahr 2000 bis Frühjahr 2007 als geeigneter Untersuchungszeitraum heraus. Den Beginn bildet das Jahr 2000, da in jenem Jahr in dem Sammelwerk „El Ecuador post petrolero“ zum ersten Mal ein Erdölmoratorium, welches die Grundidee der Yasuní-ITT-Initiative darstellt, gefordert wurde (Acosta 2000). Erste Aufmerksamkeit auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger fand die Initiative mit der Inauguration eines neuen Präsidenten im Jahr 2007 (Acosta 2012: 105). Durch den Präsidentenwechsel öffnete sich das Möglichkeitsfenster, was den Prozess der Verknüpfung der drei Ströme in Bewegung setzte. Dieser Zeitpunkt dient somit als Schlusspunkt der Betrachtung des Optionsstroms. Im Anschluss an eine chronologische Analyse wird der Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Entwicklung und Ausarbeitung der Lösungsoption erläutert.

3.3.1 Ursprung und Entwicklung der Yasuní-ITT-Initiative

Ursprung der Yasuní-ITT-Initiative

Aus dem Widerstand der indigenen Gemeinschaften gegen die Umweltverschmutzungen des Chevron-Texaco-Konzerns, der in einem juristischen Rechtsstreit mündete, entwickelte sich laut Acosta (2012: 99) und Martin (2010: 21) schrittweise die Idee eines Erdölmoratoriums für das südliche Zentrum des ecuadorianischen Amazonasgebiets. Zivilgesellschaftliche Akteure strebten nach einem Ende des Erdölzeitalters aufgrund der unterschiedlichen sozioökologischen Folgen der Erdölförderung, wie bereits in Abschnitt 3.1 beschrieben (Martínez 2009: 17).

Eine erste lose schriftliche Dokumentation der Idee lässt sich in der Publikation „El Ecuador post-petrolero“, einem Sammelband von Alberto Acosta und der zivilgesellschaftlichen Umweltorganisation Acción Ecológica, finden (Acosta 2000). Sowohl Martin, als auch Martínez sehen in diesem Werk, welches sich mit den Auswirkungen der Erdölindustrie und alternativen Entwicklungs- und Energiewegen beschäftigt, den Vorläufer der Yasuní-ITT-Initiative (Martin 2010: 21; Martínez 2009: 17). Das Sammelwerk analysiert insbesondere die Erdölproblematik an sich und erwähnt in diesem

Zuge die Idee eines Erdölmoratoriums. Ein konkreter Appell an politische Entscheidungsträger wurde mit dieser Publikation allerdings nicht verfolgt.

Diesen setzten sich erst im Jahr 2003 die zivilgesellschaftlichen Organisationen Fundación Pachamama, Acción Ecológica und das CDES, das bereits die verursachten Schäden durch Texaco offen gelegt hatte (Kapitel 3.2.2), zum Ziel. In einem Schreiben an das Umweltministerium forderten sie es zur Umsetzung eines Erdölmoratoriums auf (Martínez 2009: 17). Dieser konkrete Appell zog allerdings keinerlei Maßnahmen nach sich.

Zusammenfassend wurde in dieser ersten Phase der Grundstein für die Yasuní-ITT-Initiative gelegt. Die dahinter stehende Idee wurde von zivilgesellschaftlichen Akteuren erstmals angedacht und fand auf diese Weise Zugang zum zivilgesellschaftlichen Diskurs. Jedoch gelang es der Zivilgesellschaft nicht, Aufmerksamkeit politischer Entscheidungsträger auf die Idee zu ziehen.

Entwicklung der Yasuní-ITT-Initiative

Eine Konkretisierung des Erdölmoratoriums auf das Gebiet des Yasuní Nationalparks wurde erstmals im November 2005 im Rahmen des Positionspapiers „An ecological Call for Conservation, Climate and Rights“ des Netzwerks Oilwatch formuliert (Oilwatch 2005c). Bei dem Netzwerk Oilwatch¹⁶ handelt es sich um eine im Jahr 1996 aus dem Widerstand geborene, transnationale Organisation. 15 Entwicklungsländer schlossen sich mit dem gemeinsamen Ziel, sich im Kampf gegen jegliche Aktivitäten der Erdölförderung zu verbünden und gegenseitig zu unterstützen, zusammen (Saavedra 2001: 27). In ihrem Positionspapier argumentiert Oilwatch, dass der Schutz und Erhalt des Yasuní Nationalparks bei gleichzeitiger finanzieller Kompensation für eine Nichtausbeutung des Erdöls, einen Nutzen unter ökologischen, ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten nach sich ziehe (Oilwatch 2005c). *Ökologische Vorteile* ergeben sich durch die Verhinderung von CO² Emissionen, welche eine Ausbeutung von Öl unumgänglich mit sich bringt. Daneben garantiert die Idee den Schutz einer einzigartigen Biodiversität. Des Weiteren ergeben sich für den ecuadorianischen Staat *ökonomische*

¹⁶ Seinen Anfang nahm der Zusammenschluss durch den Kampf der indigenen Gemeinschaft der U'was in Kolumbien. Sie befanden sich seit 1992 in einer Auseinandersetzung mit Ölgesellschaften, die auf dem Gebiet der indigenen Gemeinschaft Erdöl förderten (Murillo 1999). Andere Länder, darunter zunächst Peru und Nigeria solidarisierten sich mit der U'wa Gemeinschaft, wodurch es zur Gründung von Oilwatch kam (Saavedra 2001: 27). Derzeit gehören Oilwatch mehr als 50 Mitglieder an, worunter sich sowohl indigene Gruppierungen, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, als auch kirchliche Zusammenschlüsse befinden (Oilwatch 2005b).

Vorteile. Das Positionspapier sieht Einnahmen von Industrieländern in Form eines Schuldenerlasses vor. Somit tragen die Kompensationszahlungen zu einer Reduktion der Auslandsschulden und damit zur Sanierung des Staatshaushaltes bei. Zuletzt ergeben sich *soziale Vorteile*, da die auf dem besagten Territorium lebende Bevölkerung geschützt und folglich der Erhalt ihrer Kultur und Traditionen gewährleistet wird. Oilwatch sieht einen enormen Prestigezuwachs für Ecuador, sollte die Idee umgesetzt werden, und argumentiert, dass durch dieses Projekt “global objectives for conservation, protection of economic, social, cultural, environmental and collective right” verfolgt werden (Oilwatch 2005c). Martínez bewertet das Dokument von Oilwatch als Weichenstellung auf dem Weg zur Realisierung eines Moratoriums im Yasuní Nationalpark (Martínez 2009: 18). Eine differenzierte Ausarbeitung der Idee publizierte die zivilgesellschaftliche Organisation noch im Jahr 2005 in dem Sammelband „Asalto al Paraíso“ (Oilwatch 2005a).

Die Aufnahme der Idee eines Erdölmoratoriums in das Programm des Wahlbündnisses *Movimiento País* zeigt, dass die Lösungsoption allmählich in das Zentrum der Aufmerksamkeit politischer Akteure rückt (Alianza PAÍS 2006).

En este empeño por repensar la política petrolera, aparece con creciente fuerza la necesidad de analizar con seriedad en la posibilidad de una moratoria de la actividad petrolera en el sur de la Amazonía ecuatoriana, atada a una suspensión del servicio de la deuda externa (Alianza PAÍS 2006: 41).

Ganz im Sinne des Positionspapiers von Oilwatch war in dem Wahlprogramm eine Verbindung eines Erdölmoratoriums mit Kompensationszahlungen vorgesehen.

Als weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Verwirklichung der Yasuní-ITT-Initiative ist gemäß Martin (2010: 21) das im Oktober 2006 organisierte „Forum on Human Rights, Oil and Reparation“ in Coca zu bewerten. Auf Einladung von Oilwatch und Acción Ecológica diskutierten führende Experten aus aller Welt sowohl negative Auswirkungen der Erdölindustrie als auch Strategien und Lösungsansätze, um der Problematik zu begegnen.

Diese Phase der Lösungsalternative Erdölmoratorium in Verknüpfung mit einer finanziellen Kompensation ist nach dem MSA gekennzeichnet durch die Arbeit politischer Gemeinschaften. Mitglieder dieser Gemeinschaften sind Spezialisten unterschiedlicher Sektoren. So zählt Kingdon Abgeordnete und sonstige Staatsfunktionäre, Wissenschaftler wie auch Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppierungen zu potenziellen Beteiligten einer politischen Gemeinschaft (vgl. Abschnitt 2.1.1). Den Prozess der Darbietung einer Lösungsoption innerhalb einer politischen Gemeinschaft beschreibt Kingdon

(1984: 122) wie folgt: „They try out their ideas on others by going to lunch, circulating papers, publishing articles, holding hearings, presenting testimony, and drafting and publishing legislative proposals“. Die führenden politischen Gemeinschaften, die sich mit der Yasuní-ITT-Initiative beschäftigten, bestanden überwiegend aus Vertretern zivilgesellschaftlicher Gruppierungen. Nicht nur in der ersten Phase, in der die lose Idee eines Erdölmoratoriums durch den Wissenschaftler Alberto Acosta und durch die zivilgesellschaftliche Organisation Acción Ecológica erstmals schriftlich dokumentiert wurde, sondern auch in den darauf folgenden Jahren setzten sich zahlreiche *zivilgesellschaftliche Akteure* mit der Option eines Erdölmoratorium auseinander.

Weshalb der ursprünglichen Lösungsoption des Erdölmoratoriums bis 2005/2006 zunächst keine weitere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, kann laut dem MSA durch die notwendigen Grundanforderungen an eine Option erklärt werden (vgl. Abschnitt 2.1.1). Zu diesen notwendigen Grundcharakteristika zählen technische Machbarkeit, Akzeptanz innerhalb der politischen Gemeinschaft, annehmbare finanzielle Kosten und eine reelle Chance für Empfänglichkeit von politischen Entscheidungsträgern (Kingdon 1984: 138). Im Fall der Yasuní-ITT-Initiative hatte die lose Grundidee eines Erdölmoratoriums aus zweierlei Gründen zunächst keinen Bestand in der Ursuppe. Zum einen ergaben sich daraus zu hohe finanzielle Kosten. Der reine Verzicht auf die Erdölausbeutung und den daraus generierten Einnahmen hätte negative Folgen für die Staatseinnahmen bedeutet. Insbesondere, da die Erdölfelder ITT circa 25 Prozent des nationalen Erdölvorkommens beherbergen (Finer et al. 2008: 4) und Ecuador, wie in Abschnitt 3.1 gezeigt wurde, maßgeblich von der Erdölindustrie abhängig ist. Zum anderen hatte die Idee des Erdölmoratoriums keine reelle Chance die Aufmerksamkeit politischer Entscheidungsträger auf sich zu ziehen. Denn die politische Riege richtete bis zum Präsidentenwechsel im Jahr 2007 ihren Fokus ausschließlich auf ökonomische Interessen (Ramírez Gallegos/Mineguiaga 2007: 88). Mit der Modifikation der Idee durch das Positionspapier von Oilwatch wurde zumindest der Aspekt der finanziellen Kosten berücksichtigt, weshalb diese modifizierte Lösungsoption in der Ursuppe Bestand hatte.

3.3.2 Zwischenfazit: Beitrag der Zivilgesellschaft

In der vorangegangenen Analyse wurde herausgearbeitet, wie die Lösungsoption Yasuní-ITT-Initiative allmählich entstanden ist und sich fortentwickelt hat. Eine Bewer-

tung der Beeinflussung zivilgesellschaftlicher Akteure auf die Entstehung und Ausarbeitung der Lösungsoption wird im Folgenden vorgenommen.

Die Phase, in der die Idee eines Erdölmoratoriums zum ersten Mal aufkam, ist vom Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure geprägt. Mit der Publikation des Werks „El Ecuador post-petrolero“ durch die ökologische Umweltorganisation Acción Ecológica und den Wissenschaftler Alberto Acosta wurde zum ersten Mal ein Moratorium als Lösungsoption für die Erdölproblematik diskutiert. Somit wurde die ursprüngliche Idee innerhalb zivilgesellschaftlicher Akteure formuliert. Auch der erste konkrete Appell an die politische Ebene, in diesem speziellen Fall an das Umweltministerium, wurde durch zivilgesellschaftliche Gruppierungen vollzogen. Zusätzlich ist die Konkretisierung des Erdölmoratoriums auf das Gebiet des Yasuní Nationalparks und die Ausarbeitung eines konkreten Entwurfs auf die Arbeit einer zivilgesellschaftlichen Organisation (Oilwatch) zurückzuführen. In diesem Positionspapier von 2005 wurde die Lösungsalternative eines Erdölmoratoriums erstmals mit der Forderung von Ausgleichszahlungen der internationalen Gemeinschaft verknüpft. Der Einsatz von bis dato ausschließlich zivilgesellschaftlichen Akteuren zeigte Erfolg. Erstmals nahm ein politischer Akteur, das Wahlbündnis Alianza PAÍS, die von Oilwatch präsentierte Idee in ihr Wahlprogramm auf. Der Lösungsvorschlag wurde zunehmend bekannter. Zivilgesellschaftliche Akteure organisierten internationale Foren, um Ideen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Die politischen Gemeinschaften setzten sich zunächst ausschließlich aus zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen. Zivilgesellschaftliche Akteure befassten sich allerdings nicht nur mit der Thematik und möglichen Lösungsoptionen, sondern sie versuchten zusätzlich kontinuierlich die dahinter stehende Erdölproblematik publik zu machen und auf politischer Ebene zu verbreiten. Erst mit dem Wahlprogramm der Alianza PAÍS beschäftigte sich erstmals ein politischer Akteur mit der Problematik.

Dieses Fazit bestätigen die Aussagen führender Experten auf dem Gebiet der Yasuní-ITT-Initiative. Martínez-Alier (2007) weist in einem Artikel der Zivilgesellschaft die entscheidende Rolle des Motors der Yasuní-ITT-Initiative zu. Auch andere hochrangige Politiker und Wissenschaftler teilen den Standpunkt, dass es sich bei der Entstehung der Yasuní-ITT-Initiative weitgehend um den Verdienst der Zivilgesellschaft handelte. In einem Interview mit der ecuadorianischen Zeitung *Ecuador inmediato* gab Alberto Acosta, Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung 2007/ 2008 und Minister für Energie und Bergbau 2007, zu verstehen, dass es sich um „una iniciativa elaborada desde la colectividad, [que] surgió hace mucho tiempo atrás“ handelt.

Seit mehr als zehn Jahren debattieren Umweltorganisationen über diese Thematik und sprechen sich für die Notwendigkeit eines Öl-Moratoriums aus (Ecuador Inmediato 2010). Die Besonderheit bei diesem Projekt ist, dass es weder Besitzer noch Geschäftsführer hat, vielmehr handelt es sich um einen im Kollektiv erarbeiteten Entwurf (Acosta 2012: 99).

Nachdem in diesem Kapitel auf die Entwicklung einer Problemlösungsoption für die Erdölausbeutung im Yasuní National eingegangen wurde, folgt im nächsten Abschnitt die Darstellung politischer Rahmenbedingungen anhand des Politicsstroms, die eine Aufnahme der Yasuní-ITT-Initiative auf der Regierungsagenda ermöglichen.

3.4 Politicsstrom

Dieser Strom, wie unter Abschnitt 2.1.1 näher erläutert, bezieht sich im weitesten Sinne auf „politische“ Faktoren, die einen Politikwandel determinieren. Zu diesen Faktoren zählt der MSA vor allem drei: (1) nationale Stimmungslage, (2) Veränderungen innerhalb der Regierungsadministration, (3) Aktivitäten von Interessengruppierungen. Da sich der dritte Faktor, Aktivitäten von Interessengruppierungen, mit den Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure überschneidet und bereits im Problem- und Optionsstrom separat betrachtet wurde, ist eine weitere Analyse dieses Faktors in diesem Kapitel redundant und wird daher vernachlässigt.

Im Folgenden wird die Rolle der Faktoren (1) und (2) in Bezug auf die Yasuní-ITT-Initiative analysiert.

(1) Nationale Stimmungslage in Ecuador

Die nationale Stimmungslage in Ecuador in Bezug auf die Erdölproblematik und dabei im Speziellen in Bezug auf die Erdölfelder ITT im Yasuní Nationalpark lässt sich anhand von Umfragen bewerten. Martínez (2009: 96) bezieht sich in ihrer Publikation auf Umfragen vom September 2007 und vom Mai 2009. Dabei handelt es sich um den Zeitraum kurz nachdem die Yasuní-ITT-Initiative endgültig auf der Regierungsagenda etabliert wurde, der unter Abschnitt 3.5 genauer erläutert wird. In diesen Umfragen wurde die Bevölkerung in den beiden größten Metropolen Ecuadors, Quito und Guayaquil, befragt. Während sich im September 2007 41 Prozent der Bevölkerung für die Ausbeutung der Erdölfelder ITT im Yasuní Nationalpark aussprachen, waren es im Mai 2009 nur noch knapp ein Drittel (Martínez 2009: 96). Die absolute Mehrheit der ecuadoriani-

schen Bevölkerung, sowohl im Jahr 2007 als auch 2009, sprach sich gegen eine Erdölausbeutung im Yasuní Nationalpark aus. Die Zahlen verdeutlichen darüber hinaus, dass sich der Block der Gegner der Erdölausbeutung im Laufe von eineinhalb Jahren vergrößert hat.

Als weiterer Indikator für die nationale Stimmungslage im Land wird die Annahme der neuen Verfassung im Jahr 2008 gezählt. Nachdem das Volk mit 82 Prozent für die Erarbeitung einer neuen Verfassung gestimmt hatte, wurde im November 2007 die Verfassungsgebende Versammlung einberufen (López/Cubillos Celis 2009: 13). In dem Statut der Verfassungsgebenden Versammlung ist in Artikel 69 festgelegt, dass nach einer Annahme der neuen Verfassung durch die Verfassungsgebende Versammlung das Volk in Form eines Referendums zu befragen ist (Asamblea Nacional Constituyente 2007). In einer solchen Befragung stimmten im September 2008 63 Prozent der ecuadorianischen Bevölkerung den Inhalten der neuen Verfassung zu (El Universo 2008).

Die neue Verfassung von Ecuador bezieht sich in zahlreichen Artikeln indirekt oder direkt auf die Bedeutung und Wertschätzung der Natur. Grundlagen dafür bilden zum einen der Abschnitt über die „Rechte der Natur“ (Artikel 71-74) und zum anderen der Abschnitt über das „buen vivir“ (Artikel 12-34) (Asamblea Nacional Constituyente 2008). Die Begrifflichkeit „gutes Leben“ leitet sich von dem Konzept „sumak kawsay“, der Weltanschauung der Quechua ab. Wie bereits in der Präambel der ecuadorianischen Verfassung geschrieben, ist darunter ein gutes, gemeinschaftliches Zusammenleben in Einklang mit der Natur zu verstehen (Asamblea Nacional Constituyente 2008: 1). In der neuen Verfassung Ecuadors wird auch auf die Inhalte einer guten Lebensführung eingegangen. Artikel 14 und 15 beschäftigen sich im Speziellen mit einer „gesunden Umwelt“. So beschreibt Artikel 14: “Se declara de interés público la preservación del ambiente, la conservación de los ecosistemas, la biodiversidad y la integridad del patrimonio genético del país, la prevención del daño ambiental y la recuperación de los espacios naturales degradados” (Asamblea Nacional Constituyente 2008: 5). Der Schutz der Umwelt, der Ökosysteme und der Biodiversität sind demzufolge von nationalem Interesse. In Artikel 15 bringt die Verfassung ihre Unterstützung für alternative Entwicklungswege zum Ausdruck: „El Estado promoverá, en el sector público y privado, el uso de tecnologías ambientalmente limpias y de energías alternativas no contaminantes y de bajo impacto“ (Asamblea Nacional Constituyente 2008: 5). Am außergewöhnlichsten an dieser Verfassung ist jedoch das siebte Kapitel, das sich auf die Rechte der Natur bezieht und damit die Natur als eigene Rechtspersönlichkeit anerkennt

(Asamblea Nacional Constituyente 2008: 21). Da die Natur ihre Rechte nicht selbst einfordern kann, sieht Artikel 71 vor, dass stellvertretend jede Einzelperson, Gemeinschaft, Volk oder Nationalität von diesem Recht Gebrauch machen kann. Neben der Einforderung von Rechten in der Gegenwart sieht Artikel 72 die Wiederherstellung des natürlichen Ausgangszustandes vor (Asamblea Nacional Constituyente 2008: 21). Das heißt der Staat trägt die Verantwortung, geschädigte, degradierte oder zerstörte Ökosysteme in den ursprünglichen Status quo zurückzusetzen.

Zusammenfassend lassen sich sowohl durch die Umfragen von Martínez, als auch durch die Annahme der neuen ecuadorianischen Verfassung Rückschlüsse auf die nationale Stimmungslage im Land ziehen. Bei den Umfragen zeigte sich, dass sich über 60 Prozent für ein Erdölmoratorium in den ITT-Feldern aussprachen. Ebenso stimmen 63 Prozent der Bevölkerung für die neue ecuadorianische Verfassung und damit für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur.

(2) Veränderungen innerhalb der Regierungsadministration

Zahlreiche Autoren bewerten den Präsidentenwechsel zu Beginn des Jahres 2007 als bedeutenden Faktor in Bezug auf die Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der politischen Agenda (Acosta 2012: 98; Martin 2010: 22; Martínez 2009: 14). Die Auswertung der Literatur zeigt, dass in diesem Zusammenhang zwei Faktoren eine Rolle spielen. Zum einen wirkte sich der Präsidentenwechsel durch den personellen Wechsel des Staatsoberhauptes an sich positiv auf ein Agenda-Setting der Initiative aus. Zum anderen leisteten damit verbundene Neubesetzungen der Ministerposten und weitere institutionelle Veränderungen einen entscheidenden Beitrag zur Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der Regierungsaenda.

Rafael Correa, der Sieger der Präsidentschaftswahlen in Ecuador 2006, betrat ein Jahr zuvor die politische Bühne (Minkner-Bünjer 2007: 2). Er wurde in der Regierung unter Alfredo Palacio zum Wirtschaftsminister ernannt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes stand mit Correa eine Person, die weder der Wirtschaftselite des Landes noch dem Finanzsektor zuzuordnen war, an der Spitze des Wirtschaftsministeriums (Ramírez Gallegos/Mineguiaga 2007: 88). Nach der Annahme des Ministeramtes gründete er noch im selben Jahr die Bewegung Alianza PAÍS (AP) mit dem Vorhaben, bei den Präsidentschaftswahlen im darauffolgenden Jahr teilzunehmen. Bei der AP handelte es sich zunächst um eine überschaubare Gruppe von Akademikern, ehemaligen

Mitgliedern linker Parteien und Intellektuellen, die sich mit sozialen Themen beschäftigten (Hernández/Buendía 2011: 132; Ramírez Gallegos 2010: 90). Als Spitzenkandidat der AP konnte sich Correa bei der Stichwahl im November 2006 gegen Alvaro Noboa mit 56 Prozent durchsetzen (Tribunal Supremo Electoral 2006). Correa gilt als Vertreter des sogenannten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ und einer bürgerlichen Revolution (El Diario 2008). In einem Interview innerhalb des Programms Palabra Suelta (Palabra Suelta 2011) von EcuadorTV gibt Correa Aufschluss darüber, inwiefern er eine Verbindungen zwischen der bürgerlichen Revolution, einer nachhaltigen Entwicklung und dem Schutz der Natur sieht: Im Mittelpunkt seines Interesses steht der Mensch als Teil der Natur. Um den Bedürfnissen des Menschen gerecht zu werden, bedarf es dem Schutz seines natürlichen Umfelds. In seinen Ausführungen nimmt er direkten Bezug auf die Zerstörung des Regenwaldes im Oriente. Um den Erhalt des ursprünglichen Umfeldes gewährleisten zu können, zieht er den Erhalt des Regenwaldes im Oriente einer Ausbeutung vor (Palabra Suelta 2011).

Die Literatur bewertet nicht nur den Sieg Correas, sondern auch die daran anschließende Auswahl seines Kabinetts als bedeutsam für die Yasuní-ITT-Initiative. Martin (2010: 22) zufolge schließt sich an den Präsidentenwechsel eine wichtige Veränderung der gesamten Regierungsadministration an. Weite Teile der im Januar 2007 eingesetzten Regierung waren in Opposition zur Erdölindustrie zu verorten (Martin 2010: 22). Die eingesetzten Minister/-innen kamen größtenteils aus dem Wissenschaftsbetrieb (Jaramillo-Jassir/Tibocha 2008: 14). Das Außenministerium wurde beispielsweise an die Geographin María Fernanda Espinosa übergeben. Sie arbeitete bis zur Übernahme des Ministerpostens in verschiedenen internationalen Organisationen zu zahlreichen Umweltthematiken (Jaramillo-Jassir/Tibocha 2008: 14).

In diesem Kapitel wurde auf den dritten Strom, die politischen Faktoren, die eine Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative ermöglichten, eingegangen. Im Folgenden Kapitel wird das Möglichkeitsfenster im Falle der Yasuní-ITT-Initiative aufgezeigt und der Verknüpfungsprozess der drei Ströme hin zu einer erfolgreichen Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der politischen Agenda erläutert.

3.5 Möglichkeitsfenster und Verknüpfung der Ströme

Wie in Abschnitt 2.1.2 bereits erläutert, geht der MSA von sich öffnenden Zeitfenstern aus, die genutzt werden müssen, um einen Politikwandel zu ermöglichen. Öffnet sich

das Möglichkeitsfenster im Politicsstrom ist es nach dem MSA notwendig, dass bereits eine Lösungsoption existiert. Damit ist die Grundvoraussetzung gegeben, um eine Verknüpfung der drei Ströme in einem zeitlich begrenzten Rahmen zu vollziehen. Im folgenden Abschnitt wird zunächst auf die Öffnung des Möglichkeitsfensters und den daran anschließenden Verknüpfungsprozess im Falle der Yasuní-ITT-Initiative eingegangen. Die Beschreibung dieses Prozesses erfolgt in einer chronologischen Darstellung. Den Startpunkt hierfür bildet die Öffnung des Möglichkeitsfensters. Als Endpunkt der Darstellung des Verknüpfungsprozesses eignet sich die endgültige Etablierung der Initiative auf der Regierungsagenda. Im Anschluss daran wird dargestellt, ob und inwiefern die Zivilgesellschaft am Verknüpfungsprozess beteiligt war.

3.5.1 Präsidenten- und Regierungswechsel in Ecuador

Die Literatur zeigt auf, dass sich das Möglichkeitsfenster im Falle der Yasuní-ITT-Initiative im Politicsstrom im Rahmen einer institutionalisierten Prozedur öffnete (vgl. Abschnitt 2.1.2). Dazu kam es durch den Präsidentenwechsel Anfang Januar 2007. Rafael Correa übernahm nach der erfolgreichen Wahl 2006 das Präsidentenamt in Ecuador (vgl. Abschnitt 3.4). Erst dadurch wurden die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass der Yasuní-ITT-Initiative Gehör auf politischer Ebene verschafft werden konnte. Rafael Correa wurde zu Beginn seiner Amtszeit ein erster Entwurf ausgehängt. Dieser wurde von Alberto Acosta, damaliger Minister für Energie und Bergbau, und Esperanza Martínez, Geschäftsführerin von Acción Ecológica, erarbeitet (Martin 2010: 22). Wie Martínez diese Anfangszeit der Initiative wahrgenommen hatte, schien es, als wollte niemand die Verantwortung für die Alternative tragen: „A momentos parecía una papa caliente que nadie quería recibir“ (Martínez 2009: 36). Jedoch bezog Correa bereits drei Monate nach seinem Amtseintritt Stellung zur Yasuní-ITT-Initiative: Bei der Vorstandssitzung des staatlichen Erdölkonzerns Petroecuador sprach er sich für die Option, das Erdöl in den Blöcken ITT zu belassen, aus (Acosta 2012: 103, 2009: 187-188). Damit zeigte er seine Bereitschaft, auf einen Teil der Einnahmen aus der Erdölindustrie zu verzichten. Schließlich sollte, so der Vorschlag, nur die Hälfte der zu erwartenden Einnahmen von der internationalen Staatengemeinschaft kompensiert werden. Correa stellte sich mit der Verkündung seines Rückhalts für die Yasuní-ITT-Initiative gleichzeitig gegen die politische Einstellung bisheriger Präsidenten (Jaramillo-Jassir/Tibocha 2008: 9). Weshalb Correa sich für eine neue Richtung in der Umweltpo-

litik offen zeigte, ist durch zumindest zwei Aspekte, die bereits in Abschnitt 3.4 dargestellt wurden, zu erklären. Zum einen ist Correa eindeutig dem Lager zuzuordnen, das nicht ausschließlich ökonomische Ziele verfolgt. Zum anderen kämpft Correa um die Erfüllung einer bürgerlichen Revolution, in deren Zentrum der Mensch steht. Um die Bedürfnisse des Menschen erfüllen zu können, bedarf es dem Schutz seines ursprünglichen Umfeldes und damit dem Erhalt des Regenwaldes. Durch sein Verständnis einer guten Staatsführung wurden erstmals komplett neue Werte verfolgt.

Tatsächlich bestätigt sich im Fall der Yasuní-ITT-Initiative die Einschätzung Kingdons (1984: 176), welcher zufolge der Wechsel des Präsidenten das erfolgreichste Möglichkeitsfenster im politischen System darstellt. Er misst somit der Person des Präsidenten das stärkste Gewicht bei der Etablierung einer neuen Politik auf der Agenda bei (vgl. Abschnitt 2.1.2). Von hoher Relevanz ist nach dem MSA die Existenz einer Lösungsoption, sollte sich das Möglichkeitsfenster im Politicsstrom öffnen. Die Aufgabe des politischen Akteurs ist es danach, die Lösungsoption mit einem realen Problem zu verknüpfen. Im Falle der Yasuní-ITT-Initiative bestand bereits ein erstes Konzept, weshalb diese Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der politischen Agenda gegeben war. Nachdem sich also das Möglichkeitsfenster durch Correas Amtsantritt im Januar 2007 geöffnet hatte, setzte der Verkopplungsprozess der drei Ströme mit der ersten Stellungnahme im März ein. Dieser Prozess dauerte jedoch bis zur endgültigen Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der Regierungsagenda Anfang 2009 an.

Die Stellungnahme Correas sollte außerdem zur Lösung des Streits zwischen Acosta und dem Präsidenten von Petroecuador, Carlos Pareja Yannuzzelli, beitragen. Während Acosta, als Mitbegründer der Initiative, für den Schutz und Erhalt des Yasuní Nationalparks eintrat, verfolgte Pareja Yannuzzelli eine Beschleunigung der Verhandlungen mit ausländischen Erdölunternehmen (Acosta 2009: 187-188; Martínez 2009: 40-41). Im Rahmen der Vorstandssitzung von Petroecuador wurde schließlich die Resolution 25 DIR durch den Verwaltungsrat von Petroecuador verabschiedet. Trotz eindeutiger Mehrheit gegen den Vorschlag setzte sich Correa als Präsident durch. In dieser Resolution wurde das oberste Ziel der Politik um die Erdölfelder ITT formuliert: Das Erdöl im Boden zu belassen (Martínez 2009: 40-41). Sollte sich diese Option in Verbindung mit einer finanziellen Kompensation nicht verwirklichen lassen, wurde als sogenannter Plan B die Ausbeutung des Erdöls festgelegt (Vallejo 2010: 64). Pareja Yannuzzelli, Präsident von Petroecuador, favorisierte Plan B und verfolgte weiterhin Schritt-

te zu dessen Realisierung. Er schloss noch in den Tagen darauf ein *Memorandum of Understanding* (MoU) mit dem brasilianischen Pendant Petrobras ab. In diesem MoU vereinbarte Petroecuador mit insgesamt drei staatlichen Erdölgesellschaften¹⁷ gemeinsame Aktivitäten in den Erdölblöcken ITT (Petrobras News Agency 2007).

Nach einer ersten Stellungnahme des Präsidenten folgte im Juni 2007 eine offizielle Vorstellung der Yasuní-ITT-Initiative im Präsidentenpalast (Acosta 2012: 105). Correa verwies abermals auf die Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung und betonte, dass es sich bei den Reserven im ITT-Feld um circa 25 Prozent des Gesamtölvorkommens Ecuadors handelt. Diese Unterstützungsverkündung hatte ein starkes Echo auf nationaler und internationaler Ebene zur Folge. Beispielsweise sponserte dadurch Amazon Watch, eine in San Francisco ansässige NGO, die Reise bekannter Hollywoodgrößen in den Nationalpark, womit Werbematerial für die Yasuní-ITT-Initiative erstellt wurde (Martin 2010: 23). Des Weiteren wurde danach das Außenministerium offiziell mit der Initiative betraut. Nach Angaben zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen hatte dieses in der Anfangszeit eng mit ökologischen Gruppierungen, wie zum Beispiel Amazon Watch, zusammengearbeitet (Martin 2010: 28). Obwohl Correa einerseits eine Realisierung der Initiative verfolgte, unternahm er andererseits Schritte, um sich Plan B - die Erdölförderung - offenzuhalten. Im Sommer kündigte er eventuelle Verträge mit Petrobras, Enlap und Sinopec an. In diesem Zusammenhang spielten auch die gestiegenen Erdölpreise eine Rolle (Martin 2010: 23). Martin (2010: 23) zufolge beginnt damit ein Zick-Zack Kurs für die Initiative. Zwar zeigte der Präsident mehrmals seine Anerkennung für das Projekt und verkündete seine Unterstützung, jedoch unternahm er zunächst keine weiteren Schritte, um eine Institutionalisierung dieser Lösungsoption weiter voranzutreiben. Zivilgesellschaftliche Gruppierungen sprechen von einer fehlenden Koordination der Bekanntmachung der Initiative (Martin 2010: 28).

Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der Realisierung der Initiative, stellt der Gang Correas auf die internationale Bühne dar. Bei der Einberufung der UNO-Vollversammlung im September 2007 zum Klimawandel umriss Correa seinen Vorschlag. In diesem Rahmen betonte er die finanziellen Verluste von Ecuador in Höhe von circa 8 Milliarden Dollar im Falle einer Nicht-Ausbeutung. Er erwartete deshalb von der internationalen Gemeinschaft eine „Spende“ von 4,6 Milliarden Dollar, sozusagen als Kompensation der Hälfte der zu erwartenden Einnahmen (Correa 2007: 2). Er nannte

¹⁷Darunter die staatlichen Erdölunternehmen Chiles, mit Empresa Nacional do Petróleo(Enap); Chinas, mit Sinopec; und Brasiliens mit Petrobras (Petrobras News Agency 2007).

drei Gründe, weshalb die Initiative zu unterstützen ist: (1) Nichtausschüttung von CO₂, (2) Schutz der hohen Biodiversität, (3) Schutz der kulturellen Identität der indigenen Bevölkerung (Correa 2007: 2). Die gewonnenen Spenden sollten der Gründung eines „Yasuní-ITT Environmental Fund“ zugutekommen und in die Diversifizierung von alternativen Energiewegen, in den Ausbau des Ökotourismus und in die Sanierung des Gesundheits- und Bildungssystems investiert werden (Correa 2007: 2-3). Mit der angeführten Begründung rechtfertigte Correa sein Engagement für die Yasuní-ITT-Initiative und ordnete sie einem realen Problem zu: den negativen sozioökologischen Auswirkungen der Erdölausbeutung.

Laut Martin (2010: 24) wurde im Hintergrund der UN-Vollversammlung bereits an einer konkreten praktischen Umsetzung der Idee gearbeitet. Correa setzte sich mit dem damaligen Botschafter in den USA, Luis Gallegos, und mit Gustavo Palacio, einem Funktionär der Organization of American States (OAS), zusammen, um sich über alternative Finanzierungsmöglichkeiten der Yasuní-ITT-Initiative auszutauschen. Eingeordnet in den MSA handelt es sich bei diesem soeben beschriebenen Prozess um Mutation: um die Weiterentwicklung einer Lösungsoption innerhalb einer politischen Gemeinschaft (vgl. Abschnitt 2.1.1).

In diese Zeitperiode fällt neben der praktischen Weiterentwicklung der Idee die Grundsteinlegung einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit der Initiative. Mit der Unterstützung der Campaña Amazonía por la Vida wurde die Referenzhomepage (<http://www.amazoniaporlavid.org/es/>) der Yasuní-ITT-Initiative ausgearbeitet. Die Campaña Amazonía por la Vida befand sich nach ihrer Gründung über eine lange Zeitperiode hinweg in einer Phase der relativen Inaktivität und kam erst im Rahmen der Yasuní-ITT-Initiative wieder zum Einsatz. Unter dem Leitspruch “Yasuní depende de tí” definierte der Zusammenschluss sein Ziel neu: den Erhalt der Erdölblöcke ITT (Amazonía por la Vida 2012). Mit der Gründung der Homepage, die in spanischer, englischer, französischer und deutscher Sprache verfügbar ist, leisteten zivilgesellschaftliche Akteure gemäß Martínez (2009: 53) einen fundamentalen Beitrag zur Bekanntmachung der Initiative auf nationaler und internationaler Ebene. Auf dieser Seite befinden sich Pressemitteilungen, Informationen über die Initiative und die Aktivitäten, die auf nationaler Ebene stattfinden. Zu einer der weitreichendsten Aktionen, organisiert durch einen Aufruf auf der Homepage, zählte die Sammlung von 100.000 Unterschriften, mit dem Ziel, Druck auf den Präsidenten auszuüben (Martínez 2009: 54).

Der Beginn des Jahres 2008 stand für die Yasuní-ITT-Initiative im Zeichen eines personellen Wechsels im Außenministerium, welches für die Initiative zuständig war. Im Ministerium kam es zum Austausch der Führungsriege. Dies zog auch einen institutionellen Wandel nach sich: Mit dem Dekret 882 wurde die Oficina de la Secretaría Técnica mit einem Budget von einer Million Dollar geschaffen und dem Außenministerium untergeordnet. Die Behörde wurde dem Duo aus der Doktorin Juana Ramos und dem ehemaligen Außenminister Francisco Carrión unterstellt. Sie sollten sich um international anerkannte Schirmherren für das Projekt bemühen (Presidencia de la República 2008b). Die kommenden sechs Monate, so beurteilen zivilgesellschaftliche Akteure, führten zu einer Entfremdung zwischen der Zivilgesellschaft und der politischen Ebene. Das verantwortete vor allem Juana Ramos, Leiterin der neuen Behörde (Martin 2010: 30). Ramos bemühte sich bei ihrer Arbeit darum, die durch den Präsidenten verordnete Frist einzuhalten. Diese Frist besagte, dass sie bis Juni 2008 350 Millionen Dollar einnehmen sollte, um tatsächlich nicht auf die Option B der Erdölausbeutung zurückgreifen zu müssen. Ramos war dabei vermutlich so weit gegangen, sich mit Erdölunternehmen in Verbindung zu setzen, um über alternative Finanzierungswege zu verhandeln (Martínez 2009: 40-41).

Durch ein weiteres Dekret des Präsidenten wurde auf die negativen Entwicklungen der Oficina de la Secretaría Técnica eingegangen. Die Behörde wurde durch die Unidad de Coordinación ersetzt und wurde insgesamt fünf Repräsentanten unterstellt. Darunter befand sich Yolanda Kakabadse als zivilgesellschaftliche Vertreterin (Presidencia de la República 2008a).

Nach einer ständigen institutionellen Erweiterung lässt sich das Dekret 1572 vom Februar 2009, das keine weitere Frist zur Erlangung der Kompensationszahlung vorsah, als endgültige Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf politischer Ebene bewerten (Presidencia de la República 2009). Mit diesem Dekret des Präsidenten etablierte Correa die Yasuní-ITT-Initiative endgültig auf der Agenda der eigenen Umwelt- und Außenpolitik (Acosta 2012: 105; Martin 2010: 35). Die Fristen vermittelten bisher den Eindruck, dass Correa nicht vollständig von der Initiative überzeugt war und sich alle Optionen offen halten wollte (Martin 2010: 35). Die Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der politischen Agenda ist mit dem Dekret des Präsidenten als erfolgreich abgeschlossen zu bewerten.

3.5.2 Zwischenfazit: Beitrag der Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft hatte auf die Öffnung des Möglichkeitsfensters indirekt Einfluss genommen. Im vorherigen Abschnitt wurde erläutert, dass mit dem Amtsantritt Rafael Correas das Möglichkeitsfenster geöffnet wurde. Im Sinne der präsidentiellen Demokratie, wie sie in Ecuador besteht, ist das Volk der Souverän und befähigt den Präsidenten durch die Wahl im Sinne des Volkes zu handeln. Mit der Wahl Correas im Jahr 2006 hat die Zivilgesellschaft somit maßgeblich an der letztendlichen Öffnung des Möglichkeitsfensters mitgewirkt.

Auf die Verknüpfungsphase der drei Ströme haben zivilgesellschaftliche Akteure auf zweierlei Art Einfluss genommen. Erstens fungierten zivilgesellschaftliche Akteure als fachliche Berater in Bezug auf die konkrete Ausgestaltung der Initiative. Sie nahmen Einfluss auf die Konkretisierung des Projekts, indem sie eng mit den damit betrauten Institutionen zusammenarbeiteten. Im Laufe der Zeit kam es zu personellen und institutionellen Veränderungen, die den Einfluss der Zivilgesellschaft entscheidend prägten. Diesbezüglich ist zum einen die Neubesetzung des Außenministeriums zu nennen, in folgedessen es zu Spannungen mit den führenden zivilgesellschaftlichen Akteuren kam. Dadurch nahm der Einfluss der Zivilgesellschaft entsprechend ab. Zum anderen führte die Gründung der Unidad de Coordinación, die die Secretaría Técnica ablöste, wiederum zu einer Zunahme des Einflusses zivilgesellschaftlicher Akteure. Der Unidad de Coordinación unterstand mit Yolanda Kakabadse eine Vertreterin der Zivilgesellschaft.

Zweitens kommt zivilgesellschaftlichen Akteuren zweifelsfrei die führende Rolle bei der Öffentlichkeitsarbeit zu. Die zivilgesellschaftliche Organisation Campaña por la Vida baute die führende Referenzhomepage für die Yasuní-ITT-Initiative auf und animierte darüber die Bevölkerung, sich an Boykotten etc. zu beteiligen.

Nachdem in diesem Kapitel der theoretische Ansatz dieser Arbeit auf die Yasuní-ITT-Initiative angewendet wurde, wird im Folgenden die Arbeit in einer Schlussbetrachtung resümiert.

4. Schlussbetrachtung

Das übergeordnete Ziel der vorliegenden Arbeit war es, eine empirische Untersuchung des Einflusses der Zivilgesellschaft auf die Entstehung der Yasuni-ITT-Initiative vorzunehmen. Die Untersuchung hat dafür alle Prozesse und Faktoren untersucht, die maßgeblich zur erfolgreichen Etablierung der Initiative auf der Regierungsagenda beitrugen. Im Folgenden werden in Abschnitt 4.1 die anfangs formulierten Forschungsfragen beantwortet, in Abschnitt 4.2 die Limitationen und Forschungsausblicke der vorliegenden Arbeit aufgezeigt, bevor schließlich in Abschnitt 4.3 die Ergebnisse der Arbeit resümiert werden.

4.1 Beantwortung der Forschungsfragen

Die Analyse der Prozesse, die zu einer Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der Regierungsagenda geführt haben, offenbart, dass sich der MSA für die Untersuchung der in der Einleitung vorgestellten Forschungsfragen sehr gut eignet. Durch die Anwendung des MSA konnte eine umfangreiche Beantwortung der Forschungsfragen gewährleistet werden.

(1) Wann und warum wurde die Ausbeutung des Erdöls im Yasuní Nationalpark als Problem wahrgenommen und inwiefern beeinflussten zivilgesellschaftliche Akteure den Problemwahrnehmungsprozess?

Erstens zeigt die vorliegende Arbeit, dass die *Problemwahrnehmung* vor allem durch negative sozioökologische Auswirkungen der Erdölgewinnung hervorgerufen wurde. Die Auswertung der Literatur identifiziert sowohl negative Auswirkungen auf die Umwelt als auch auf den Menschen. Negative Folgen für die Umwelt ergeben sich durch den Rückgang der Artenvielfalt und die Verseuchung des Bodens durch toxische Verbindungen oder radioaktive Abfälle. Der Mensch ist zum einen unter sozioökonomischen und zum anderen unter gesundheitlichen Aspekten negativ von der Erdölausbeutung betroffen. Sozioökonomische Folgen beziehen sich auf die Zerstörung der Sozialstrukturen und der kulturellen Identität. Gesundheitliche Auswirkungen zeigen sich insbesondere infolge von Unfällen bei der Erdölförderung und durch eine erhöhte Erkrankungsgefahr durch verseuchte Lebensmittel und radioaktive Strahlung.

Zweitens zeigt die Analyse des Problemstroms der vorliegenden Arbeit, dass sich kein konkreter Zeitpunkt der Problemerkennung festmachen lässt, sondern es sich vielmehr um einen *kontinuierlichen Prozess* der Problemwahrnehmung handelt. Dieser Problemwahrnehmungsprozess wurde durch Phasen des rasanten Anstiegs und Phasen des Abebbens der öffentlichen Aufmerksamkeit bestimmt. Die Phasen des Anstiegs der öffentlichen Aufmerksamkeit nehmen eine bedeutende Rolle für die Problemwahrnehmung im Zeitablauf ein und wurden durch Schlüsselereignisse und Indikatoren ausgelöst. Die vorliegende Arbeit identifiziert vier zentrale Schlüsselereignisse oder Indikatoren, die maßgeblichen Einfluss auf die Problemwahrnehmung der ecuadorianischen Öffentlichkeit nahmen: (1) Die Anklage CORDAVIS gegen CEPE wegen der Lizenzierung von Erdölblöcken im Yasuní Nationalpark, (2) die Veröffentlichung des Berichts Amazon crude über die negativen sozioökologischen Auswirkungen der Erdölausbeutung, (3) die Publizierung des Berichts über die hinterlassenen Schäden des Texaco Konzerns und die anschließende Anklage, (4) die Aushändigung der Umweltlizenz an Petrobras für Block 31 und die damit einhergehende Anklage.

Drittens zeigt die vorliegende Arbeit, dass zivilgesellschaftliche Akteure *die entscheidende Rolle* im Rahmen der Problemwahrnehmung einnahmen. Sie brachten den Problemwahrnehmungsprozess in Gang, arbeiteten kontinuierlich daran, ein öffentliches Bewusstsein für die negativen Folgen der Erdölausbeutung im Yasuní Nationalpark zu schaffen und erreichten damit, die Aufmerksamkeit politischer Entscheidungsträger auf die Erdölproblematik zu ziehen. Die soeben genannten vier Schlüsselereignisse/Indikatoren, die zu einem erfolgreichen Problemwahrnehmungsprozess führten, wurden größtenteils durch zivilgesellschaftliche Akteure herbeigeführt (Ereignis: (1), (3) und (4)). Diese Ereignisse hatten konkrete Konsequenzen zur Folge: (1) Gründung der Campaña Amazonía por la Vida, (2) Gründung eines Überwachungskomitees, (3) Aktivierung des Umweltministeriums. Dabei wurde Konsequenz (1) durch die Zivilgesellschaft vollzogen, indem sie die Protestinitiative Campaña por la Vida, die durch unterschiedliche Formen des Protests fortwährend versuchte den Problemwahrnehmungsprozess voranzutreiben, gründete. Indem das Umweltministerium dem brasilianischen Erdölunternehmen Petrobras den Parkeintritt versagte, zeigt sich endgültig der Erfolg der zivilgesellschaftlichen Akteure: Sie hatten nicht nur den Problemwahrnehmungsprozess der Öffentlichkeit, sondern auch der politischen Ebene veranlasst.

(2) Welchen Beitrag leistete die Zivilgesellschaft für den Ursprung und für die Entwicklung der Yasuní-ITT-Initiative?

Erstens zeigt die vorliegende Arbeit, dass die Problemlösungsoption der Yasuní-ITT-Initiative auf die Idee *zivilgesellschaftlicher Akteure* zurückzuführen ist. Die der Initiative zugrunde liegende Idee wurde erstmalig durch die Publikation einer zivilgesellschaftlichen Organisation hervorgebracht: Die Umweltorganisation Acción Ecológica veröffentlichte in dem Sammelwerk „El Ecuador post petrolero“ eine Lösungsoption für die Erdölproblematik im Oriente - das Erdölmoratorium.

Zweitens zeigt die Analyse, dass die Entwicklung dieser ursprünglichen Idee zur Yasuní-ITT-Initiative in einem *schrittweisen Prozess* erfolgte, der entscheidend von der Zivilgesellschaft beeinflusst wurde. Ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Akteure scheiterte im Jahr 2003 zunächst mit einem ersten Versuch, die Aufmerksamkeit der politischen Ebene auf die Lösungsoption zu lenken. Als zentrale Ursachen für dieses Scheitern identifiziert die vorliegende Arbeit finanzielle Einbußen die durch das Moratorium entstanden wären sowie die wirtschaftspolitische Ausrichtung der damaligen Regierung, die keinerlei Rücksicht auf umweltpolitische Aspekte nahm. Erst mit der Modifizierung und Erweiterung der ursprünglichen Idee durch das Positionspapier der zivilgesellschaftlichen Organisation Oilwatch erfüllte die Lösungsoption die notwendigen Voraussetzungen, um als Vorschlag bestehen zu können. Diese Modifikation sah ein Moratorium in Verbindung mit der Idee einer finanziellen Kompensation nationaler und internationaler Geldgeber vor. Im Jahr 2006 schaltete sich in den Disput über die Lösungsoption eines Erdölmoratoriums in Verbindung mit finanziellen Kompensationszahlungen erstmals ein nicht-zivilgesellschaftlicher Akteur ein: Die neu gegründete Partei Alianza PAÍS nahm die Lösungsoption in ihr Parteiprogramm auf. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass bis zu diesem Zeitpunkt die Diskussion um die Initiative und deren Weiterentwicklung ausschließlich in politischen Gemeinschaften zivilgesellschaftlicher Akteure stattfand.

(3) Welche Faktoren wirkten sich unterstützend auf die Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der Regierungsagenda aus?

Die vorliegende Arbeit identifiziert zwei zentrale politische Faktoren, die sich unterstützend auf die Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative ausgewirkt haben.

Erstens beeinflusste die *nationale Stimmungslage* im Land den Prozess. Zweierlei Indikatoren weisen darauf hin, dass die ecuadorianische Bevölkerung im Zeitraum zwischen 2007 bis 2009 positiv gegenüber der Yasuní-ITT-Initiative, dem Umweltschutz und einer nachhaltigen Entwicklung eingestellt waren. Zum einen spricht eine Umfrage zur Yasuní-ITT-Initiative dafür. Zwei Drittel der Befragten sprachen sich für die Umsetzung der Initiative aus. Zum anderen lassen sich durch die Annahme der neuen Verfassung im Jahr 2008 Rückschlüsse auf die ökologische Einstellung der ecuadorianischen Bevölkerung ziehen. In einem Referendum stimmten knapp zwei Drittel der Bevölkerung für die neue Verfassung, die einen besonderen Schwerpunkt auf die Rechte und den Umgang mit der Natur legt.

Zweitens beeinflusste der *Präsidentenwechsel* im Jahr 2007, zahlreichen Wissenschaftlern zufolge, maßgeblich den Prozess um die Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der politischen Agenda. Dabei zeigten sich vor allem zwei Faktoren als bedeutend. Zum einen hatte der personelle Wechsel des Präsidenten einen starken Einfluss. Mit Rafael Correa betrat ein Politiker die Bühne, der sich nicht in die, bis zu diesem Zeitpunkt führende, politische Elite des Landes einordnen lässt. Er kam weder aus dem Wirtschafts- noch dem Finanzsektor und stand für eine nachhaltige Entwicklung im Interesse der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang verfolgte er den Erhalt des Regenwaldes als ursprüngliches Lebensumfeld indigener Gemeinschaften. Zum anderen führte die damit einhergehende Umbildung des Kabinetts zu einer neuen inhaltlichen Ausrichtung der Regierung. Der Großteil der eingesetzten Minister/-innen ließ sich dem Wissenschaftsbetrieb zuordnen und verfolgte die Ideen einer nachhaltigen Entwicklung.

Sowohl die nationale Stimmungslage, als auch Veränderungen des Regierungsapparates wirkten sich unterstützend auf die Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der Regierungsagenda aus.

(4) Was gab den entscheidenden Anstoß zur Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der politischen Agenda, inwiefern ging der Etablierungsprozess von statten und welchen Beitrag leisteten zivilgesellschaftliche Akteure zu diesem Prozess?

Erstens identifiziert die vorliegende Arbeit den *Präsidentenwechsel* im Januar 2007 als sich öffnendes Möglichkeitsfenster und damit als herausragendes Ereignis bei der Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative auf der Regierungsagenda. Der Vorschlag fand im März 2007 erstmals durch einen ecuadorianischen Präsidenten Unterstützung. In diesem Zusammenhang wurde herausgearbeitet, dass die Grundeinstellung des neugewählten Präsidenten Rafael Correa, die sich nicht nur auf ökonomische Erfolge ausrichtete, zu einer Unterstützung der Initiative führte. Mit dem Rückhalt des Präsidenten war die Grundvoraussetzung für weitere Schritte zur endgültigen Etablierung der Initiative gegeben.

Zweitens zeigt die Analyse der Literatur, dass sich der Etablierungsprozess, von der Öffnung des Möglichkeitsfensters bis zur endgültigen Zusage zum Projekt über einen *Zeitraum von zwei Jahren* erstreckte. Correa favorisierte zwar die Realisierung der Yasuní-ITT-Initiative, jedoch erteilte er gleichzeitig dem Plan B, die Ausbeutung der Erdölfelder ITT, keine vollständige Absage. In der Literatur wird diese Tatsache als Zick-Zack-Kurs des Präsidenten bewertet und kritisiert. Während der zweijährigen Periode setzte Rafael Correa unterschiedliche Fristen fest, zu welchen ein bestimmter Geldbetrag dem Projekt gespendet sein musste, um nicht Plan B zu realisieren. Jedoch brachte Correa das Projekt bei mehreren Ereignissen weiter voran, wie beispielsweise bei der ersten landesweiten Vorstellung im Sommer 2007 und bei der Präsentation der Idee vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 2007. Auf seine Ausführungen folgten zahlreiche nationale und internationale Kampagnen der Zivilgesellschaft. Mit dem Dekret 1572 vom Februar 2009 wurde die Yasuní-ITT-Initiative endgültig auf der Regierungsagenda etabliert. Mit diesem Dekret wurde keine neue Frist für die Erfüllung bestimmter Kompensationszahlen verkündet.

Drittens offenbart die Auswertung der Literatur, dass zivilgesellschaftliche Akteure auf die zweijährige Verknüpfungsphase in dreierlei Hinsicht Einfluss nahmen. Erstens war die Zivilgesellschaft maßgeblich an der *Öffnung des Möglichkeitsfensters beteiligt*. Die Wahl Rafael Correas zum neuen Präsidenten zeigt stellenvertretend, dass die ecuadorianische Bevölkerung eine Neuausrichtung der Politik anstrebte. Zweitens fun-

gierten zivilgesellschaftliche Akteure weiterhin als *Berater der Initiative*. Sie unterstützten eine inhaltliche Weiterentwicklung des Projekts und arbeiteten eng mit verantwortlichen Institutionen, wie beispielsweise dem Außenministerium, zusammen. Drittens war die zivilgesellschaftliche Organisation *Campaña Amazonía por la Vida* mit dem Aufbau einer umfassenden Homepage der *Hauptinitiator der Öffentlichkeitsarbeit* der Initiative.

4.2 Limitationen und Forschungsausblick

Die vorliegende Arbeit unterliegt drei zentralen Limitationen. Erstens wurde die Entstehung und Verwirklichung der Yasuní-ITT-Initiative hinsichtlich des Beitrags der Zivilgesellschaft als Einheit analysiert und deren produziertes *outcome* dargestellt. Eine genauere Betrachtung einzelner zivilgesellschaftlicher Akteure wurde nur bei herausragenden Beiträgen vorgenommen. Die Arbeit schafft es deshalb nicht, die Zivilgesellschaft differenziert darzustellen. Einer Darstellung aller beteiligten zivilgesellschaftlichen Akteure, etwaiger Konfliktlinien zwischen diesen und deren kooperativer Zusammenarbeit konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht Rechnung getragen werden. Zweitens wurde der Einfluss politischer Institutionen auf die Yasuní-ITT-Initiative nur marginal betrachtet. Dieser Kritikpunkt haftet bereits an dem dieser Arbeit zugrunde liegenden Multiple Streams Approach, welcher im Rahmen dieser Arbeit nicht erweitert oder modifiziert wurde. Drittens erwies sich die vorhandene Literatur, im Zuge der Darstellung des zweijährigen Etablierungsprozesses der Yasuní-ITT-Initiative, als relativ beschränkt und wenig differenziert. Für diese Abschnitte wurde vor allem auf die Ausführungen von Alberto Acosta, Esperanza Martínez, Guillaume Fontaine, Karen Andrade Mendoza, Lavinia Warnars, Matt Finer et al. und Pamela Martin zurückgegriffen, die sich mit großer Bestimmtheit der Anti-Erdölgesellschaft zuordnen lassen.

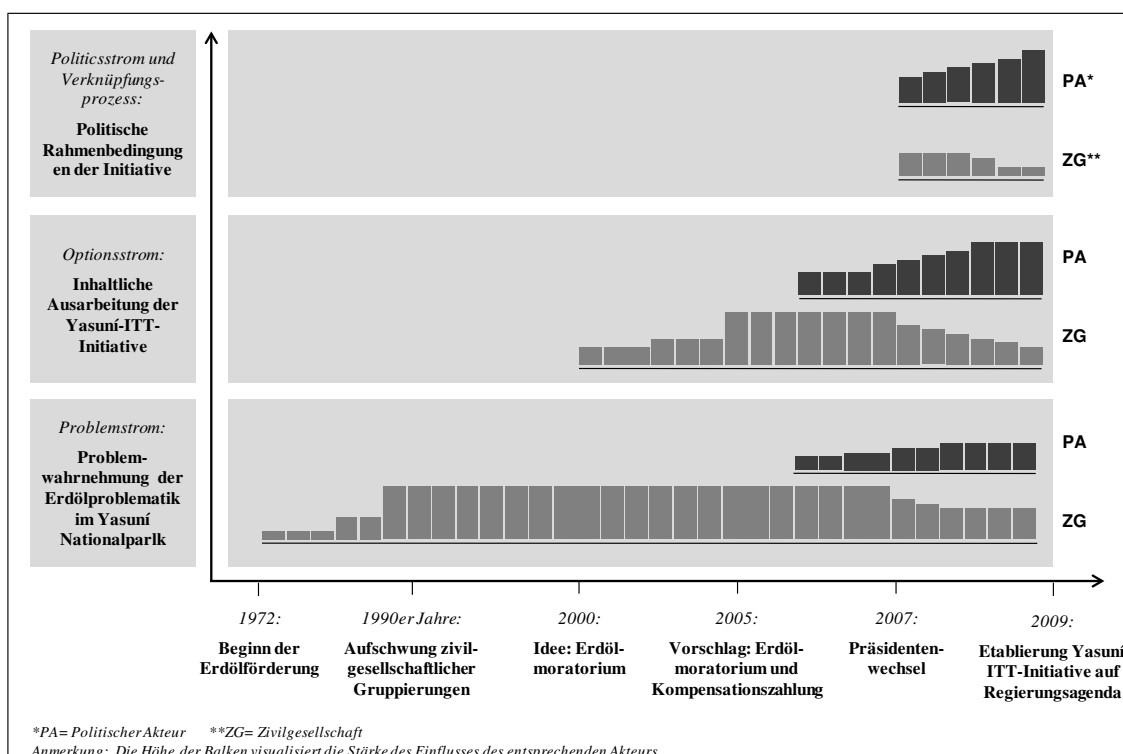
Von den Limitationen dieser Forschungsarbeit ausgehend, können mehrere zukünftige Forschungsfelder identifiziert werden. Zum einen bietet die vorliegende Arbeit eine Grundlage für die genauere Untersuchung einzelner zivilgesellschaftlicher Akteure im Rahmen der Entstehung und Entwicklung der Yasuní-ITT-Initiative. Dabei bietet es sich an, zwischen den drei identifizierten, zivilgesellschaftlichen Hauptakteuren zu unterscheiden: indigene Gruppierungen, ökologische Zusammenschlüsse und Bauernvereinigungen. Sie alle haben sich mit verschiedenen Zielsetzungen für die Yasuní-ITT-Initiative eingesetzt und eignen sich für eine differenzierte Darstellung (Fontaine 2007b: 234). Zum anderen weist die Literatur teilweise auf den Beitrag internationaler zivilge-

sellschaftlicher Akteure im Rahmen der Initiative hin. In Abschnitt 3.5.1 wurde bereits darauf verwiesen, dass insbesondere seit dem Zeitpunkt der Projektpräsentation vor der UN-Generalversammlung verschiedene internationale Akteure Kampagnen starteten. Eine Analyse des internationalen zivilgesellschaftlichen Beitrags wird damit als weitere Forschungslücke identifiziert. Des Weiteren stellt die genauere Betrachtung der konkreten Einflussnahme politischer Institutionen auf die Entstehung und Realisierung der Yasuní-ITT-Initiative ein mögliches Forschungsfeld dar. Insbesondere die Phase der Verknüpfung der drei Ströme eignet sich für eine genauere Analyse der beteiligten politischen Institutionen und deren Einfluss auf den Fortgang der Initiative.

4.3 Fazit

Eine Vielzahl von Autoren spricht der Zivilgesellschaft eine hohe Bedeutung im Ressourcenkonflikt in den Erdölfeldern ITT und der daraus entstandenen Yasuní-ITT-Initiative zu (Acosta 2012; Arsel 2012; Honty 2011; Martin 2010; Andrade Mendoza 2007; Fontaine 2007b; Martinez-Alier 2007), jedoch mangelte es bisher an einer empirischen Überprüfung dieser Aussage. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen war das übergeordnete Ziel der vorliegenden Arbeit deshalb, eine empirische Analyse des Einflusses der Zivilgesellschaft auf die Entstehung der Yasuní-ITT-Initiative vorzunehmen. Die zentralen Erkenntnisse der Untersuchung sind in Abbildung 3 veranschaulicht.

Abbildung 3: Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Entwicklung der Yasuní-ITT-Initiative



Quelle: eigene Darstellung

Erstens veranschaulicht die Abbildung, dass die Problemwahrnehmung ab Beginn der Erdölförderung von der Zivilgesellschaft beeinflusst wurde. In den 90er Jahren ging die Gründung einer Vielzahl von ökologischen Organisationen mit einer Erhöhung des Einflusses zivilgesellschaftlicher Akteure auf die Problemwahrnehmung einher. Des Weiteren wird deutlich, dass politische Akteure zunächst keinen und in der letzten Phase nur

geringen Einfluss auf den Problemwahrnehmungsprozess genommen haben. Somit bildeten zivilgesellschaftliche Akteure die entscheidende Kraft im Problemwahrnehmungsprozess der Erdölförderung im Yasuní Nationalpark.

Zweitens zeigt sich, dass der Prozess der inhaltlichen Ausarbeitung der Yasuní-ITT-Initiative im Jahr 2000 begonnen hat. Zunächst nahm auf diesen Prozess lediglich die Zivilgesellschaft Einfluss. Die Intensität erhöhte sich im Jahr 2005 mit der ersten Vorstellung der Verknüpfung des Vorschlags eines Erdölmoratoriums in den Erdölblöcken ITT und der Idee der internationalen Kompensationszahlungen. Kurz vor Beginn des Präsidentenwechsels befasste sich der erste politische Akteur, die Partei Alianza PAÍS, mit dem Projekt. Mit dem Präsidentenwechsel nahm der Einfluss politischer Akteure kontinuierlich zu. Im Vergleich zu politischen Akteuren beschäftigten sich somit zivilgesellschaftliche Akteure über einen längeren Zeitraum hinweg mit der inhaltlichen Ausarbeitung der Yasuní-ITT-Initiative und beeinflussten ihren Fortgang auch nachdem diese Lösungsoption auf der politischen Ebene diskutiert wurde.

Drittens verdeutlicht die Abbildung, dass politische Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Etablierung der Yasuní-ITT-Initiative mit dem Präsidentenwechsel geschaffen wurden. Auf dieser Ebene zeigt sich ein mäßiger, stetig abnehmender Einfluss der Zivilgesellschaft. Politische Akteure bestimmten diesen Prozess maßgeblich und weiteten ihre Einflussnahme zudem kontinuierlich aus.

Insgesamt bestätigen die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit die Einschätzung zahlreicher Autoren, welchen zufolge die Zivilgesellschaft einen maßgeblichen Einfluss auf die Yasuní-ITT-Initiative ausgeübt hat. Die Zivilgesellschaft nahm entscheidenden Einfluss auf den Prozess der Problemwahrnehmung und die inhaltliche Ausarbeitung der Yasuní-ITT-Initiative und schuf somit die Grundvoraussetzungen für eine Etablierung der Lösungsoption auf der politischen Agenda. Bei der endgültigen Etablierung der Initiative auf der Regierungsagenda spielten zum ersten Mal politische Akteure eine maßgebliche Rolle. Die Analyse zeigte, dass die Einflussmöglichkeit der Zivilgesellschaft auf diesen politischen Prozess begrenzt war, weshalb die Bedeutung der Zivilgesellschaft in dieser letzten Phase abnahm. Dennoch begleiteten zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse diesen Prozess im Rahmen ihrer Möglichkeiten als nicht-politische Akteure.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die vorliegende Arbeit die wissenschaftliche Diskussion zum Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Entstehung der Yasuní-ITT-Initiative um empirische Erkenntnisse erweitert. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Limitationen der Untersuchung und den aufgezeigten, zukünftigen Forschungsmöglichkeiten stellt sie einen Ausgangspunkt für weitere empirische Forschung in diesem Bereich dar.

Literaturverzeichnis

- Acción Ecológica (2012): “Quienes somos”, <http://www.accionecologica.org/iquienes-somos> [Zugriff: 10.09.2012].
- Acción Ecológica (2006): “Atlas Amazónico”, http://www.accionecologica.org/index.php?option=com_content&task=view&id=%20%20604&Itemid=7653 [Zugriff: 23.10.2012].
- Acción Ecológica/Oilwatch (2004): “Petrobras en el Yasuní. Comentarios al Estudio de Impacto Ambiental del Bloque 31”, <http://www.fase.org.br/projetos/clientes/noar/noar/UserFiles/17/File/PNYEquador/analise%20EIA.pdf> [Zugriff: 20.09.2012].
- Acosta, Alberto (2012): „Hindernisse der Yasuní-ITT-Initiative. Eine Interpretation aus der Perspektive der politischen Ökonomie“, in: Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika & Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): *Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*, Berlin: FDCL-Verlag, 98-116.
- Acosta, Alberto (2009): *La Maldición de la Abundancia*, Quito: Abya-Yala.
- Acosta, Alberto (2000): “El Petróleo en el Ecuador: Una Evaluación Crítica del Pasado Cuarto Siglo”, in: Alberto Acosta (Hg.): *El Ecuador Post Petrolero*, Quito: Oilwatch, Acción Ecológica & ILDIS, 15-51.
- Alianza País (2006): “Plan de Gobierno del Movimiento País 2007-2011”, <http://www.latinreporters.com/equateurRafaelCorreaPlandeGobiernoAlianzaPAIS.pdf> [Zugriff: 12.11.2012].
- Almeida Albuja, Alexandra (2000): „Reseña Sobre la Historia Ecológica de la Amazonía Ecuatoriana“, in: Alberto Acosta (Hg.): *El Ecuador Post Petrolero*, Quito: Oilwatch, Acción Ecológica & ILDIS, 27-38.
- Amazonía por la Vida (2012): „La Propuesta: Resumen de la Propuesta“, <http://www.amazoniaporlavida.org/es/La-propuesta/> [Zugriff: 09.12.2012].
- Andrade Mendoza, Karen (2009): “La Opinión Pública como Mecanismo de la Sociedad Civil para Ejercer Influencia en la Agenda Pública de Hidrocarburos en el Ecuador y Perú: Los Casos ITT y Camisea”, Tesis Doctoral, Quito: FLACSO, <http://www.flacsoandes.org/web/cms.php> [Zugriff: 12.11.2012].
- Andrade Mendoza, Karen (2008): “La Gobernanza Ambiental en el Ecuador: El Conflicto Alrededor de la Licencia Ambiental en Bloque 31, en el Parque Nacional

- Yasuní”, *Documento de Trabajo*, No 005, Quito: FLACSO, <http://www.flacsoandes.org/web/cms.php> [Zugriff 16.10.2012].
- Andrade Mendoza, Karen (2007): “La Opinión Pública Frente a la Extracción Petrolera”, in: Guillaume Fontaine/Iván Narváez Quiñónez (Hg.): *Yasuní en el Siglo XXI. El Estado Ecuatoriano y la Conservación de la Amazonía*, Quito: FLACSO, 242-278.
- Arend, Lijphart (1971): “Comparative Politics and the Comparative Method”, *American Political Science Review*, 65 (3), 682-693.
- Arsel, Murat (2012): “Between 'Marx and markets'? The State, the 'Left Turn' and Nature in Ecuador”, *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie*, 103 (2), 150-163.
- Asamblea Nacional Constituyente (2008): “Constitución de la República del Ecuador, Montecristi”, <http://www.mmrree.gob.ec/ministerio/constituciones/2008.pdf> [Zugriff: 19.09.2012].
- Asamblea Nacional Constituyente (2007): “Reglamento de Funcionamiento de la Asamblea Nacional Constituyente. R.O. 223”, 30.11.2007, http://www.derechoecuador.com/index.php?option=com_content&view=article&id=4096:reglamento-de-funcionamiento-de-la-asamblea-nacionalconstituyente&catid=64:reglamentos&Itemid=419 [Zugriff: 22.09.2012].
- Bass, Margot/Finer, Matt/Jenkins, Clinton N./Kreft, Holger/Cisneros-Heredia, Diego F./McCracken, Shawn F./Pitman, Nigel C. A./English, Peter H./Swing, Kelly/Villa, Gorky/Fiore, Anthony Di/Voigt, Christian C./Kunz, Thomas H. (2010): “Global Conservation Significance of Ecuador's Yasuní National Park”, *PLOS ONE*, 5 (1), 1-22.
- Banco Central de Ecuador (2007a): “Estadísticas de Finanzas Públicas“, *Información Estadística Mensual* (1859), Enero 2007, <http://www.bce.fin.ec/docs.php?path=/home1/estadisticas/bolmensual/IEMensual.jsp> [Zugriff: 12.11.2012].
- Banco Central de Ecuador (2007b): “Ingresos del Gobierno Central“, *Boletín Anuario*, (29), <http://www.bce.fin.ec/frame.php?CNT=ARB0000841> [Zugriff: 12.11.2012].
- Bebbington, Anthony/Sawyer, Suzana/Moreno, Maldonado/Mendez, Carlos A. (1998): “Seeking Common Ground in Ecuador”, *Environmental Research Letters*, 40 (5), 42-45.

- Blatter, Joachim/Janning, Frank/Wagemann, Claudius (2007): *Qualitative Politikanalyse. Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bradbury, Jane (2004): "Amazon Oil Exploitation Takes Public-Health Toll", *Frontiers in Ecology and the Environment*, 2 (4), 173.
- Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2012): „UN-Klimakonferenzen“, <http://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/un-klimakonferenzen/> [Zugriff: 11.10.2012].
- Cardillo, Marcel/Mace, Georgina M./Jones, Kate E./Bielby, Jon/Bininda-Emonds, Olaf R.P./Sechrest, Wes/Orme, C.David L./Pruvis, Andy (2005): "Multiple Causes of High Extinction Risk in Large Mammal Species", *Science*, 309, 1239-1241.
- Chicaiza, Gloria (1998): "El Parque Nacional Yasuní. Otra Amenaza de Explotación Petrolera en Ecuador", *Ecología Política*, 15, 121-122.
- Científicos Preocupados por el Parque Nacional Yasuní (2004): "La Carretera Propuesta por Petrobras Hacia el Interior del Parque Nacional Yasuní", Offener Brief, http://www.tadpoleorg.org/files/Spanish_Letter_and_Report.pdf [Zugriff: 12.11.2012].
- Clark, Brad T. (2004): "Agenda Setting and Issue Dynamics: Dam Breaching on the Lower Snake River", *Society & Natural Resources: An International Journal*, 17 (7), 599-609.
- Cohen, Jean L./Arato, Andrew (1999): *Civil Society and Political Theory*, Cambridge: The MIT Press.
- Cohen, Michael D./March, James G./Olsen, Johan P. (1972): "A Garbage Can Model of Organizational Choice", *Administrative Science Quarterly*, 17 (1), 1-25.
- Congreso Nacional (1999): "Ley de Gestión Ambiental", Centro Ecuatoriano de Derecho Ambiental, <http://www.ceda.org.ec/> [Zugriff: 16.10.2012].
- Correa, Rafael (2007): "Speech of the President of the Republic of Ecuador Excellency Rafael Correa", High Level Dialogue on Climate Change of the 62. Period of Sessions of the General Assembly of the United Nations, 24.09.2007, New York, <http://mptf.undp.org/document/download/4500> [Zugriff: 01.11.2012].
- Crespo Plaza, Ricardo (2007): "La Legislación Contradictoria sobre Conservación y Explotación Petrolera", in: Guillaume Fontaine/Iván Narváez Quiñónez (Hg.): *Yasuní en el Siglo XXI. El Estado Ecuatoriano y la Conservación de la Amazonía*, Quito: FLACSO, 218-239.

- Doughty, Caitlin/Lu, Flora/Sorensen, Marc (2010): "Crude, Cash and Culture Change: The Huaorani of Amazonian Ecuador", *The Journal of Sustainable Development*, 4 (1), 18-32.
- Drekonja, Gerhard (1980): "Ecuador: How to Handle the Banana Republic Turned Oil State", *Boletín de Estudios Latinoamericanos y del Caribe*, 28, 77-94.
- Ecuador Inmediato (2010): " Yasuní - ITT: Lo Vergonzoso Es lo que Ha Hecho el Presidente, Según Alberto Acosta", 13.01.2010 http://www.ecuadorinmediato.com/index.php?module=Noticias&func=news_user_view&id=119670&umt=yasuni_itt_vergonzoso_es_que_ha_hecho_presidente_segun_alberto_acosta_audio [Zugriff: 12.11.2012].
- El Diario (2008): "Primer Año de Gobierno de Rafael Correa con Éxitos Políticos e Insatisfacciones Económicas", 14.01.2008 <http://www.eldiario.com.ec/noticias-manabi-ecuador/66598-primer-ano-de-gobierno-de-rafael-correa-con-exitospoliticos-e-insatisfacciones-economicas/> [Zugriff: 29.10.2012].
- El Universo (2008): "Aprobada Nueva Constitución", 29.09.2008, <http://www.eluniverso.com/2008/09/29/0001/8/3DF771943BED44D98B2F73B142083298.html> [Zugriff: 22.10.2012].
- Epstein, Paul R./Selber, Jesse (2002): „Oil: A Life Cycle Analysis of Its Health and Environmental Impacts”, The Center for Health and the Global Environment, Harvard Medical School, <http://da-academy.org/HealthImpactsofOil.pdf> [Zugriff: 12.11.2012].
- Exworthy, Mark/Powell, Martin (2004): "Big Windows and Little Windows: Implementation in the 'Congested State'", *Public Administration*, 82 (2), 263-281.
- Feldt, Heidi (2005): *Konfliktregelung in der Erdölindustrie am Beispiel der Vorhaben im ecuadorianischen Amazonasgebiet und dem venezolanischen Orinokobecken*, Kassel: Kassel University Press.
- Finer, Matt/Vijay, Varsha/Ponce, Fernando/Jenkins, Clinton N./Kahn, Ted R. (2010): "La Reserva de la Biósfera Yasuní de Ecuador: Una Breve Historia Moderna y los Retos de la Conservación", in: Esperanza Martínez und Alberto Acosta (Hg): *ITT-Yasuní*, Quito: Abya-Yala, 35-60.
- Finer, Matt/Vijay, Varsha/Ponce, Fernando/Jenkins Clinton N./Kahn, Ted R. (2009): "Ecuador's Yasuní Biosphere Reserve: A Brief Modern History and Conservation Challenges", *Environmental Research Letters*, 4, 1-15.

- Finer, Matt/Jenkins, Clinton N./Pimm, Stuart L./Keane, Brian/Ross, Carl (2008): „Oil and Gas Projects in the Western Amazon: Threats to Wilderness, Biodiversity, and Indigenous Peoples”, *PLoS One*, 3 (8), 1-8.
- Fontaine, Guillaume (2007a): “Problemas de la Cooperación Institucional: El Caso del Comité de Gestión de la Reserva de biosfera Yasuní”, in: Guillaume Fontaine/Iván Narváez Quiñónez (Hg.): *Yasuní en el siglo XXI. El estado ecuatoriano y la conservación de la Amazonía*, Quito: FLACSO, 75-129.
- Fontaine, Guillaume (2007b): “Verde y Negro: Ecologismo y Conflictos por Petróleo en el Ecuador”, in: Guillaume Fontaine/Geert van Vliet/Richard Pasquis (Hg.): *Políticas Ambientales y Gobernabilidad en América Latina*, Quito: FLACSO, 223-254.
- Fontaine, Guillaume (2003): “Más Allá del Caso Texaco. Se Puede Rescatar al Nor-oriental Ecuatoriano?”, *Íconos*, 16, 129-137.
- Frente de Defensa de la Amazonia (2012): “17 Años de Lucha Silenciosa “, <http://www.fda.org.ec/fda/nuestra-historia/82-17-anos-de-lucha-silenciosa.html> [Zugriff: 03.01.2013].
- General Assembly (2012): “Resolution Adopted by the General Assembly: 66/288. The Future We Want”, 66 Sitzungsperiode, United Nations Conference on Sustainable Development, <http://www.uncsd2012.org/rio20/index.html> [Zugriff: 17.10.2012].
- George, Alexander L./Bennett, Andrew (2005): *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*, Cambridge, Mass: MIT.
- Gerlach, Allen (2003): *Indians, Oil, and Politics. A Recent History of Ecuador*, Wilmington: SR Books.
- Hernández E., Virgilio/Buendía G., Fernando (2011): “Ecuador: Avances y Desafíos de Alianza País”, *Nueva Sociedad*, 234, 129-142.
- Honty, Gerardo (2011): *Cambio Climático: Negociaciones y Consecuencias para América Latina*, Montevideo: CLAES.
- Honty, Gerardo (2010): “La Iniciativa Yasuní-ITT y las Negociaciones sobre Cambio Climático”, in: Esperanza Martínez und Alberto Acosta (Hg): *ITT-Yasuní*, Quito: Abya-Yala, 85-98.
- Indexmundi (2012): “Ecuador - Interest Payments on External Debt”, <http://www.indexmundi.com/facts/ecuador/interest-payments-on-external-debt> [Zugriff: 23.10.2012].

- Inflationdata (2012): "Historical Crude Oil Prices", http://inflationdata.com/inflation/inflation_rate/historical_oil_prices_table.asp [Zugriff: 04.09.2012].
- Jaramillo-Jassir, Mauricio/Tibocha, Anamaría (2008): "La Revolución Democrática de Rafael Correa", Universidad del Rosario, Bogotá D.C., http://www.urosario.edu.co/urosario_files/f7/f74e53f8-7c2b-43bf-894c-c4667318aa56.pdf [Zugriff: 12.09.2012].
- Jenkins, Clinton N. (2008): "Oil Blocks", <http://westernamazon.org/maps.html> [Zugriff: 07.01.2013].
- Jobin, William (2003): „Health and Equity Impacts of a Large Oil Project in Africa”, *Bulletin of the World Health Organization*, 81 (6), 420-426.
- Jochnick, Chris/Normand, Roger/Zaidi, Sarah (1991): "Rights Violations in the Ecuadorian Amazon", *Health and Human Rights*, 1 (1), 82-100.
- Kimerling, Judith (2006): "Indigenous Peoples and the Oil Frontier in Amazonia: The Case of Ecuador, ChevronTexaco, and Aguinda v. Texaco", *New York University Journal of International Law and Politics*, 38 (3), 413-652.
- Kimerling, Judith (1989): *Ölpest im Regenwald*, Hamburg: Rettet den Regenwald e.V.
- Kingdon, John W. (1984): *Agendas, Alternatives, and Public Policies*, Boston: Little Brown and Co.
- Kreft, Holger/Köster, Nils/Küper, Wolfgang/Nieder, Jürgen/Barthlott, Wilhelm (2004): „Diversity and Biogeography of Vascular Epiphytes in Western Amazonia, Yasuní, Ecuador“, *Journal of Biogeography*, 31 (9), 1463-1476.
- Larrea, Carlos/Warnars, Lavinia (2009): "Ecuador's Yasuni-ITT Initiative: Avoiding Emissions by Keeping Petroleum Underground", *Energy for Sustainable Development*, 13, 219-223.
- Lieberman, Joyce M. (2002): "Three Streams and Four Policy Entrepreneurs Converge: A Policy Window Opens", *Education and Urban Society*, 34 (4), 438-450.
- López A., Adrián/ Cubillos Celis, Paula (2009): "Análisis del Referéndum Constitucional 2008 en Ecuador“, *Íconos* 13 (1), 13-20.
- Malerba, Julianna/Rodriguez, Maria Elena (2005): "Extraterritorialidad y Derechos Humanos: El Doble Estándar de la Petrobras en Yasuní (Ecuador)“, in : Jean-Pierre Leroy und Julianna Malerba (Hg.): *Petrobras: ¿Integración o Explotación?*, Rio de Janeiro: Federação de Órgãos para Assistência Social, 31-39.

- Martin, Pamela (2011): "Global Governance from the Amazon: Leaving Oil Underground in Yasuní National Park, Ecuador", *Global Environmental Politics*, 11 (4), 22-42.
- Martin, Pamela (2010): "Global Governance from the Amazon: Leaving Oil Underground in Yasuní National Park, Ecuador", Paper presented at the 51st Convention of the International Studies Association, New Orleans 16-21 Februar 2010, http://www.sosyasuni.org/en/files/global_governance_from_the_amazon_pamela_martin_isa_2010.pdf [Zugriff: 03.09.2012].
- Martínez, Esperanza (2009): *El Tortuoso Camino de Kioto a Quito*, Quito: Abya-Yala.
- Martinez-Alier, Joan (2007): "Keep Oil in the Ground: Yasuní in Ecuador", *Economic and Political Weekly*, 42, 4227-4228.
- Minkner-Bünjer, Mechthild (2007): „Ecuador unter Correa: Rückkehr zur Stabilität?“, *GIGA Focus Lateinamerika*, 4, 1-8.
- Mitchell, Charles T./Anderson, Einar K./Jones, Laurence G./North, Wheeler J. (1970): "What Oil Does to Ecology", *Journal Water Pollution Control Federation*, 42 (9), 812-818.
- Mucciaroni, Gary (1992): "The Garbage Can Model and the Study of Policy Making: A Critique", *Polity*, 24 (3), 459-482.
- Munck, Gerardo L. (2004): "Tools for Qualitative Research", in: Henry E. Brady/David Collier (Hg.): *Rethinking Social Inquiry. Diverse Tools, Shared Standards*. Lanham, Md: Rowman & Littlefield, S. 105-123.
- Murillo, Mario (1999): "Indigenous Communities Caught in the Crossfire", *NACLA Report in the Americas*, 33 (1), 10-11.
- Napolitano, Dora/Ryan, Aliya (2007): "The Dilemma of Contact: Voluntary Isolation and the Impacts of Gas Exploitation on Health and Rights in the Kugapakori Nahua Reserve, Peruvian Amazon", *Environmental Research Letters*, 2 (4), 1-12.
- Odom-Forren, Jan/Hahn, Ellen J. (2006): "Mandatory Reporting of Health Care-Associated Infections: Kingdon's Multiple Streams Approach", *Policy Politics Nursing Practice*, 7 (1), 64-72.
- Oilwatch (2005a): "Asalto al Paraíso: Empresas Petroleras en Áreas Protegidas", Quito, http://www.oilwatch.org/doc/libros/Asalto_al_paraíso.pdf [Zugriff 17.10.2012].
- Oilwatch (2005b): "Who are we?", http://www.oilwatch.org/index.php?option=com_content&task=view&id=5&Itemid=6&lang=en [Zugriff: 17.10.2012].

- Oilwatch (2005c): “An Ecological Call for Conservation, Climate and Rights. Proposal for the Yasuní Biosphere Reserve - Ecuador”, Positionspapier, Oilwatch, Juni 2005, Montecatini, http://www.oilwatch.org/index.php?option=com_content&task=view&lang=en&id=130&Itemid=0 [Zugriff: 17.10.2012].
- O'Rourke, Dara/Connolly, Sarah (2003): „Just Oil? The Distribution of Environmental and Social Impacts of Oil Production and Consumption”, *Annual Review of Environment & Resources*, 28 (1), 587-617.
- Palabra Suelta (2011): “Entrevista al Presidente Rafael Correa”, <http://www.youtube.com/watch?v=PtFgosBI4ZI> [Zugriff: 29.10.2012].
- Paz-y-Miño, César (2008): “Monitoring of DNA Damage in Individuals Exposed to Petroleum Hydrocarbons in Ecuador”, *Annals of the New York Academy of Sciences*, 1140, 121-128.
- Petrobras News Agency (2007): “Petrobras' President Visits Ecuador”, 31.05.2007, http://www.agenciapetrobras.com.br/en_materia.asp?id_editoria=11&id_noticia=3069 [Zugriff: 17.10.2012].
- Portal de Migración y Desarrollo Regional (2007): “Tasas de Crecimiento en Regiones del Ecuador”, http://pydlos.ucuenca.edu.ec/portal_migracion/index.php/estadisticas/61-censos/609-tasa-de-crecimiento-de-la-poblacion-en-regiones-del-ecuador [Zugriff: 23.10.2012].
- Prance, Ghilleen T./Lovejoy, Thomas E. (1985): *Amazonia*, New York: Pergamon Press.
- Presidencia de la República (2009): “Decreto No. 1572”, *Decretos Emitidos Período 2007 - 2009*, 05.02.2009, <http://decretos.cege.gob.ec/decretos/decretos.aspx?id=2007> [Zugriff: 05.10.2012].
- Presidencia de la República (2008a): “Decreto No. 1227”, *Decretos Emitidos Período 2007 - 2009*, 29.07.2008, <http://decretos.cege.gob.ec/decretos/decretos.aspx?id=2007> [Zugriff: 05.10.2012].
- Presidencia de la República (2008b): “Decreto No. 882”, *Decretos Emitidos Período 2007 - 2009*, 21.01.2008, <http://decretos.cege.gob.ec/decretos/decretos.aspx?id=2007> [Zugriff: 05.10.2012].
- Ramírez Gallegos, Franklin (2010): “Desencuentros, Convergencias, Polarización (y Viceversa). El Gobierno Ecuatoriano y los Movimientos Sociales”, *Nueva Sociedad*, 227, 83-102.

- Ramírez Gallegos, Franklin/Minteguiaga, Analía (2007): „El Nuevo Tiempo del Estado. La Política Posneoliberal del Correísmo”, *OSAL*, 8 (22), 87-103.
- Real, Byron (1997): “Defensa del Parque Nacional Yasuní Frente a la Actividad Petrolera”, in: Anamaría Varea (Hg.): *Desarrollo Ecológico*, Quito: Abya-Yala.
- Rival, Laura (2010): “Ecuador's Yasuni-ITT Initiative: The Old and New Values of Petroleum”, *Ecological Economics*, 70 (2), 358-365.
- Rival, Laura (1997): “Oil and Sustainable Development in the Latin American Humid Tropics”, *Anthropology Today*, 13 (6), 1-3.
- Robinson, Scott E./Eller, Warren S. (2010): “Participation in Policy Streams: Testing the Separation of Problems and Solutions in Subnational Policy Systems”, *Policy Studies Journal*, 38 (2), 199-216.
- Rüb, Friedbert (2006): „Die Zeit der Entscheidung. Kontingenz, Ambiguität und die Politisierung der Politik - Ein Versuch“, *Hamburg Review of Social Science*, 1 (1), 1-34.
- Rüb, Friedbert (2008): „Policy-Analyse unter Bedingungen von Kontingenz. Konzeptuelle Überlegungen zu einer möglichen Neuorientierung“, in: Frank Janning/Katrin Toens (Hg.): *Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 88-111.
- Rüb, Friedbert (2009): „Multiple-Streams-Ansatz: Grundlagen, Probleme und Kritik“, in: Klaus Schubert (Hg.): *Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0*, München: Oldenbourg, 348-379.
- Ryder, Roy/Brown, Lawrence (2000): “Urban-System Evolution on the Frontier of the Ecuadorian Amazon”, *Geographical Review*, 90 (4), 511-535.
- Saavedra, Luis Angel (2001): “A Southern-Based Activist Network Takes on Petroleum Dependency”, *New Internationalist*, 335, 27.
- Sabatier, Paul (1997): *Theories of the Policy Process*, Boulder: Westview Press.
- Sachs, Jeffery D./Warner, Andrew M. (1997): “Natural Resource Abundance and Economic Growth”, NBER Working Paper Series, 5398, Cambridge: National Bureau of Economic Research, <http://www.nber.org/> [Zugriff: 15.10.2012].
- Sachs, Wolfgang (2006): “Öl ins Feuer - Ressourcenkonflikte als Treibstoff für globalen Unfrieden“, *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik*, 25, 139-149.
- San Sebastián, Miguel/Hurtig, Anna-Karin (2004): “Oil exploitation in the Amazon Basin of Ecuador: A Public Health Emergency”, *Pan American Journal of Public Health*, 15, 205-211.

- Sathiakumar, Nalini/Delzell, Elizabeth/Cole, Philip/Brill, Llene/Frisch, Jonathan/Spivey, Gary (1995): "A Case-Control Study of Leukemia Among Petroleum Workers", *Journal of Occupational and Environmental Medicine*, 37 (11), 1269-1277.
- Schuldt, Jürgen/Acosta, Alberto (2006): „Ölrenten und Unterentwicklung: Ein unauflösbarer Zusammenhang?“, *Internationale Politik und Gesellschaft*, 4, 63-79.
- Sierra, Rodrigo (2000): „Dynamics and Patterns of Deforestation in the Western Amazon: The Napo Deforestation Front, 1986-1996“, *Applied Geography*, 20 (1), 1-16.
- Simon, Marc V./Alm, Les R. (1995): "Policy Windows and Two-Level Games: Explaining the Passage of Acid-Rain Legislation in the Clean Air Act of 1990", *Environment and Planning C: Government and Policy*, 13 (4), 459-478.
- Solecki, William D./Shelley, Fred M. (1996): "Pollution, Political Agendas, and Policy Windows: Environmental Policy on the Eve of Silent Spring", *Environment and Planning C: Government and Policy*, 14 (4), 451-468.
- Steinmetz, Elke (2003): „Naturschutz - (Aus-) Löser von Konflikten“, Dokumentation einer Tagung des Bundesamtes für Naturschutz und der Heinrich Böll Stiftung, 25-27.11.2002, Berlin, <http://bfm.de/fileadmin/MDb/documents/skript98.pdf> [Zugriff: 12.11.2012].
- Süddeutsche Zeitung (2012): „Bericht an den Club of Rome. Wir werden einen Kollaps erleben“, 08.05.2012, <http://www.sueddeutsche.de/wissen/bericht-an-den-club-of-rome-wir-werden-einen-kollaps-erleben-1.1351454> [Zugriff: 10.10.2012].
- Torre, Augusto de la (1991): "Petroleum Booms and Structural Change: The Ecuadoran Version of the Dutch Disease (1972-1980)". LASA Meeting. International Monetary Fund, 04.04.1991, <http://lasa.international.pitt.edu/members/congress-papers/lasala1991/files/DeLaTorreAugusto.pdf> [Zugriff: 01.07.2012].
- Torre, Carlos de la (1999): "Everyday Forms of Racism in Contemporary Ecuador: The Experiences of Middle-Class Indians", *Ethnic and Racial Studies*, 22 (1), 92-112.
- Travis, Rick/Zahariadis, Nikolaos (2002): "A Multiple Streams Model of U.S. Foreign Aid Policy", *Policy Studies Journal*, 30 (4), 495-514.
- Tribunal Supremo Electoral (2006): "Resultados Oficiales Elecciones 2006. Segunda Vuelta", https://app.cne.gob.ec/Resultados2006_2v/ [Zugriff: 10.10.2012].
- UNESCO (2012): „Man and the Biosphere Programme“, <http://www.unesco.org/new/en/natural-sciences/environment/ecological-sciences/man-and-biosphere-programme/> [Zugriff: 04.09.2012].

- UNESCO (2011): „Biosphere Reserve Information, Ecuador, Yasuní”, <http://www.unesco.org/mabdb/br/brdir/directory/biores.asp?code=ECU+02&mode=all> [Zugriff: 23.10.2012].
- United Nations Framework Convention on Climate Change (2011): “Durban Climate Change Conference - November/December 2011”, http://unfccc.int/meetings/durban_nov_2011/meeting/6245.php [Zugriff: 17.10.2012].
- United Nations Conference on Sustainable Development (2012): “Objective& Themes”, <http://www.uncsd2012.org/objectiveandthemes.html> [Zugriff 17.10.20 12].
- Vallejo G., María C. (2011): *La Iniciativa Yasuní-ITT Desde una Perspectiva Multicriterial*, Quito: Programa Conjunto para la Conservación y Manejo Sostenible del Patrimonio Natural y Cultural de la Reserva de Biosfera Yasuní.
- Varea, Anamaría (1995): “Falta de Transparencia en el Manejo de la Información Sobre la Auditoria Ambiental a la Compañía Texaco”, in: Anamaría Varea/Pablo Ortiz T./Esperanza Martinez/Teodoro Bustamante Ponce (Hg.): *Marea Negra en la Amazonía*, Quito: Abya- Yala, 295-338.
- Warnars, Lavinia (2010): “The Yasuní-ITT Initiative: A New Model to Implement Human Rights and Biological Diversity Conventions and Frameworks?”, *Policy Matters*, 17, 55-77.
- Whitten, Norman E./Whitten, Dorothea S.t (2011): *Histories of the Present: People and Power in Ecuador*, Urbana: University of Illinois Press.
- Whitten, Norman E. (1976): *Ecuadorian ethnocide and indigenous ethnogenesis: Amazonian resurgence amidst Andean colonialism*, Copenhagen: International Secretariat of IWGIA.
- Wong, O (1987): “An Industry Wide Mortality Study of Chemical Workers Occupationally Exposed to Benzene”, *British Journal of Industrial Medicine*, 44, 382-395.
- Vereinte Nationen (1992): “Agenda 21“, Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro, <http://www.un.org/en/> [Zugriff: 17.10.2012].
- Zahariadis, Nikolaos (2007): „The Multiple Streams Framework. Structure, Limitations, Prospects“, in: Paul Sabatier (Hg.): *Theories of the Policy Process*, Boulder: Westview Press, 65-92.